

Lorefice, Sebastiano; Zerres, Thomas; Zerres, Christopher

Working Paper

Kritische Analyse des Handelsvertrages der EU mit den Staaten des Mercosur

Arbeitspapiere für Marketing und Management, No. 45

Provided in Cooperation with:

Fakultät Medien, Hochschule Offenburg

Suggested Citation: Lorefice, Sebastiano; Zerres, Thomas; Zerres, Christopher (2019) : Kritische Analyse des Handelsvertrages der EU mit den Staaten des Mercosur, Arbeitspapiere für Marketing und Management, No. 45, Hochschule Offenburg, Fakultät Medien, Offenburg, <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:ofb1-opus4-49979>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/244662>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



CHRISTOPHER ZERRES

MARKETING

Schriftenreihe „Arbeitspapiere für Marketing und Management“

**Herausgeber:
Prof. Dr. Christopher Zerres**

**Hochschule Offenburg
Fakultät Medien und Informationswesen**

Arbeitspapier Nr. 45

**Kritische Analyse des Handelsvertrages
der EU mit den Staaten des Mercosur
Eine perspektivische Abschätzung der ökonomischen,
ökologischen und politischen Konsequenzen**

Lorefice, S. / Zerres, T. / Zerres, C.

Offenburg, November 2019

ISSN: 2510-4799

Impressum

**Prof. Dr. Christopher Zerres
Hochschule Offenburg
Fakultät Medien und Informationswesen
Badstraße 24
77652 Offenburg
ISSN: 2510-4799**

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis.....	1
1 Einleitung	3
1.1 Problemhintergrund.....	3
1.2 Ziel	5
1.3 Aufbau.....	5
2 Konzeptionelle Grundlagen	6
2.1 Europäische Union.....	6
2.2 Mercosur	11
2.3 Entstehung des Handelsvertrages.....	14
2.4 Handelsabkommen zwischen EU und Mercosur	15
2.4.1 Ökonomische Zielsetzungen	15
2.4.2 Ökologische Zielsetzungen	16
2.4.3 Politische Zielsetzungen.....	17
3 Analyse	18
3.1 Ökonomische Konsequenzen.....	18
3.1.1 Agrarindustrie.....	19
3.1.2 Automobilindustrie.....	21
3.1.3 Chemie-/Pharmaindustrie.....	26
3.1.4 Stahlindustrie	28
3.1.5 Erdölindustrie	29
3.2 Ökologische Konsequenzen.....	30
3.2.1 Entwaldung	30
3.2.2 Pestizide	34
3.2.3 Erdöl aus dem Korallenriff	36
3.3 Politische Konsequenzen	37
3.3.1 Europäische Union.....	38
3.3.2 Mercosur	39
3.3.3 International	40
3.4 Empirische Evaluierung.....	42
3.5 Ergebnisse	44

4	Schlussbetrachtung.....	46
4.1	Zusammenfassung.....	46
4.2	Weiterer Untersuchungsbedarf.....	51
5	Literaturverzeichnis	53
6	Anhang.....	62
7	Autoreninformation	69

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Abb. – Abbildung

AEUV – Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union

ALADI – Asociación Latinoamericana de Integración (dt. Lateinamerikanische Integrationsvereinigung)

BIP – Bruttoinlandsprodukt

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung

bzw. – beziehungsweise

CEPAL – Comisión Económica para América Latina y el Caribe (dt. Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik)

CO₂ – Kohlenstoffdioxid

EAG – Europäische Atomgemeinschaft

EG – Europäische Gemeinschaft

EGKS – Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

EGV – Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft

EU – Europäische Union

Euratom – Europäische Atomgemeinschaft

EUV – Vertrag über die Europäische Union

EWG – Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

GASP – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

GDP – Gross Domestic Product

GM – General Motors

Mercosur – Mercado Común del Sur (dt. Gemeinsamer Markt des Südens)

Mio. – Millionen

NAFTA – North American Free Trade Agreement (dt. Nordamerikanisches Freihandelsabkommen)

OECD – Organization for Economic Cooperation and Development (dt. Organization für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

ÖVP – Österreichische Volkspartei

PJZS – Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen

RTAs – Regional Trade Agreements

S.A. – Sociedade Anônima (dt. Aktiengesellschaft)

SITC – Standard International Trade Classification (dt. Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel)

Tab. – Tabelle

UNO – United Nations Organization (dt. Vereinte Nationen)

US – United States (dt. Vereinigte Staaten)

USA – United States of America

WTO – Welthandelsorganisation

ZBJI – Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres

1 EINLEITUNG

1.1 PROBLEMHINTERGRUND

Die Bedeutung internationaler Handelsabkommen nimmt immer weiter zu und verdeutlicht dabei die Wichtigkeit sowie Dringlichkeit internationaler Zusammenarbeit, insbesondere internationaler Wirtschaftsbeziehungen zwischen den einzelnen Nationen. Der Begriff „internationale Wirtschaftsbeziehung“ meint die Gesamtheit der die Landesgrenzen überschreitenden wirtschaftlichen Handlungen von Wirtschaftssubjekten sowie auch staatliche und überstaatliche Maßnahmen und Beziehungen.¹ Bei der Welthandelsorganisation (WTO) sind beispielsweise 301 regionale Handelsabkommen verzeichnet. Anhand des aufgeführten Diagramms zeigt sich der verstärkte jährliche Anstieg der in Kraft getretenen Handelsabkommen.

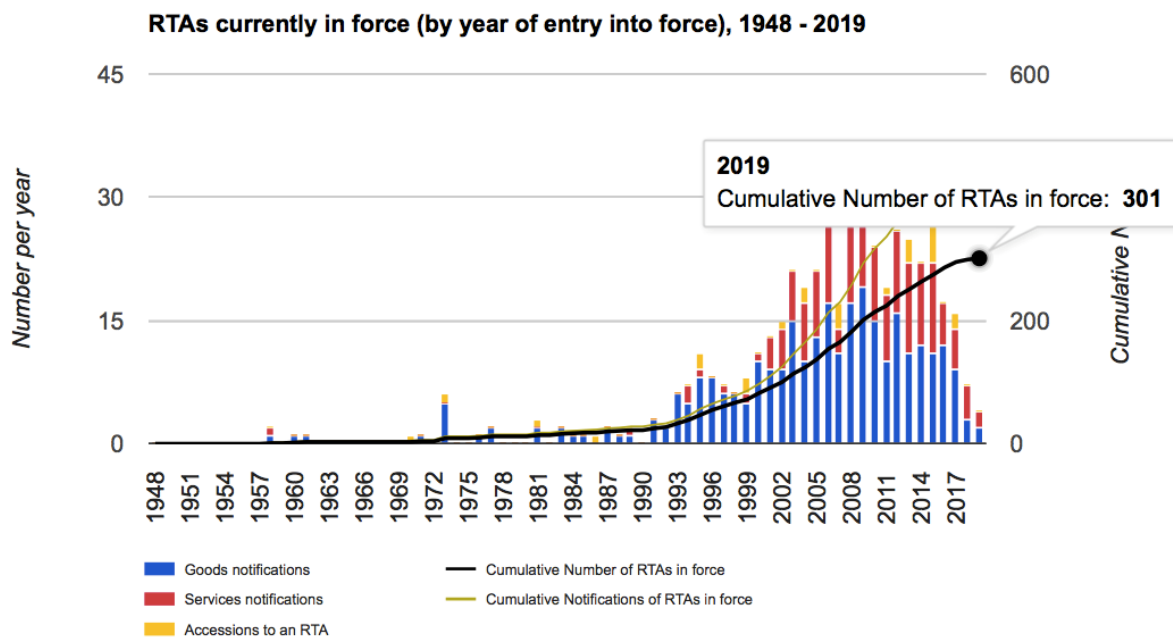


Abb. 1: RTAs currently in force (by year of entry in force), 1948 - 2019²

Der Grund für die stetig steigende internationale Zusammenarbeit ist leicht einzusehen und liegt in dem immer weiter zunehmenden staatsübergreifenden Problemdruck, der sich vom einzelnen Staat allein nicht bewältigen lässt. Hierzu gehören Probleme der Sicherheitspolitik, der Gewinnung von Rohstoffen, des Energiebedarfs, der Absatzmärkte, der industriellen Entwicklung, der Informationssysteme, des Verkehrs sowie auch die weltweit wachsende Sorge um Menschenrechte. Um diese Probleme lösen zu können, sind internationale vertragliche Einigungen neben dem Gewohnheitsrecht und den allgemeinen Rechtsgrundsätzen als zusätzliche Rechtsquelle internationaler Beziehungen immer wei-

¹ Vgl. Sell, Axel: Einführung in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, München, Wien: R. Oldenbourg 2003, S. 1.

² WTO: RTAs currently in force (by year of entry in force), 1948 - 2019, 22. August 2019. URL: <http://rtais.wto.org/UI/Charts.aspx#> [aufgerufen: 23. August 2019].

ter in den Vordergrund getreten. Sie ermöglichen somit, unter dem Gesichtspunkt von Leistung und Gegenleistung eine Verbindung zwischen Problemen herzustellen, die isoliert nicht lösbar wären.³ Das abgeschlossene Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem südamerikanischen Staatenbund Mercosur ist ein Beispiel für interregionale Zusammenarbeit und Gegenstand dieser Untersuchung. Das Abkommen ermöglicht nämlich eine Stärkung des politischen Dialoges und der Zusammenarbeit in Bereichen wie Migration, digitale Wirtschaft, soziale Verantwortung von Unternehmen und Gesellschaft, Umweltschutz, Meerespolitik und der Bekämpfung von Terrorismus, Geldwäsche sowie Cyberkriminalität.⁴ Der Handelsvertrag zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur birgt jedoch auch Gefahren. Durch den Handelsvertrag wird zwar die Liberalisierung der Einfuhr der Agrarprodukte der Mitgliedstaaten des Mercosur nach Europa gefördert, demgegenüber gelangen Produkte der wertschöpfenden Industrie von Europa in den südamerikanischen Staatenbund. Arbeitnehmerorganisationen sehen hier jedoch eine Zementierung ungleicher Entwicklung.⁵ Es besteht zudem die Gefahr, dass die südamerikanischen Agrarprodukte nicht den hohen Standards der Europäischen Union entsprechen. Diesbezüglich sichert die Europäische Kommission zu, dass das Handelsabkommen Nahrungsmittelsicherheit und Verbraucherschutz nach den Standards der Europäischen Union regelt. Inwiefern jedoch eine Umsetzung der europäischen Standards für Nahrungsmittelsicherheit und Verbraucherschutz tatsächlich gewährleistet werden kann, ist kritisch zu bewerten. Der Gammelfleischskandal in Brasilien, der 2017 ans Licht kam, unterstreicht dies deutlich. Obwohl hier brasilianische Fleischverarbeiter abgelaufenes Fleisch unter ihre Ware gemischt hatten, bekamen sie die notwendigen Zertifikate zum weiteren Vertrieb des Fleisches. Der Gammelfleischskandal war ein typisches Beispiel dafür, wie leicht sich in Brasilien, in diesem Fall behördliche Lebensmittelkontrolleure, bestechen lassen.⁶ Der Korruptionswahrnehmungsindex liegt beispielsweise bei einem Großteil der südamerikanischen Mitgliedstaaten des Mercosur weit unter den europäischen Vergleichsstaaten. Dieser Index stellt einen zusammengesetzten Index dar, welcher sich auf verschiedene Umfragen und Untersuchungen stützt, die von mehr als zehn unabhängigen Institutionen durchgeführt wurden. Dabei wurden Geschäftsleute sowie Länderanalysten befragt und außerdem Umfragen mit Experten im In- und Ausland einbezogen. Der Index geht dabei von einem Wert von 0 bis 100 aus, wobei 100 die geringste Wahrnehmung von Korruption anzeigt und damit dem bestmöglichen Ergebnis entspricht. So weisen europäische Nationen, wie zum Beispiel Dänemark mit einem Index von 88, Schweden und Finnland 85, Niederlande 82, Luxemburg 81 oder auch Deutschland und Österreich mit einem Index von jeweils 80 und 76 einen hohen positiven Wert auf. Zum Vergleich liegt der Korruptionswahrnehmungsindex von Argentinien bei 40, Brasilien bei 35, dicht gefolgt von Paraguay mit einem Index von 29.⁷

Darüber hinaus sehen südamerikanische Gewerkschaften im Handelsabkommen eine Vernachlässigung regionaler Integration sowie eines nationalen und regionalen Entwick-

3 Vgl. Geiger, Rudolf: Recht der internationalen Beziehungen. Ein Führer durch internationale Abkommen und Organisationen, München: Deutscher Taschenbuch-Verlag 1982, S. 15.

4 Vgl. Europäische Kommission, Pressemitteilung: EU und Mercosur-Staaten einigen sich auf umfassendes Freihandelsabkommen, 01.07.2019, URL: https://ec.europa.eu/germany/news/20190701-eu-und-mercursos-taaten-umfassendes-freihandelsabkommen_de [aufgerufen: 18.08.2019].

5 Vgl. Andujo, Marta: Nach der Euphorie kommt Kritik am EU-Mercosur-Freihandelsabkommen. Gewerkschaften im Mercosur warnen vor „katastrophalen Auswirkungen“, in: amerika 21, 01.07.2019, URL: <https://amerika21.de/2019/08/228324/kritik-eu-mercursos-freihandelsabkommen> [aufgerufen: 19.08.2019].

6 Vgl. Spiegel Online: Das bringt die weltgrößte Freihandelszone, 29.06.2019, URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/eu-und-mercursos-das-bringt-die-weltgroesste-freihandelszone-a-1275025.html> [aufgerufen: 19.08.2019].

7 Vgl. LaenderDaten: Korruptionswahrnehmungsindex (CPI), 29. Februar 2019, URL: <https://www.laenderdaten.de/indizes/cpi.aspx> [aufgerufen: 19.08.2019].

lungsprojektes, durch das eine Einbeziehung der Bevölkerung und die Stärkung der Demokratie hätten unterstützt werden können. Des Weiteren sei das Handelsabkommen keine echte Förderung für kleine und mittlere Unternehmen. Ihrer Ansicht nach müssten bei einem fairen Abkommen finanzielle Unterstützung sowie ein Technologietransfer gewährleistet sein. Nach Auffassung der Gewerkschaften könnte man nur so im Prozess der Handelsöffnung bei der technologischen Modernisierung und der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit bestehen.⁸ Das Handelsabkommen birgt außerdem Gefahren für die Umwelt und könnte zu einer weiteren Abholzung des Amazonas-Urwaldes beitragen. In wirtschaftlicher Hinsicht könnte sich darüber hinaus durch den südamerikanischen Export die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Landwirte drastisch verschlechtern.⁹

Die entsprechende Forschungsfrage lautet an dieser Stelle: „Welche ökonomischen, ökologischen und politischen Konsequenzen folgen aus dem Handelsabkommen zwischen Europäischer Union und dem südamerikanischen Staatenbund Mercosur?“

1.2 ZIEL

Das Ziel dieses Arbeitspapiers ist eine kritische Analyse des Handelsabkommens zwischen Europäischer Union und dem Mercosur. Es soll für die Faktoren Ökonomie, Ökologie und Politik jeweils analysiert werden, inwiefern sich das Handelsabkommen auf diese Faktoren auswirkt. Die Auswirkungen auf den Faktor Ökonomie werden im Rahmen dieser Arbeit auf privatwirtschaftliche Unternehmen in den Branchen Agrar- und Rohstoffsektor, Kraftfahrzeugbau, Chemie/Pharmazeutika, Stahl und Erdöl eingegrenzt. Diesbezüglich soll konkret analysiert werden, inwiefern sich das Abkommen auf das Preisniveau sowie das Wachstum der Wirtschaft in den oben genannten Branchen auswirkt. Hierbei wird ebenfalls auf die Auswirkungen des Abkommens auf die derzeitige argentinische Wirtschaftskrise eingegangen. Die ökologischen Faktoren beziehen sich insbesondere auf den Klimaschutz, den Schutz des Regenwaldes und den Verbraucherschutz. Im politischen Bereich werden die Konsequenzen des Handelsabkommens als Druckmittel und Gegenpol gegen die im Trend stehenden protektionistischen Maßnahmen großer Nationen, insbesondere der Vereinigten Staaten von Amerika, analysiert. Die Auswirkungen des Handelsabkommens werden sowohl auf Seiten der Europäischen Union als auch auf Seiten des Mercosur analysiert, erklärt und zusammengefasst.

1.3 AUFBAU

Dieses Arbeitspapier ist in vier Kapitel unterteilt. Das erste Kapitel gibt eine Einführung in die Thematik, erläutert das Ziel der Untersuchung sowie den Aufbau. Das zweite Kapitel umfasst die konzeptionellen Grundlagen des Handelsvertrages zwischen Europäischer Union und Mercosur. Hierbei werden zunächst die Vertragspartner beschrieben, insbesondere in Bezug auf ihre Geographie, Struktur, Geschichte und politische Funktionsweise. Anschließend wird der Inhalt des Handelsvertrages dargestellt, nachdem die Entwicklung des Handelsvertrages über den Zeitverlauf betrachtet wird. Danach wird konkret aufgezeigt, welche wesentlichen Vereinbarungen das Handelsabkommen beinhaltet. Darauf aufbauend werden als zentraler Bestandteil der Studie im dritten Kapitel die zu erwartenden ökonomischen, ökologischen und politischen Konsequenzen analysiert und erklärt. Im Anschluss daran folgt eine empirische Analyse mit anschließender Zusammenfassung. Im

⁸ Vgl. Andujo 01.07.2019.

⁹ Vgl. Spiegel Online 29.06.2019.

vierten Kapitel erfolgt eine Schlussbetrachtung der aus der Arbeit gewonnenen Erkenntnisse. Die Schlussbetrachtung umfasst eine Zusammenfassung der Studie und summiert die positiven sowie auch negativen Konsequenzen des Handelsvertrages. Abschließend wird auf weiteren Untersuchungsbedarf eingegangen.

2 KONZEPTIONELLE GRUNDLAGEN

2.1 EUROPÄISCHE UNION

Die Europäische Union ist ein aus 28 Mitgliedstaaten bestehender Staatenbund.¹⁰ Sie umfasst außerhalb der geographischen Grenzen Europas die Republik Zypern sowie einige Überseegebiete, die vollständig in die nationale Verwaltungsstruktur der Europäischen Union eingebunden und somit integraler Bestandteil sind. Bei den Überseegebieten handelt es sich um die Übersee-Départements Französisch-Guayana, die Karibikinseln Martinique, Guadeloupe sowie La Réunion und die im Indischen Ozean liegende Insel Mayotte. Weiterhin gehören die Kanaren, Ceuta und Melilla als Teile Spaniens und die portugiesischen Inselgruppen der Azoren und Madeira zur Europäischen Union. Für die genannten Überseegebiete gelten trotz ihrer geographischen Entfernung zum europäischen Kontinent alle Rechte und Pflichten der Europäischen Union.¹¹ Der europäische Staatenbund umfasst somit eine Gesamtfläche von 4 384 318 Quadratkilometer und hat 514,2 Millionen Einwohner.¹² Der EU-Binnenmarkt ist gemessen am Bruttoinlandsprodukt der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Erde.¹³

Die Geschichte der Union baut auf den am 18. April 1951 geschlossenen Vertrag zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) auf. Ziel sollte es sein, die Kohle- und Stahlindustrie des damaligen Europa als potenzieller Hersteller von Kriegswaffen in einer sogenannten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu vereinigen.¹⁴ Dadurch sollte eine wechselseitige Abhängigkeit der Kohle- und Stahlindustrie zwischen den einzelnen Nationen geschaffen werden, um den nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Spannungen entgegenzuwirken. Dadurch war es den einzelnen Nationen nicht mehr möglich, ohne das Wissen der anderen ihre Streitkräfte aufzurüsten und zu mobilisieren.¹⁵ Die Gründer der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl waren Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande.¹⁶ Diese sechs Staaten waren es, die am 25. März 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gründeten und somit den nächsten Integrationsschritt wagten. Durch den EWG-Vertrag wurden für die Ein- und Ausfuhr von Waren sämtliche Zölle abgeschafft. Gegen-

10 Vgl. Europäisches Integrationszentrum e. V.: Europäische Union, o. J., URL: <https://www.eiz-rostock.de/informationen-zur-europaeischen-union/> [aufgerufen: 07.08.2019].

11 Vgl. Europäische Kommission: Regionalpolitik und Gebiete in äußerster Randlage, o. J., URL: https://ec.europa.eu/regional_policy/de/policy/themes/outermost-regions/ [aufgerufen 07.08.2019].

12 Vgl. Wirtschaftskammer Österreich: Fläche und Bevölkerung, 2019, URL: <http://wko.at/statistik/eu/europa-bevoelkerung.pdf> [aufgerufen: 09.08.2019].

13 Vgl. Wambach, Achim: Der EU-Binnenmarkt – der größte Wirtschaftsraum der Welt, in: Die Volkswirtschaft, 19.07.2018.

14 Vgl. Zerres, Thomas/Zerres Michael: Europäisches Wirtschaftsrecht. Eine Darstellung des Rechts der Europäischen Union unter besonderer Berücksichtigung der Grundfreiheiten als Rahmenbedingung eines marktorientierten Managements deutscher Unternehmen, in: Hamburger Schriften zur Marketingforschung, hrsg. von Christopher Zerres, Band 96, München, Mering: Rainer Hampp Verlag 2015, S. 8.

15 Vgl. Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission: EU-Verträge, 23.05.2019, URL: https://europa.eu/european-union/law/treaties_de [aufgerufen: 07.08.2019].

16 Vgl. EU-Info. Deutschland: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, o. J., URL: <http://www.eu-info.de/europa/eu-eg-ewg/EGKS/> [aufgerufen: 07.08.2019].

über Drittländern wurde anstelle eines nationalen Tarifes der jeweiligen Nationen ein gemeinsamer Zolltarif vorgesehen. Zudem beinhaltete der Vertrag eine Vergemeinschaftung der Handels-, Agrar-, Verkehrs- und Wettbewerbspolitik und eine Koordination der Konjunktur-, Wirtschaft- und Währungspolitik. Darüber hinaus war eine einheitlichere Steuer- und Sozialpolitik vorgesehen. Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Vertrages war es, auf eine Angleichung innerstaatlicher Rechtsvorschriften hinzuwirken.¹⁷ Das grundsätzliche Ziel des EWG-Vertrages war somit die schrittweise Angleichung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten, welche insbesondere durch Verwirklichung der sogenannten vier Grundfreiheiten zur Geltung kam.¹⁸ Die Grundfreiheiten bestehen in der Freiheit des Warenverkehrs, der Freiheit des Personenverkehrs (Freizügigkeit der Arbeitnehmer und Niederlassungsfreiheit), der Freiheit des Dienstleistungsverkehrs und der Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs.¹⁹ Weiterhin sollte der ebenfalls am 25. März 1957 in Rom unterzeichnete Vertrag zur Gründung einer Europäischen Atomgemeinschaft (EAG) zu einer Förderung der Forschung und Verbreitung technischer Informationen, einheitlicher Sicherheitsstandards zum Schutz der Bevölkerung und der Arbeitnehmer sowie zu der Verhinderung der Zuführung von zivilem Nuklearmaterial zu militärischen Zwecken beitragen.²⁰ Die EAG hatte hierbei jedoch eine geringere Bedeutung als die EWG, welche insbesondere auf Betreiben der Bundesrepublik Deutschland, die in der Schaffung eines solchen gemeinsamen Marktes eine bedeutende Möglichkeit sah, ihre wachsende Exportindustrie zu stärken, gegründet wurde. Sowohl die EWG als auch die EAG wurden institutionell der EGKS nachgebildet. Die Institutionen setzten sich hierbei aus dem Europäischen Parlament, der Kommission, dem Ministerrat und dem Europäischen Gerichtshof zusammen.²¹ Erst durch den sogenannten Fusionsvertrag vom 08. April 1965 wurden die Exekutivorgane der drei Gemeinschaften zusammengelegt.²² Damit bestanden durch das Inkrafttreten des Fusionsvertrages am 01. Juli 1967 eine gemeinsame Europäische Kommission und ein gemeinsamer Ministerrat, die jedoch je nach dem betroffenen Sachgebiet auf Grundlage der Einzelverträge handelten.²³ Die bedeuteten Römischen Verträge von 1957 wurden schließlich durch den am 07. Februar 1992 unterzeichneten und am 01. November 1993 in Kraft getretenen Vertrag von Maastricht ersetzt. Der Vertrag von Maastricht stellte den bis dahin größten Schritt europäischer Integration dar. Durch ihn wurde zunächst in formaler Hinsicht die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in Europäische Gemeinschaft umbenannt. Der Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hieß fortan nicht mehr EWG-Vertrag, sondern wurde in EG-Vertrag umbenannt. Durch den EG-Vertrag wurden zudem neue Vereinbarungen in Bezug auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie über eine Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten in den Bereichen der Innen- und Justizpolitik (ZBII) getroffen. Als Dachorgan der Gemeinschaften sollte die durch den Vertrag von Maastricht neu geschaffene Europäische Union stehen. Diese bildete fortan den institutionellen Rahmen für die darunter stehenden sogenannten drei Säulen. Dabei bestand die erste Säule aus der supranationalen Europäischen Gemeinschaft, zu welcher die EWG, EGKS und die Euratom gehörten. Die zweite Säule setzte sich aus der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zusammen, wobei hier

17 Vgl. Wehr, Andreas: Die Europäische Union, Köln: PapyRossa Verlag 2018, S. 35.

18 Vgl. Zeres/Zeres 2015, S. 10.

19 Vgl. Ebd. S. 22.

20 Vgl. Das Parlament: Euratom-Vertrag, o. J., URL: <http://www.europarl.europa.eu/about-parliament/de/in-the-past/the-parliament-and-the-treaties/euratom-treaty> [aufgerufen: 24.08.2019].

21 Vgl. Zeres/Zeres 2015, S. 9.

22 Vgl. Baus, Ralf Thomas: „Fusionsvertrag“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Geschichte der CDU, o. J., URL: <https://www.kas.de/web/guest/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/-fusionsvertrag> [aufgerufen: 25.08.2019].

23 Vgl. Zeres/Zeres 2015, S. 10.

lediglich eine Zusammenarbeit in Form einer institutionalisierten Regierungsarbeit stattfand. Die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres bildete schließlich die dritte Säule. Bei der zweiten und dritten Säule handelte es sich somit zunächst um rein völkerrechtliche Regelungen und damit lediglich um eine intergouvernementale Kooperation. Demzufolge fiel die zweite sowie auch die dritte Säule vorerst noch nicht unter das Kontrollsystem der europäischen Organe, insbesondere nicht unter das Gesetzgebungssystem, das Mehrheitsbeschlusssystem, das Finanzsystem oder die Rechtskontrolle durch den Europäischen Gerichtshof, wie es beispielsweise für Angelegenheiten der ersten Säule vorgesehen war. Es wurden somit zwei unterschiedliche Rechtssysteme, zum einen das Gemeinschaftsrecht und zum anderen das Völkerrecht, durch die Europäische Union in einen einheitlichen institutionellen Rahmen gebracht.²⁴ Die nachfolgende Abbildung stellt das Drei-Säulen-Modell gemäß dem Vertrag von Maastricht dar.

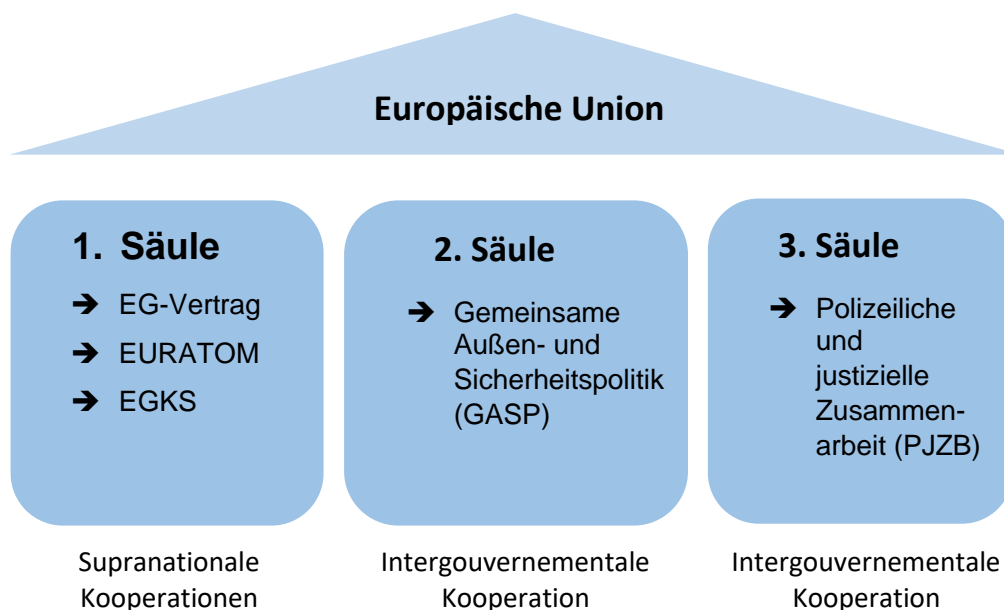


Abb. 2: Struktur der EU nach dem Vertrag von Maastricht²⁵

In politischer Hinsicht sollte zudem durch den Vertrag von Maastricht der Wille zum Ausdruck gebracht werden, die bis zu diesem Zeitpunkt auf 12 Mitgliedstaaten herangewachsene Europäische Gemeinschaft bis Ende der neunziger Jahre zu einem vollintegrierten, dauerhaften und handlungsfähigen Verband seiner Mitglieder zu machen. Diesbezüglich wurden im Vertrag diverse symbolische integrative Schritte bestimmt. So wurde durch den Vertrag von Maastricht als äußerst bedeutender Schritt sowohl eine Währungsunion als auch eine Wirtschaftsunion beschlossen. Des Weiteren wurde durch den Maastricht-Vertrag eine Unionsbürgerschaft eingeführt. Weiterhin kam den Bürgern der Europäischen Gemeinschaft das Recht zu, ein aktives oder passives Wahlrecht bei Kommunal- und Europawahlen auszuüben. Außerdem bestand für die Bürger der Europäischen Gemeinschaft nun auch die Möglichkeit, Petitionen an das Europäische Parlament zu richten

²⁴ Vgl. Ebd., S. 12-13.

²⁵ Vgl. Ebd., S. 13.

und sich mit Beschwerden an einen Bürgerbeauftragten zu wenden.²⁶ Die heutige Europäische Union basiert schlussendlich auf dem am 01.12.2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon, welcher dazu führte, dass das sogenannte Drei-Säulen-System abgeschafft wurde. Grund für den Vertrag von Lissabon war, als bis dahin auf 27 Mitgliedsstaaten gewachsene Europäische Union weiterhin handlungsfähig zu bleiben.²⁷ So wurde bereits am 1. Mai 1999 durch den Vertrag von Amsterdam und am 01. Februar 2003 durch den Vertrag von Nizza versucht, das Institutionsgefüge der Europäischen Union zu modernisieren. Sowohl der Vertrag von Amsterdam als der von Nizza lieferten jedoch nicht den gewünschten Erfolg im Sinne von zufriedenstellenden institutionellen Reformen. Durch den Vertrag von Amsterdam wurden lediglich der EUV und der EGV insofern geändert, dass das sogenannte Schengen-Abkommen, durch welches die Grenzkontrollen zwischen den beteiligten Staaten abgeschafft worden waren, in die supranationale erste Säule überführt wurde. Ebenfalls wurden die der dritten Säule zugehörige Zusammenarbeit in Zivilsachen mit grenzüberschreitenden Bezügen sowie das Asyl- und das Einwanderungsrecht in die erste Säule übertragen. Die dritte Säule setzte sich folglich nur noch aus der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen und der gemeinsame Fahndungsorganisation Europol zu Bekämpfung des internationalen Verbrechens zusammen. Es erfolgte daher eine Umbenennung der ZBJI in polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, abgekürzt PJZS. In Hinsicht auf die gemeinsame Außenpolitik wurde die zweite Säule mit neuen und optionalen Instrumenten ausgestattet. Weiterhin wurden in der GASP eine Art europäischer Verteidigungsminister eingeführt. Durch den Vertrag von Nizza wurde hingegen lediglich das Mitentscheidungsverfahren des Europäischen Parlamentes ausgeweitet. Weitere Änderungen durch den Vertrag von Nizza ergaben sich durch die Abschaffung des Einstimmigkeitserfordernisses in mehreren Politikbereichen im Rat, welche durch eine neue Stimmgewichtung unter den Mitgliedstaaten ersetzt wurde. Des Weiteren wurde durch den Vertrag von Nizza das Gericht zu einem unabhängigen Spruchkörper ernannt. Außerdem wurde eine Charta der Grundrechte der Europäischen Union verkündet.²⁸ Wichtige Fragen in Bezug auf die Modernisierung der europäischen Institutionen blieben jedoch ungelöst. Dazu gehörten beispielsweise ungeklärte Fragen in Bezug auf eine Einigung über die Größe der Europäischen Kommission und die Bereiche, in denen mit qualifizierter Mehrheit entschieden wird.²⁹ Ein weiterer Anlauf, die Europäische Union zu modernisieren, war der misslungene Versuch eines Verfassungsvertrages für die Europäische Union. Durch den Verfassungsvertrag sollte der Öffentlichkeit wieder ein Gefühl des Vertrauens, der Transparenz und Zugehörigkeit gegenüber der Europäischen Union verschafft werden, nachdem insbesondere die Beteiligung zur Wahl des Europäischen Parlaments im Juni 1994 sehr gering ausfiel. Die Europäische Union wurde nämlich für eine umfassende Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und für weitreichende Deregulierungen verantwortlich gemacht.³⁰ Der im Dezember 2003 auf dem Europäischen Gipfel vorgelegte Entwurf für einen Vertrag über eine Verfassung für Europa wurde letztlich im Oktober 2004 von den Regierungschefs unterzeichnet, trat jedoch aufgrund der Ablehnung in einer Volksabstimmung in Bezug auf eine Ratifizierung des Vertrages in Frankreich und den Niederlanden nie in Kraft.³¹ Erst durch den am 13. Dezember 2007 unterzeichneten Vertrag von Lissabon gelang es, ein demokratischeres, trans-

²⁶ Vgl. Wehr 2018, S. 60.

²⁷ Vgl. Piepenschneider, Melanie: Vertragsgrundlagen und Entscheidungsverfahren, hrsg. bpb, 30.03.2015, URL: <http://www.bpb.de/izpb/203862/vertragsgrundlagen-und-entscheidungsverfahren?p=all> [aufgerufen: 07.08.2019].

²⁸ Vgl. Zerres/Zerres 2015, S. 14–15.

²⁹ Vgl. Wehr 2018, S. 87.

³⁰ Vgl. Ebd., S. 88.

³¹ Vgl. Ebd., S. 92–93.

parenteres und handlungsfähigeres Europa zu gründen.³² Der Lissabonner Vertrag besteht aus zwei Teilverträgen, zum einen aus dem Vertrag über die Europäische Union (EUV), welcher die Grundanlage der EU beschreibt, und zum anderen aus dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), welcher primär das Handeln der Organe sowie die Zuständigkeiten der Europäischen Union präzisiert. Durch den Lissabonner Vertrag erwarb die Europäische Union somit die Souveränitätsrechte ihrer Mitgliedsstaaten, womit sie die Fähigkeit erlangte, für die Mitgliedstaaten politisch zu handeln, Gesetze zu erlassen sowie durchzusetzen – wenngleich nur im Rahmen ihrer in den Verträgen niedergelegten Zuständigkeiten. Die Europäische Union erlangte also durch den Lissabonner Vertrag eine eigene Rechtspersönlichkeit, womit sie befugt war, völkerrechtlich verbindliche Verträge abzuschließen und internationalen Organisationen beizutreten.³³ Die unten stehende Abbildung verdeutlicht die neue Struktur der Europäischen Union gemäß dem Vertrag von Lissabon.

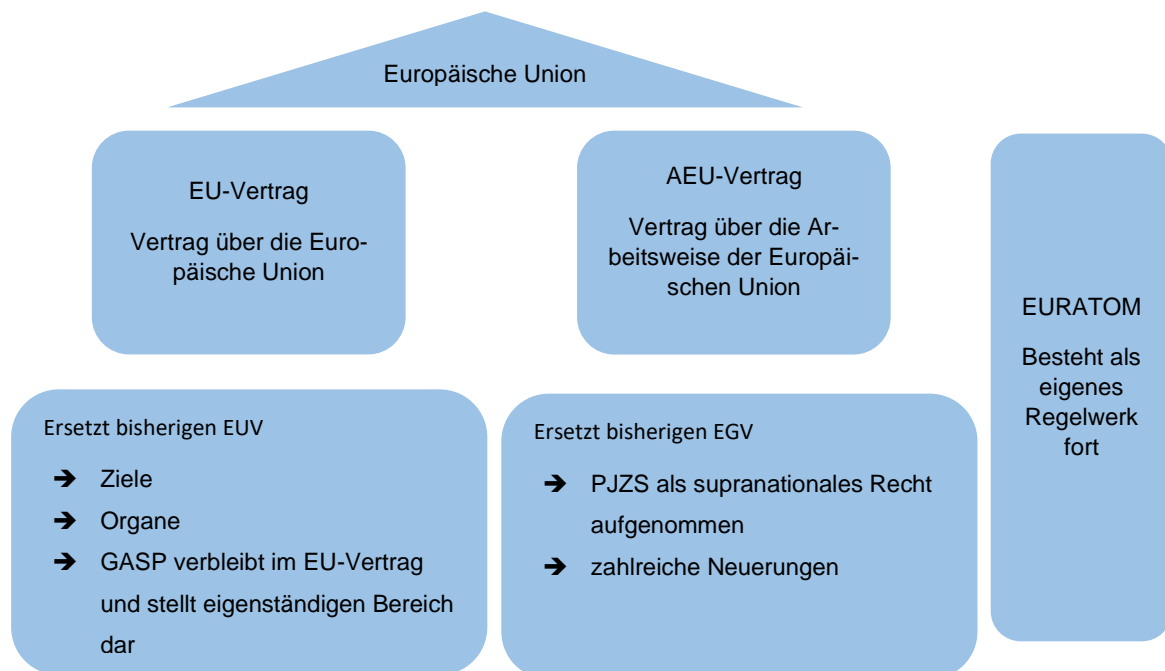


Abb. 3: Die Struktur der Verträge nach dem Reformvertrag von Lissabon³⁴

Die Europäische Union ist nach dem Vertrag von Lissabon ein föderalistisches System und setzt sich aus insgesamt sieben Institutionen zusammen. Jede dieser Institutionen besitzt somit eine begrenzte Eigenständigkeit und Staatlichkeit. Alle Institutionen zusammen sind jedoch übergreifend als Gesamtstaat zusammengeschlossen. Zu den Institutionen gehören das Europäische Parlament sowie der Rat der Europäischen Union, welche beide als Gesetzgeber fungieren und somit die Judikative bilden. Die Europäische Kommission, welche als Regierung fungiert und dem Parlament und dem Rat Vorschläge für neue Rechtsvorschriften unterbreitet, bildet die Exekutive. Eine weitere Institution ist der Europäische Rat, der für das Setzen von Richtlinien und Impulse zuständig ist und die allgemein politische Richtung der Europäischen Union vorgibt. Die Judikative wird durch

³² Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Vertrag von Lissabon, November 2018, URL: https://www.lpb-bw.de/vertrag_von_lissabon.html [aufgerufen: 07.08.2019].

³³ Vgl. Piepenschneider 30.03.2015.

³⁴ Vgl. Hobe, Stephan: Europarecht, München: Franz Vahlen Verlag 2017, S. 37.

den Gerichtshof der Europäischen Union gebildet. Dieser sichert die einheitliche Auslegung des europäischen Rechts und ist befugt, Rechtsstreitigkeiten zwischen den EU-Mitgliedstaaten, EU-Organen sowie Unternehmen und Privatpersonen zu regeln. Der Europäische Rechnungshof fungiert als unabhängiges Kontrollorgan und ist für die Prüfung der rechtmäßigen und ordnungsgemäßen Verwendung von Einnahmen und Ausgaben der Institutionen der Europäischen Union zuständig. Letztlich bildet die Europäische Zentralbank das Europäische System der Zentralbanken und legt somit die Währungspolitik der Union fest.³⁵

2.2 MERCOSUR

Der als Mercosur (es. Mercado Común del Sur, pt. Mercado Comum do Sul) bekannte Gemeinsame Markt des Südens ist ein regionaler Zusammenschluss der vier südamerikanischen Staaten Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay. Das Hauptziel des Zusammenschlusses ist die Förderung eines gemeinsamen Raumes, um Geschäfts- und Investitionsmöglichkeiten durch eine wettbewerbsorientierte Integration der nationalen Volkswirtschaften in den internationalen Markt zu schaffen. Der Mercosur basiert seit seiner Gründung auf den Prinzipien der Demokratie und der wirtschaftlichen Entwicklung, durch die die Grundwerte einer menschengerechten Integration untermauert werden. Der durch den 1991 geschlossenen Vertrag von Asunción kreierte südamerikanische Binnenmarkt umfasst ein Territorium von fast 14 869 775 Quadratkilometern und eine Population von ca. 295 Millionen Menschen und bildet die fünftgrößte Weltwirtschaftszone. Die enorme Fläche birgt eine Vielzahl von Naturschätzen, hierzu gehören zum Beispiel Wasser, Energieressourcen und ein hoher Grad an biologischer Vielfalt.³⁶ Das Bestreben eines südamerikanischen Zusammenschlusses mehrerer Nationen geht bis in das 19. Jahrhundert zurück. So versuchte bereits Simon Bolívar kurz nach der Unabhängigkeit der südamerikanischen Staaten, eine Zusammenarbeit zwischen diesen zu erreichen. Das Bestreben von Simon Bolívar wurde zwar nie verwirklicht, jedoch wurde es zum Symbol und Katalysator für nachfolgende Initiativen in Form von regionaler Zusammenarbeit und Integration lateinamerikanischer Staaten. Den Grundbaustein für einen regionalen Zusammenschluss südamerikanischer Staaten legte jedoch die Wirtschaftskommission für Lateinamerika, genannt CEPAL. Diese richtete in den 1950er Jahren eine Empfehlung an die lateinamerikanischen Regierungen, Maßnahmen zur Förderung einer Integration der jeweiligen Volkswirtschaften zu ergreifen. Aufgrund dieser Empfehlung wurde 1960 der Vertrag von Montevideo erarbeitet. Dieser sah die Gründung einer lateinamerikanischen Freihandelszone vor. Der Montevideo-Vertrag wurde anschließend von Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko, Paraguay, Peru und Uruguay 1960 unterzeichnet und war die erste südamerikanische Freihandelszone, genannt ALALC. Die tatsächliche Umsetzung der Freihandelszone sollte innerhalb von 12 Jahren erreicht werden und ein gemeinsamer Markt zwischen den Staaten innerhalb von 27 Jahren. Aufgrund des schwerfälligen Handelsliberalisierungssystems, indem für jedes Produkt die entsprechenden Zollsenkungen einzeln ausgehandelt werden sollten, erwies sich die ALALC als unausgereift und nur schwer realisierbar. Darüber hinaus herrschten starke wirtschaftliche Asymmetrien zwischen den einzelnen Staaten, was die Schaffung einer Freihandelszone innerhalb von 12 Jahren und eines gemeinsamen Marktes innerhalb von 27 Jahren kaum er-

³⁵ Vgl. Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission: Institutionen und Einrichtungen der EU, 22.05.2018, URL: https://europa.eu/european-union/about-eu/institutions-bodies_de#die-eu-institutionen-und-einrichtungen-in-kürze [aufgerufen: 07.08.2019].

³⁶ Vgl. Mercosur: Mercosur in Brief. What is Mercosur? o. J., URL: <https://www.mercosur.int/en/about-mercocur/mercocur-in-brief/> [aufgerufen: 09.08.2019].

reichbar machte. Nachfolgerin der ALALC war die daher 1980 gegründete lateinamerikanische Integrationsassoziation ALADI. Diese strebte wie auch die ALALC die Errichtung eines gemeinsamen Marktes an, versuchte dies jedoch durch die Errichtung von Präferenzzonen zu erreichen. Die Präferenzzonen sollten durch die Gewährung von Zollpräferenzen errichtet werden. Weiterhin sollten Präferenzzonen in Form von regionalen, bilateralen und beschränkt multilateralen Präferenzabkommen zur Förderung des Handels, wissenschaftlicher und technischer Zusammenarbeit sowie zur Fremdenverkehrsförderung und zum Umweltschutz errichtet werden. Das Ziel der ALADI war somit die Förderung des gegenseitigen Handels sowie die wirtschaftliche Belebung und Ausweitung der Märkte zwischen den Mitgliedstaaten. Durch die diversen Präferenzsysteme zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten der ALADI sollte somit auf lange Sicht gesehen ein gemeinsamer lateinamerikanischer Markt gegründet werden.³⁷ Aufgrund der schweren Krisen in Argentinien und Brasilien in den 1980er Jahren, welche durch Hyperinflation, hohe Haushaltsdefizite sowie bedrohliche Auslandsverschuldung gezeichnet waren, sahen sich beide Staaten gezwungen, zur Überwindung der prekären Situation bei der Wandlung und Modernisierung der Volkswirtschaften zusammenzuarbeiten. So wurde durch die Ende 1985 unterzeichnete Erklärung von Iguazú die auf der Kolonialherrschaft zurückzuführende Rivalität beider Staaten beendet. Aufgrund dieser Erklärung konnten im Zeitverlauf zahlreiche Kooperationsabkommen zwischen den beiden Staaten geschlossen werden, welche 1991 im Vertrag von Asunción zur Errichtung eines gemeinsamen Marktes des Südens zwischen Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay mündeten. Der gemeinsame Markt sollte dabei den freien Warenverkehr, Dienstleistungsverkehr und den freien Verkehr von Produktionsfaktoren umfassen.³⁸ Der Vertrag von Asunción bestand aus 24 Artikeln, die wiederum in sechs Kapitel unterteilt wurden. So ist er lediglich als ein Rahmenvertrag zu sehen, da er nicht konkret ein in langjährigen Verhandlungen ausgearbeitetes Abkommen darstellt, sondern lediglich die Voraussetzungen zur Bildung eines solchen Marktes festlegt. Der heute noch gültige Vertrag nennt als Hauptziel die Errichtung eines gemeinsamen Marktes zwischen den Vertragsstaaten innerhalb einer Übergangszeit von vier Jahren. In dieser Übergangszeit sollten eine Beseitigung von Zollabgaben, nichttarifären Handelshemmnissen sowie Maßnahmen gleicher Wirkung umgesetzt werden. Weiterhin sollten eine gemeinsame Handelspolitik gegenüber Drittstaaten sowie ein gemeinsamer Außenzoll eingeführt werden. Außerdem wurde zwischen den Mitgliedsstaaten eine Koordination der makroökonomischen und sektoralen Wirtschaftspolitik in den Bereichen Außenhandel, Landwirtschaft, Industrie, Finanzen, Währung, Kapital, Dienstleistungen, Zölle, Transport und Kommunikation angestrebt. Darüber hinaus sollte innerhalb der Übergangszeit bis 1994 eine Harmonisierung der nationalen Gesetzgebung für die jeweils relevanten Bereiche des Integrationsprozesses erreicht werden.³⁹ In der Folge wurde der Vertrag von Asunción durch das 1994 unterzeichnete Protokoll von Ouro Preto ergänzt, durch welches der Mercosur einen internationalen Rechtsstatus sowie eine institutionelle Struktur erlangte.⁴⁰ Die wichtigsten Institutionen des Mercosur sind demnach der Rat des gemeinsamen Marktes, die Gruppe des gemeinsamen Marktes und die Handelskommission. Der Rat des gemeinsamen Marktes ist hierbei das wichtigste Ent-

³⁷ Vgl. Edler, Christoph: Die Integration der südamerikanischen Staaten durch den Mercosur, in: Europäisches und Internationales Recht, hrsg. Nolte, Georg/Strein, Rudolf, Band 81, München: Herbert Utz Verlag 2013, S. 53–76.

³⁸ Vgl. Fuders, Felix: Die Wirtschaftsverfassung der MERCOSUR. Eine rechtsvergleichende Darstellung unter besonderer Berücksichtigung des Rechts der Europäischen Union, in: Rechtsfragen der Globalisierung, hrsg. v. Schachtschneider, Albrecht, Band 15, Berlin: Duncker & Humblot Verlag 2008, S. 26–27.

³⁹ Vgl. Edler 2013, S. 77–78.

⁴⁰ Vgl. Zeller, Andreas: Regionale Integration. Die EU und der Mercosur im Vergleich, Hamburg: Diplomica Verlag 2013, S. 18.

scheidungsorgan des Mercosur. Dieser ist befugt, einstimmig alle Entscheidungen im Hinblick auf den Integrationsprozess sowie die Vollendung des gemeinsamen Marktes zu treffen. Er wird von den einzelnen Außenministern und den Wirtschaftsministern der einzelnen Mitgliedstaaten gebildet. Die Gruppe des gemeinsamen Marktes bildet hingegen das Exekutivorgan des Mercosur und ist dem Rat des Gemeinsamen Marktes untergeordnet. Ihre Aufgabe ist es, die Einhaltung des Vertrages von Asunción zu gewährleisten. Außerdem ist sie befugt, dem Rat Vorschläge für seine Entscheidungen zu unterbreiten.⁴¹ Die Handelskommission bildet die dritte zentrale Institution des Mercosur und untersteht der Gruppe des gemeinsamen Marktes. Die Aufgabe der Handelskommission liegt in der Überwachung der gemeinsamen handelspolitischen Instrumente, die zwischen den Mitgliedstaaten vereinbart wurden. Darüber hinaus ist sie sowohl für das Überwachen als auch für die Überprüfung von Fragen und Angelegenheiten in Bezug auf die gemeinsame Handelspolitik und den Handel mit Drittländern zuständig.⁴² Eine weitere wichtige Institution wurde durch die Unterzeichnung des Protokolls von Olivos am 18. Februar 2002 beschlossen. Es handelt sich hierbei um das am 13. August 2004 in Kraft getretene ständige Revisionsgericht des Mercosur.⁴³ Vor Unterzeichnung des Protokolls von Olivos wurden Konflikte im Vorfeld im Rahmen der Handelskommission oder über entsprechende Ad-hoc-Tribunale beigelegt. Vorgänger des Protokolls von Olivos war somit das Protokoll von Brasilia, welches die genauen Schritte des Schlichtungsverfahrens regelte.⁴⁴ Die sogenannten Ad-hoc-Tribunale bestehen jedoch neben dem ständigen Revisionsgericht weiterhin fort und sind vor dem Revisionsgericht zur Beilegung von Streitigkeiten aufzusuchen. Das Revisionsgericht kann anschließend im Nachhinein auf Antrag der jeweiligen Partei zur Überprüfung des Schiedsspruches aufgerufen werden. Es besteht jedoch immer die Möglichkeit, das Revisionsgericht in außergewöhnlichen Fällen direkt anzusteuern, ohne vorher eine Streitbeilegung über ein Ad-hoc-Tribunal versucht zu haben.⁴⁵ Das Revisionsgericht setzt sich hierbei aus insgesamt fünf Schiedsrichtern mit jeweils einem Stellvertreter zusammen. Der fünfte Schiedsrichter wird einstimmig von den Vertragsstaaten gemeinsam ernannt. Weiterhin besteht das Revisionsgericht neben den Schiedsrichtern aus einem Sekretariat. Das Sekretariat setzt sich aus vier Bereichen zusammen, welche für das Funktionieren des Revisionsgerichtes unerlässlich sind und der Aufsicht des durch den Rat des gemeinsamen Marktes gewählten nationalen Sekretärs des Sekretariates unterliegen.⁴⁶ Die Schiedsrichter der Ad-hoc-Tribunale werden hingegen aus den Listen ausgewählt, welche im Sekretariat des Mercosur von jedem Mitgliedstaat hinterlegt wurden.⁴⁷ Darüber hinaus wurde 2007 die sogenannte Bank des Südens gegründet. Auch wenn zwischen den Mitgliedstaaten im Moment Unklarheiten und Differenzen bezüglich der Aufgaben und der Struktur der Bank herrschen, lag das ursprüngliche und gewollte Ziel der Initiative bei der Unterzeichnung des Gründungsvertrages im Dezember 2007 in der Finanzierung regionaler Projekte, etwa im Infrastrukturbereich.⁴⁸ Vergleicht man also die Ziele und Strukturen des Mercosur mit denen der Europäischen Union, weisen die

⁴¹ Vgl. Zeller 2013, S. 21.

⁴² Vgl. Mercosur: Organigrama, 31.07.2019, URL: <https://www.mercosur.int/quienes-somos/organigramamercosur/#consejo-mercado-comun> [aufgerufen: 26.08.2019].

⁴³ Vgl. Mercosur: Solución de Controversias, o. J., URL: <https://www.mercosur.int/quienes-somos/solucion-controversias/> [aufgerufen: 24.08.2019].

⁴⁴ Vgl. Bodemer, Klaus/Gratius, Susanne: Lateinamerika im internationalen System. Zwischen Regionalismus und Globalisierung, Opladen: Leske + Budrich Verlag 2003, S. 79.

⁴⁵ Vgl. Mercosur: Solución de Controversias, o. J.

⁴⁶ Vgl. Mercosur. Tribunal Permanente de Revisión: Estructura del TPR, o. J., URL: <http://www.tprmercotur.org/es/estructura.htm> [Aufgerufen: 06.09.2019].

⁴⁷ Vgl. Mercosur: Solución de Controversias, o. J.

⁴⁸ Vgl. Fischer: Michael: Zehn Jahre Bank des Südens, in: *amerika* 21, 27.02.2017, URL: <https://amerika21.de/2017/02/170921/zehn-jahre-bank-suedens> [aufgerufen: 10.08.2019].

beiden Staatenbünde diesbezüglich deutliche Ähnlichkeiten auf. Während allerdings die Europäische Union eine Wirtschaftsunion verwirklicht hat, arbeitet der Mercosur noch an einer Vollendung eines gemeinsamen Marktes. Das ursprüngliche Ziel des Vertrages von Asunción, welches vorsah, innerhalb einer Übergangszeit von vier Jahren, konkret von 1991 bis 1994, einen gemeinsamen Markt des Südens zu bilden, konnte zwar innerhalb der Übergangszeit nicht erreicht werden, heute ist der Mercosur jedoch das bisher erfolgreichste Integrationsprojekt Südamerikas. So wurde bereits Ende 1994 eine gemeinsame Freihandelszone und Zollunion errichtet, wodurch sich der Intra-Mercosur-Handel bis heute vervierfacht hat. Zudem internationalisierte sich die Unternehmenskultur innerhalb des Mercosur deutlich, Unternehmen agieren nun weitaus offener, gründen Joint Ventures und Tochtergesellschaften in anderen Mitgliedstaaten und organisieren ihre protektionistischen Maßnahmen nun grenzüberschreitend.⁴⁹ Darüber hinaus werden im Mercosur im Gegensatz zur Europäischen Union Beschlüsse nicht durch supranationale Entscheidungen getroffen, sondern im Einvernehmen nach einem intergouvernementalen Einstimmigkeitsprinzip. Die gemeinschaftliche Rechtssetzung basiert hingegen bei der Europäischen Union auf supranationaler Ebene.⁵⁰ Betrachtet man jedoch die zentralen Ziele des Mercosur und dessen Fundament, auf den Prinzipien der Demokratie und wirtschaftlichen Entwicklung aufzubauen, sind weitere institutionelle und reformerische Schritte in Form und Richtung der Europäischen Union in Zukunft anzunehmen.

2.3 ENTSTEHUNG DES HANDELSVERTRAGES

Das Abkommen zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur hat eine wechselvolle und konfliktreiche Geschichte. Bereits 1995 wurde in Madrid ein interregionales Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur geschlossen, welches grundsätzlich einen interregionalen Zusammenschluss zwischen beiden Wirtschaftsblöcken vorsah und 1999 in Kraft trat.⁵¹ Das interregionale Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit von 1995 unterstrich hierbei die wichtige Bedeutung des Mercosur, dessen Rechtspersönlichkeit hierdurch erstmals von dritter Seite anerkannt wurde.⁵² Das Rahmenabkommen hatte hierbei das Ziel, die Beziehungen, zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Mercosur im Hinblick auf die Gründung einer interregionalen Assoziation zu stärken. Als Gegenstand des Rahmenabkommens wurden die Bereiche Handel, Wirtschaft und Zusammenarbeit festgelegt.⁵³ Die ersten Verhandlungsrunden zur Gründung einer interregionalen Assoziation starteten hierbei im April 2000 in Buenos Aires, welche bis Oktober 2004 anhielten. Nach einer über fünfjährigen Unterbrechung wurden die Verhandlungen im Juni 2010 fortgeführt und weiterhin ohne konkretes Ergebnis im Oktober 2012 unterbrochen. Erst vier Jahre später, im Oktober 2016, wurden die Verhandlungen in Brüssel erneut aufgenommen. Im März 2017 wurde eine weitere Verhandlungsrunde in Buenos Aires abgehalten. Die Wiederaufnahme der Gespräche im Oktober 2016 erfolgte aufgrund des zum damaligen Zeitpunkt sich verschlechternden weltwirtschaftlichen Umfeldes für den Mercosur und insbesondere aufgrund der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage seitens Brasiliens und später auch Argentinien. Ein

⁴⁹ Vgl. Fuders 2008, S. 28–29.

⁵⁰ Vgl. Zeller 2013, S. 28.

⁵¹ Vgl. Fritz, Thomas: Das EU-Mercosur Abkommen auf dem Prüfstand. Soziale, ökologische und menschenrechtliche Folgen, hrsg. Misereor, Dezember 2017, URL: https://www.misereor.de/fileadmin/user_upload/Studie_MERCOSUR_Misereor.pdf [aufgerufen: 29. Juli 2019].

⁵² Vgl. Fuders 2008, S. 19.

⁵³ Vgl. Interregionales Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit zwischen der EG und dem Mercosur, 04.05.2007, URL: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=LEGISSUM:r14013&from=DE> [aufgerufen: 07.08.2019].

weiterer Grund für die Wiederaufnahme der Gespräche war ebenfalls der Regierungswechsel sowohl in Brasilien als auch in Argentinien.⁵⁴ Durch die 2016 erfolgte Amtsenthebung der ehemaligen brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseff und die Nachfolge durch Michel Temer verfolgte die brasilianische Regierung fortan eine wirtschaftsliberale Politik.⁵⁵ Auch der Ende 2015 vollzogene Regierungswechsel in Argentinien führte weg von der durch Protektionismus geprägten Wirtschaft unter Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner hin zu einer wirtschaftsliberalen Regierung unter ihrem Nachfolger Mauricio Macri.⁵⁶ So sprachen sich die Delegationen der beiden Staaten positiv für weitere Gespräche mit der Europäischen Union aus.⁵⁷ Die Regierungen der beiden kleineren Staaten Uruguay und Paraguay unterstützten hingegen stets eine Fortführung der Gespräche und einen Abschluss des Abkommens.⁵⁸ Die Einigung über das Freihandelsabkommen fand schlussendlich am 28. Juni 2019 in Brüssel statt, unmittelbar vor dem G20-Gipfel vom 28.–29. Juni 2019 in Osaka, bei dem auch die handelspolitisch größten Konkurrenten USA und China vertreten waren.

2.4 HANDELSABKOMMEN ZWISCHEN EU UND MERCOSUR

Das Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem südamerikanischen Staatenbund Mercosur ist Teil eines umfassenden Assoziierungsabkommens. Dieses strebt mehrere wichtige Ziele an und umfasst neben einem Handelsteil ebenfalls einen Politik- und Kooperationsteil.⁵⁹

2.4.1 Ökonomische Zielsetzungen

Das zentrale Ziel des Handelsabkommens ist hierbei die Abschaffung der bisher sehr hohen Zölle der südamerikanischen Staatenbundparteien, welche für den Import europäischer Waren anfielen. Zu den wichtigsten Exportgütern der Europäischen Union in den südamerikanischen Staatenbund gehören Autos sowie Ersatzteile, Maschinen, Chemikalien und Pharmazeutika, Textilien, Nahrungsmittel und Getränke sowie insbesondere Schokolade, Wein und Molkereiprodukte.⁶⁰ Gemäß den Ökonomen Frankena Greetje und Dana Bodnar fielen bisher Zollgebühren für Autoimporte von 35 Prozent und 14 bis 18 Prozent auf Autoteile an. Weiterhin wurden 18 Prozent Zölle für Chemikalien und 14 Prozent Zollgebühren für Pharmazeutika erhoben. Außerdem fielen Zollgebühren in Höhe von 14 bis 20 Prozent auf Maschinen und bis zu 35 Prozent auf Getränke und Nahrungsmittel wie Schokolade, Molkereiprodukte, Spirituosen und Wein an.⁶¹ Zudem erhält die Europäische Union durch das Handelsabkommen eine Exportquote für Käse und spart

⁵⁴ Vgl. Fritz Dezember 2017.

⁵⁵ Vgl. Fischermann, Thomas: Was ist da in Brasilien los?, in: Zeit online 11. Mai 2016, URL: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-05/dilma-rousseff-brasilien-tumulte> [aufgerufen: 05.10.2019].

⁵⁶ Vgl. Jacob, Olaf/Czekalla, Maximilian: Eine Zwischenbilanz der Regierung Macri, hrsg. Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsbüro Argentinien, 11. April 2016, URL: <https://www.kas.de/web/argentinien/laenderberichte/detail/-/content/eine-zwischenbilanz-der-regierung-macri1> [aufgerufen: 05.10.2019].

⁵⁷ Vgl. Stoecker, Daniel: Mercosur-Mitgliedsländer drängen auf Abkommen mit der EU, in: amerika 21, 20.06.2018, URL: <https://amerika21.de/2018/06/204495/mercosur-abkommen-eu> [aufgerufen: 29.07.2019].

⁵⁸ Vgl. Fritz Dezember 2017.

⁵⁹ Vgl. Schwarzbauer Annette, Hügel Johannes: Freihandelsabkommen EU-MERCOSUR – „Südbrücke“ im Atlantik, hrsg. Konrad-Adenauer-Stiftung, 10. Juli 2019, URL: <https://www.kas.de/laenderberichte/detail/-/content/freihandelsabkommen-eu-mercosur-suedbruecke-im-atlantik> [aufgerufen 10.08.2019].

⁶⁰ Vgl. Spiegel Online 29.06. 2019.

⁶¹ Vgl. Frankena, Greetje/Bodnar, Dana: EU moving forward with free trade deal, hrsg. Atradius, 09.07.2019, URL: <https://atradius.nl/rapport/eu-moving-forward-with-free-trade-deals.html> [aufgerufen: 27.07.2019].

dadurch 28 Prozent Zollgebühren.⁶² In ökonomischer Hinsicht sparen EU-Exporteure durch das Handelsabkommen über vier Milliarden Euro an Zöllen. Des Weiteren lassen sich durch die Einsparung enormer Zollkosten Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Exportnationen, die kein Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten haben, wie beispielsweise China oder die USA, erreichen.⁶³ Für den Mercosur ist hingegen ein Kontingent an zollfreien Einfuhren in die Europäische Union von 180 000 Tonnen Geflügel innerhalb von fünf Jahren geplant. Weiterhin erhält der Mercosur durch das Abkommen die Möglichkeit, 99 000 Tonnen Rindfleisch, davon 55 Prozent hochwertiges frisches Rindfleisch, und 45 Prozent gefrorenes Rindfleisch zu einem Zollsatz von 7,5 Prozent ebenfalls innerhalb von fünf Jahren in die Europäische Union einzuführen. Außerdem wird konkret für Paraguay ein zollfreies Zuckerkontingent von 10 000 Tonnen gewährt, davon ausgenommen ist jedoch Spezialzucker. Für Brasilien gilt hingegen weiterhin das bereits bestehende zollfreie Kontingent von 180 000 Tonnen Zucker. Es wurde zudem ein Honigkontingent von 45 000 Tonnen und ein Reiskontingent von 60 000 Tonnen Reis vereinbart. Die Zollbefreiungen für Honig und Reis sollen ebenfalls schrittweise über einen Zeitraum von fünf Jahren erfolgen. Ein zollfreies Kontingent von 450 000 Tonnen Ethanol wurde außerdem zur Verwendung in der chemischen Industrie zugelassen, weitere 200 000 Tonnen Ethanol zur sonstigen Verwendung.⁶⁴ Das Handelsabkommen enthält auch Vereinbarungen zum Schutz geistigen Eigentums und trägt so zum Schutz von 357 geografischen Herkunftsangaben bei.⁶⁵ Ebenfalls soll durch den Abbau nichttarifärer Handelshindernisse eine Reduktion der Kosten erfolgen, welche durch die Einhaltung unterschiedlicher Vorschriften und Normen entstehen. Vereinfachte Zollverfahren sollen die Transparenz und die Anwendung internationaler Normen für Produkte erhöhen. Es werden also eine Vereinfachung des Konformitätsverfahrens und eine Produktstandardisierung angestrebt. Da gerade kleine und mittelständische Unternehmen bei Exportvorhaben durch bürokratische Prozeduren in Form kostspieliger Prüfanforderungen, Zertifizierungsanforderungen und mangelnder Transparenz der Produktnormen betroffen sind, soll durch eine Vereinfachung des Konformitätsverfahrens und eine Standardisierung der Produktvorschriften/-normen deren Marktzugang erleichtert werden.⁶⁶ Des Weiteren öffnen die Mercosur-Staaten durch das Abkommen ihre öffentlichen Ausschreibungen für europäische Unternehmen. Die südamerikanischen Unternehmen haben in gleicher Weise das Recht, sich auf Ausschreibungen europäischer Institutionen zu bewerben.⁶⁷

2.4.2 Ökologische Zielsetzungen

Das ökologische Ziel des Handelsabkommens sieht hohe Nachhaltigkeitsstandards vor. Kooperationstechnisch sollen daher durch das Abkommen entsprechende Nachhaltigkeitsstandards nach europäischer Konzeption eingehalten werden. Dadurch soll der Freihandel nicht Umwelt- und Arbeitsverhältnisse belasten. Im Abkommen haben sich die beiden Parteien ebenfalls verpflichtet, das Pariser Klimaschutzabkommen einzuhalten.⁶⁸ Im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens hat sich Brasilien dazu verpflichtet, seine Netto-Treibhausgasemissionen bis 2025 gegenüber dem Stand von 2005 um 37 Pro-

⁶² Vgl. Europäische Kommission: Die Handelspolitik der EU, 24.09.2019, URL: https://ec.europa.eu/germany/handelspolitik_der_eu_de [aufgerufen: 24.08.2019].

⁶³ Vgl. Mihatsch, Christian: Handelsabkommen EU-Mercosur, 01.07.2019, URL: <https://www.sonnenseite.com/de/politik/handelsabkommen-eumercosur.html> [aufgerufen: 26.07.2019].

⁶⁴ Vgl. MERCOSUR: MÖGLICHKEITEN SCHAFFEN, DIE INTERESSEN DER EUROPÄISCHEN LANDWIRTE WAHREN, 07.2019, URL: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/july/tradoc_158141.pdf [aufgerufen: 09.09.2019].

⁶⁵ Vgl. Mihatsch 01.07.2019.

⁶⁶ Vgl. Greetje/Bodnar, EU moving forward with free trade deal [aufgerufen: 27.07.2019].

⁶⁷ Vgl. Andujo 01.07.2019.

⁶⁸ Vgl. Schwarzbauer/Hügel 10. Juli 2019.

zent zu reduzieren. Demgegenüber hat sich die Europäische Union verpflichtet, ihre Emissionen bis 2030 um 40 Prozent zu senken.⁶⁹ Weiterhin hat sich Brasilien verpflichtet, der fortschreitenden Abholzung der nationalen Bewaldung entgegenzutreten. Darüber hinaus haben sich beide Seiten geeinigt, multilaterale Umweltabkommen wie zum Beispiel das Washingtoner Artenschutzübereinkommen einzuhalten sowie sich für deren Umsetzung einzusetzen. Generell sollen ein verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln gefördert werden sowie die Achtung der Arbeitnehmerrechte respektiert werden.⁷⁰ So haben sich beide Parteien mit dem Abkommen geeinigt, verantwortungsvolle Lieferketten zu gewährleisten. Durch beide Seiten soll deshalb für internationale Grundsätze und Leitlinien ein entsprechender politischer Rahmen konstruiert werden. Weiterhin sollen die Verbreitung und Nutzung der einschlägigen internationalen Instrumente wie der Dreigliedrigen Grundsatzerklärung der Internationalen Arbeitsorganisation über multinationale Unternehmen sowie die Sozialpolitik unterstützt werden. Ebenfalls unterstützt werden sollen diesbezüglich der Globale Pakt der Vereinten Nationen, die Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte sowie die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen. Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Handelsabkommens ist der Schutz der Menschenrechte und der indigenen Gemeinschaften. Die Rolle der indigenen Gemeinschaften soll gemäß dem Abkommen im Rahmen nachhaltiger Lieferketten für forstwirtschaftliche Erzeugnisse und der Zusammenarbeit bei sozialen Projekten unter Einbeziehung dieser Gemeinschaften gefördert werden. Ein Schutz der Arbeitnehmerrechte wird im Handelsabkommen dadurch gewährleistet, indem sich beide Seiten dazu verpflichtet haben, die Regeln der UNO-Sonderorganisation für Internationale Arbeitsorganisation, bezogen auf Zwangs- und Kinderarbeit, Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz, Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen, zu achten. Diesbezüglich haben beide Parteien zusätzlich Verpflichtungen zu den Bereichen Arbeitsaufsicht sowie Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz getroffen. Das Abkommen regelt außerdem ein besonderes Streitbeilegungsverfahren in Bezug auf Handel und nachhaltige Entwicklung. Im Falle einer Verletzung der Vereinbarungen kann die klagende Partei eine förmliche Konsultation auf Regierungsebene beantragen. Sollte keine Lösung gefunden werden, besteht die Möglichkeit, ein unabhängiges Gremium von Sachverständigen zu beauftragen, durch welches die Angelegenheit geprüft wird und ein entsprechender Bericht mit Empfehlungen ausgearbeitet wird. Der ausgearbeitete Bericht sowie die Empfehlungen müssen anschließend veröffentlicht werden, um ein Weiterverfolgen der zuständigen Institutionen beider Seiten zu gewährleisten.⁷¹

2.4.3 Politische Zielsetzungen

Darüber hinaus kommt dem Handelsabkommen auch eine politische Bedeutung zu. Die Europäische Union versucht hierbei, ein internationales klares Zeichen für freien und fairen Handel zu setzen. Dieses Ziel erhält besondere Bedeutung aufgrund der derzeitigen protektionistischen Handelspolitik der USA.⁷² Das politische Ziel des Freihandelsabkommens zwischen Europäischer Union und Mercosur, ein Zeichen für freien und fairen Handel zu setzen, soll somit die positiven Auswirkungen des freien Handels bekräftigen und einen bedeutenden Gegenpol zum US-amerikanischen Protektionismus darstellen.

⁶⁹ Vgl. Europäische Kommission: HANDELSABKOMMEN EU-MERCOSUR. HANDEL UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG, 06.2019, URL: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/july/tradoc_158000.pdf [aufgerufen: 10.08.2019].

⁷⁰ Vgl. Schwarzbauer/Hügel 10. Juli 2019.

⁷¹ Vgl. Europäische Kommission 06.2019.

⁷² Vgl. Springer, Axel: EU baut mit Mercosur-Staatenbund weltweit größte Freihandelszone auf, in: Welt, 28.06.2019, URL: <https://www.welt.de/wirtschaft/article196077371/Handelsabkommen-EU-baut-mit-Mercosur-Staatenbund-weltweit-groesste-Freihandelszone-auf.html> [aufgerufen: 10.08.2019].

3 ANALYSE

3.1 ÖKONOMISCHE KONSEQUENZEN

Betrachtet man die Tatsache, dass durch das Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur ein Markt mit ca. 800 Millionen Menschen entsteht, lässt sich einfach das enorme Potenzial des Handelsabkommens erkennen. Die Prognosen deuten auf einen Warenaustausch mit einem Transferwert von bis zu 45 Milliarden Euro von der Europäischen Union in den südamerikanischen Staatenbund und von dort in die Europäische Union mit einem ähnlich hohen Transferwert von 42 Milliarden Euro hin. Dieses enorme Potenzial blieb den Unternehmen beider Parteien bisher aufgrund der extrem hohen Zölle verwehrt. Der ökonomische Vorteil für die Europäischen Unternehmen zeigt sich dabei vor allem darin, dass es sich bei den Staaten des Mercosur überwiegend um Entwicklungs- und Schwellenländer handelt und somit die dortigen Wirtschaftsstrukturen in bestimmten Branchen deutliche Lücken aufweisen. Dies ermöglicht eine staatenübergreifende Bedienung von lokalen Nischen und schafft so neue Möglichkeiten, neue Absatzmärkte zu kreieren, zu bedienen oder neu zu beleben.⁷³ Im einwohnerstärksten Mitgliedstaat des Mercosur Brasilien macht beispielsweise der Industriesektor lediglich ein Fünftel des gesamten Bruttoinlandsprodukts aus. Der Maschinenbau ist z. B. in Brasilien kaum vertreten, woraus für europäische Maschinenbauer die Möglichkeit folgt, die dort vorhandene Marktlücke mit ihren Produkten zu füllen.⁷⁴ Die folgende Tabelle zeigt den prozentualen Anteil der importierten und exportierten Produkte vom Mercosur in die Europäische Union und von der Europäischen Union in den Mercosur.

Waren	Anteil Gesamtexport: EU – Mercosur	Anteil Gesamtimport: Mercosur – EU
Nahrungsmittel, Tiere	2,3 %	40,3 %
Getränke und Tabak	0,9 %	2,2 %
Rohstoffe (metallisch) und mineralische Brennstoffe	4,5 %	32,5 %
Tierisches-/Pflanzliches Öl, Fett, Wachs	0,5 %	0,6 %
Chemikalien	32,6 %	5,3 %
Industrieerzeugnisse generell	15,9 %	10,8 %
Maschinerie	43,1 %	8,3 %

Tab. 1: EU-Mercosur trade by broad product groups⁷⁵

Aus der Tabelle lässt sich entnehmen, dass sich der Warenaustausch zwischen den Staatenbundparteien hauptsächlich auf Nahrungsmittel, Rohstoffe, Chemikalien und auf die

⁷³ Vgl. Alber, Fabian: EU-Mercosur-Abkommen: Chancen für den Mittelstand, hrsg. Fincompare, 2. August 2019, URL: <https://fincompare.de/eu-mercotur-abkommen> [aufgerufen: 07.09.2019].

⁷⁴ Vgl. Ebd.

⁷⁵ Vgl. LSE Consulting: Sustainability Impact Assessment in support of association agreement negotiations between the European Union and Mercosur, 24.01.2018, URL: http://www.eumercosursia.com/uploads/4/0/7/2/40728425/sia_mercosur_finalinceptionreport.pdf [aufgerufen: 10.09.2019].

Maschinerie bezieht. Im Folgenden wird auf die ökonomischen Konsequenzen der Agrarindustrie, Automobilindustrie, Chemie-/Pharmaindustrie, Stahlindustrie und Erdölindustrie eingegangen.

3.1.1 Agrarindustrie

Durch das Handelsabkommen öffnen sich der Agrarindustrie der Mitgliedstaaten des südamerikanischen Staatenbundes neue lukrative und attraktive Möglichkeiten. Für Brasilien ergibt sich beispielsweise die Möglichkeit, den für den Staat wichtigen landwirtschaftlichen Sektor weiter auszubauen, um so nachhaltiges Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze zu kreieren. Die Gesamtexporte Brasiliens beziehen sich zu 40 Prozent auf den landwirtschaftlichen Sektor. Diesbezüglich ist Brasilien der weltgrößte Produzent von Soja, Zuckerrohr, Orangensaftkonzentraten und Kaffee, zweitgrößter Produzent von Geflügel- und Rindfleisch und drittgrößter Produzent von Mais.⁷⁶ In Argentinien spielt die Landwirtschaft eine ebenso große Rolle wie in Brasilien, an den Gesamtexporten hat die Land- und Ernährungswirtschaft einen Anteil von 60 Prozent. Das Land ist weltweit der zehntgrößte Agrarexporteur und dicht hinter Brasilien der zweitgrößte Agrarexporteur Südamerikas.⁷⁷ Seit der Wahl des derzeitigen argentinischen Präsidenten Mauricio Macri im November 2015 strebt Argentinien eine wirtschaftsliberale Grundausrichtung sowie eine Weltmarktintegration an. Zuvor wurde das Land unter Präsident Néstor Kirchner und dessen Nachfolgerin Cristina Fernández de Kirchner protektionistisch geführt, das Land erlitt infolgedessen erhebliche Wachstumseinbrüche in Bezug auf Industrie und Produktion sowie steigende Neuverschuldung und abgeschmolzene Devisenreserven. Durch die Regierung Macris konnten Devisenbeschränkungen gelockert werden und Importrestriktionen wurden weitestgehend außer Kraft gesetzt. Weiterhin wurden Exportsteuern aufgehoben, das Wechselkursregime wurde vereinheitlicht und der Kurs der inländischen Währung freigegeben. Seit Macris Amtsantritt erholte sich zwar die wirtschaftliche Lage Argentiniens, jedoch konnte das Land auch durch eine wirtschaftsliberale Grundausrichtung nicht aus der Krise geführt werden.⁷⁸ Durch die zuungunsten des derzeitigen Präsidenten ausgefallenen Präsidentschaftsvorwahl am 11. August 2019 fiel die Landeswährung Argentiniens (Peso) drastisch ab, Macri lag bei den Präsidentschaftsvorwahlen mit 15 Prozentpunkten hinter Hauptkonkurrent Alberto Fernández deutlich zurück. Dieses Resultat führte zu einer Skepsis seitens der Finanzmärkte hinsichtlich einer möglichen neuen protektionistischen Haltung des Landes und einer Neuverhandlung der Schulden.⁷⁹ Für die beiden kleineren Mitgliedstaaten des Mercosur, Uruguay und Paraguay, ist der Landwirtschaftssektor ebenfalls von wesentlicher Bedeutung und stellt einen wichtigen Anteil der Gesamtexporte dar. Die wichtigsten Exportgüter Uruguays sind demnach Holzstoff, Rindfleisch, Sojabohnen und Reis.⁸⁰ Zu den wichtigsten Exportgüter Paraguays gehören Sojabohnen, Rindfleisch, Sojamehl und Sojaöl.⁸¹ Auch am Bruttoinlandsprodukt lässt sich erkennen, dass der Landwirtschaftssektor der südamerikanischen Staaten eine deutlich

⁷⁶ Vgl. Auswärtiges Amt: Artikel: Brasilien Wirtschaft, 14.05.2019, URL: <https://www.auswaertigesamt.de/de/aussenpolitik/laender/brasilien-node/-/201094?openAccordionId=item-201100-0-panel> [aufgerufen: 08.09.2019].

⁷⁷ Vgl. Auswärtiges Amt: Artikel: Argentinien Wirtschaft, 07.03.2019, URL: <https://www.auswaertigesamt.de/de/aussenpolitik/laender/argentinien-node/-/201328?openAccordionId=item-201110-0-panel> [aufgerufen: 09.09.2019].

⁷⁸ Vgl. ebd.

⁷⁹ Vgl. Frankfurter Allgemeine: Finanzmärkte gehen von Staatspleite aus, 13.08.2019, URL: <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/finanzmarkt/argentinien-finanzmaerkte-gehen-von-staatsbankrott-aus-16330924.html> [aufgerufen: 09.09.2019].

⁸⁰ Vgl. Observatory of Economic Complexity: Uruguay, o. J., URL: <https://oec.world/de/profile/country/ury/> [Aufgerufen: 09.09.2019].

⁸¹ Vgl. Observatory of Economic Complexity: Paraguay, o. J., URL: <https://oec.world/de/profile/country/pry/> [Aufgerufen: 09.09.2019].

größere Bedeutung als bei den europäischen Staaten hat. Anhand der Drei-Sektoren-Theorie lässt sich sehr gut darstellen, wie sich die Branchen der wichtigsten Mitgliedstaaten der Europäischen Union und des Mercosur ergänzen. Die von Colin Clark, Allan G. B. Fisher und Jean Fourastié entwickelte Drei-Sektoren-Theorie zeigt hierbei durch eine Dreiteilung der jeweiligen Wirtschaft die generelle Richtung wirtschaftlichen Wachstums sowie dessen Auswirkungen auf Produktionsfaktoren wie Arbeit und Kapital. Die Drei-Sektoren-Theorie nimmt hierbei eine Dreiteilung der Wirtschaft in einen primären, sekundären und tertiären Sektor vor. Der primäre Sektor bezieht sich auf die Landwirtschaft, der sekundäre Sektor auf die Industrie und der tertiäre Sektor auf die Dienstleistungswirtschaft.⁸² Die Diagramme zeigen den prozentualen Anteil eines Sektors am gesamten Bruttoinlandsprodukt des Staates. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt werden die Wirtschaftssektoren der vier größten Volkswirtschaften der Europäischen Union mit den Mitgliedstaaten des Mercosur verglichen.⁸³

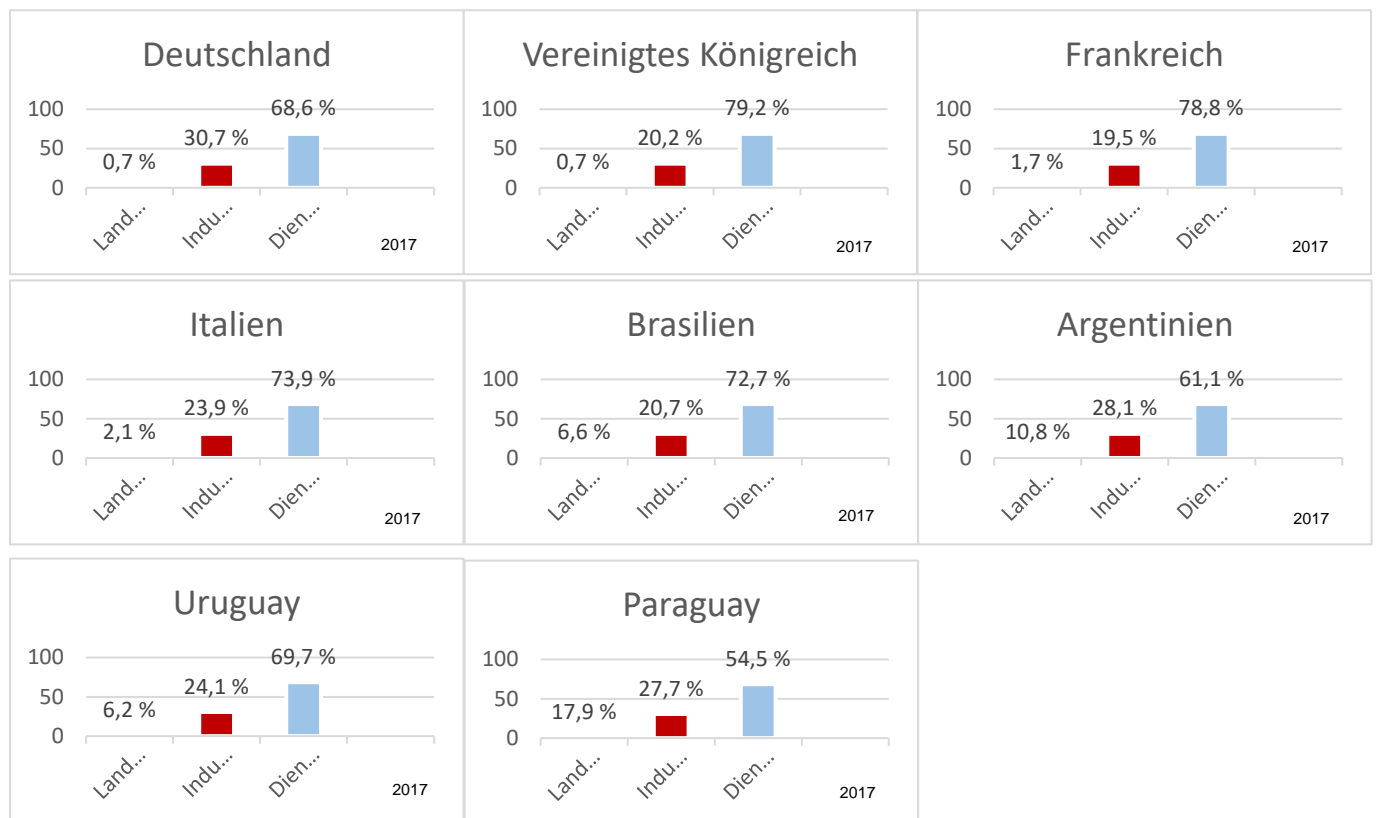


Abb. 4: GDP – Composition, by sector of origin⁸⁴

Anhand der Diagramme lässt sich deutlich die größere Bedeutung des Landwirtschaftssektors der südamerikanischen Staaten erkennen. Zwar überwiegt wie bei den europäischen Vergleichsstaaten der Industriesektor sowie auch der Dienstleistungssektor den

⁸² Vgl. Pohl, Hans-Joachim: Kritik der Drei-Sektoren-Theorie, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, hrsg. Allmendinger, Jutta/Buttler, Friedrich/Frank, Wolfgang u. a., 3. Jg.1970, Nürnberg: Tümmels Buchdruckerei und Verlag, S. 313.

⁸³ Vgl. Destatis, Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Finanzen, 26.04.2019, URL: <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Basistabelle/Wirtschaft-Finanzen.html> [aufgerufen: 09.09.2019].

⁸⁴ Vgl. Central Intelligence Agency: The World Factbook: GDP – COMPOSITION, BY SECTOR OF ORIGIN, o. J., URL: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/fields/214.html> [Aufgerufen: 07.09.19].

Landwirtschaftssektor deutlich, jedoch hängen die Gesamtexporte der südamerikanischen Staaten überwiegend vom Landwirtschaftssektor ab. Durch das Handelsabkommen eröffnen sich für die südamerikanischen Staaten demnach neue Absatzmärkte, durch welche der landwirtschaftliche Sektor durch erhöhte Abnahmemengen deutlich profitieren könnte. Insbesondere profitiert die Rindfleischsparte von den im Abkommen geschlossenen Vereinbarungen. Die Europäische Union importierte bisher jährlich ca. 200 000 Tonnen Rindfleisch zu einem Zollsatz von 40 bis 45 Prozent, davon gelangten trotz des hohen Zollsatzes etwa 45 000 Tonnen frisches Rindfleisch und weitere 10 000 Tonnen gefrorenes Rindfleisch auf den europäischen Markt. Dies entspricht etwas mehr als einem Viertel der Gesamtmenge. Durch das Abkommen wird es jedoch dem Mercosur künftig möglich sein, 99 000 Tonnen Rindfleisch mit einem deutlich geringeren Zollsatz von 7,5 Prozent einzuführen. Folglich könnte dadurch deutlich mehr Rindfleisch als bisher auf den europäischen Markt gelangen. Selbst wenn die bisher eingeführte Menge an Rindfleisch von 200 000 Tonnen gleich bleibt, könnte die europäische Agrarindustrie dennoch durch die Einfuhr südamerikanischen Fleisches geschädigt werden. Künftig könnte sich nämlich der Anteil der Einfuhren auf dem europäischen Markt aufgrund der niedrigeren Zölle erhöhen, denn die eingeführte Rindfleischmenge wird durch die geringen Zollkosten einen weitaus niedrigeren Preis als europäisches Rindfleisch aufweisen. Dadurch könnte künftig die Nachfrage nach günstigem südamerikanischem Rindfleisch deutlich ansteigen. Dies würde zu einem Rückgang der Absatzzahlen europäischer Landwirte führen. Im Handelsabkommen ist für die Einfuhr von 99 000 Tonnen Rindfleisch zu einem Zollsatz von 7,5 Prozent eine Einführungszeit von fünf Jahren geplant. Der mögliche Anstieg an Nachfrage nach südamerikanischem Rindfleisch könnte von den Mercosur-Staaten somit erst nach Ablauf der fünfjährigen Einführungszeit bedient werden.⁸⁵ Außerdem unterscheiden sich die südamerikanischen Agrarprodukte in puncto Standards und Produktionsanforderungen deutlich von denen der EU-Produzenten. Folglich fällt es den südamerikanischen Produzenten weitaus leichter, zu günstigeren Bedingungen zu produzieren als den europäischen Landwirten.⁸⁶ In Ländern wie Brasilien und Argentinien wird beispielsweise viel mit Pestiziden und mit wachstumsfördernden Hormonen gearbeitet. Die Einhaltung von Arbeits- und Gesundheitsstandards wird zudem oftmals ignoriert.⁸⁷ Weiterhin ist die europäische Agrarwirtschaft ohnehin durch eine anhaltende Dürreperiode geschwächt. Die zusätzliche starke Konkurrenz aus Südamerika könnte daher zu einer zusätzlichen Belastung für die europäischen Landwirte werden, sofern sich aufgrund der möglichen künftigen erhöhten Nachfrage nach importiertem Rindfleisch das Zollkontingent seitens der Europäischen Union für die Mercosur-Staaten erhöhen wird.⁸⁸

3.1.2 Automobilindustrie

Das Handelsabkommen könnte durch Aufhebung der Zölle eine Erhöhung der Absätze für die durch den Dieselskandal angeschlagene europäische Automobilindustrie zur Folge haben.⁸⁹ Die bisherigen Zollgebühren für Autoimporte betragen 35 Prozent. Folglich wur-

⁸⁵ Vgl. Europäische Kommission 07.2019.

⁸⁶ Vgl. Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e. V.: Breite Ablehnung des Mercosur-Abkommens durch die Landwirtschaft, 04.07.2019, URL: https://www.abl-ev.de/appendix/news/details/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=2545&cHash=2a4e57e97f1ee2c616d3350a87d0570d [aufgerufen: 09.09.2019].

⁸⁷ Vgl. Dessewffy, Éva: EU-Mercosur-Handelsabkommen entspricht nicht dem 21. Jahrhundert, 13. August 2019, URL: <https://awblog.at/eu-mercotur-handelsabkommen/> [aufgerufen: 09.10.2019].

⁸⁸ Vgl. Zinke, Olaf: Europa: Extreme Dürre 2018 könnte zur Norm werden, hrsg. agrarheute, 18.06.2019, URL: <https://www.agrarheute.com/management/betriebsfuehrung/europa-extreme-duerre-2018-koennte-norm-554546> [aufgerufen: 09.09.2019].

⁸⁹ Vgl. Alber 2. August 2019.

den im Jahr 2018 lediglich 78 000 Autos in den Mercosur exportiert.⁹⁰ Die PKW-Dichte in Südamerika ist außerdem sehr gering, weshalb der Markt durchaus Potenzial bietet. Demnach besitzen in den beiden größten Mitgliedstaaten des Mercosur lediglich jeweils 143,13 von tausend Einwohnern in Brasilien und 155,05 von tausend Einwohnern in Argentinien einen Personenkraftwagen. Die folgende Tabelle dient als Vergleich zur Darstellung davon, wie viel Menschen (von tausend) einen Personenkraftwagen in den Mercosur-Staaten besitzen und wie viel Menschen (von tausend) in den vier größten Volkswirtschaften Europas. Anhand der Tabelle soll aufgezeigt werden, wie viel theoretisches Potenzial der Mercosur für die europäische Automobilindustrie grundsätzlich zur Verfügung stellt.

Land	PKW je 1000 Einwohner	PKW je 1000 Einwohner	Land
Brasilien	143,13	573,03	Deutschland
Argentinien	155,05	465,06	Großbritannien
Uruguay	204,55	499,54	Frankreich
Paraguay	58,56	605,00	Italien

Tab. 2: PKW je 1000 Einwohner⁹¹

Folglich hat gemäß der oberen Tabelle in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien im Durchschnitt ca. jeder Zweite einen Personenkraftwagen. Im Mercosur besitzt hingegen lediglich jeder neunte Einwohner einen Personenkraftwagen. Gelingt es also den europäischen Autobauern, aufgrund der Zollaufhebungen den Verkaufspreis der Produkte deutlich zu reduzieren, könnte dies folglich dazu führen, dass mehr Einwohner der südamerikanischen Staaten sich einen Personenkraftwagen leisten könnten. Sollten sich die europäischen Autobauer jedoch dazu entscheiden, den Verkaufspreis nicht nach unten anzupassen, könnte infolgedessen der Absatz zwar gleichbleiben, die Gewinnmarge würde sich jedoch erhöhen. Die europäische Autoindustrie könnte somit unabhängig davon, welche Strategie sie wählt, deutlich vom Handelsabkommen profitieren. Außerdem genießen europäische Automobilmarken im südamerikanischen Staatenbund eine hohe Popularität und besitzen somit einen hohen Anteil des dortigen Marktes. Die nachfolgenden Tabellen zeigen den Marktanteil der zehn größten Automobilunternehmen in den beiden größeren Mercosur-Staaten Brasilien und Argentinien. Der Marktanteil drückt sich hierbei zum einen in der abgesetzten Menge der PKWs und zum anderen als prozentualer Anteil am gesamten Automobilmarkt des jeweiligen Landes für die Jahre 2018 und 2017 aus.

⁹⁰ Vgl. Automobilwoche: Nach Freihandelsabkommen zwischen EU und Mercosur: Autoindustrie wittert große Absatzchancen, 28. Juni 2019, URL: <https://www.automobilwoche.de/article/20190629/AGENTUR-MELDUNGEN/306299985/nach-freihandelsabkommen-zwischen-eu-und-mercotur-autoindustrie-wittert-grosse-absatzchancen> [aufgerufen: 10.09.2019].

⁹¹ Vgl. Welt-in-Zahlen: PKW je 1000 Einwohner, URL: <https://www.welt-in-zahlen.de/laendervergleich.phtml?indicator=126> [aufgerufen: 10.09.2019].

Land	Marke	Absatz 2018	Prozentanteil 2018	Absatz 2017	Prozentanteil 2017
Brasilien	GM	392,8 Tsd.	17,49 %	356,7 Tsd.	18,13 %
Brasilien	VW	334,6 Tsd.	14,90 %	246,4 Tsd.	12,52 %
Brasilien	Fiat	297,9 Tsd.	13,27 %	264,7 Tsd.	13,45 %
Brasilien	Ford	207,4 Tsd.	9,24 %	187,5 Tsd.	9,53 %
Brasilien	Renault	194,3 Tsd.	8,65 %	151,7 Tsd.	7,71 %
Brasilien	Hyundai	188,7 Tsd.	8,40 %	182,9 Tsd.	9,30 %
Brasilien	Toyota	180,2 Tsd.	8,02 %	170,8 Tsd.	8,69 %
Brasilien	Honda	120,7 Tsd.	5,38 %	119,7 Tsd.	6,09 %
Brasilien	Jeep	96,7 Tsd.	4,30 %	79,7 Tsd.	4,05 %
Brasilien	Nissan	88,7 Tsd.	3,95 %	70,7 Tsd.	3,59 %
Brasilien	Restliche Marken	132,6 Tsd.	6,22 %	136,4 Tsd.	6,94 %
Brasilien	Total:	2.132.756 Mio.	100 %	1.966.481 Mio.	100 %
Brasilien	EU PKWs (VW, Fiat, Renault)	<u>826,8 Tsd.</u>	<u>38,77 %</u>	<u>662,8 Tsd.</u>	<u>33,66 %</u>

Tab. 3: Ranking por marcas – vendas jan a nov/18⁹²

Land	Marke	Absatz 2018	Prozentanteil 2018	Absatz 2017	Prozentanteil 2017
Argentinien	Volkswagen	118,9 Tsd.	15,01 %	144,5 Tsd.	16,27 %
Argentinien	Renault	114,1 Tsd.	14,41 %	115,0 Tsd.	12,95 %
Argentinien	Chevrolet	101,1 Tsd.	12,77 %	122,9 Tsd.	13,83 %
Argentinien	Ford	96,1 Tsd.	12,14 %	114,4 Tsd.	12,89 %
Argentinien	Toyota	91,7 Tsd.	11,59 %	90,9 Tsd.	10,24 %
Argentinien	Fiat	82,6 Tsd.	10,43 %	94,3 Tsd.	10,62 %
Argentinien	Peugeot	61,1 Tsd.	7,73 %	72,3 Tsd.	8,15 %

⁹² Vgl. Alzira, Rodrigues: A dança das marcas em 2018, hrsg. AutoIndustria, 14.12.2018, URL: <https://www.autoindustria.com.br/2018/12/14/a-danca-das-marcas-em-2018/> [Aufgerufen: 13.09.2019].

Argentinien	Citroën	27.6 Tsd.	3,49 %	32,0 Tsd.	3,6 %
Argentinien	Nissan	21.9 Tsd.	2,77 %	16,3 Tsd.	1,84 %
Argentinien	Mercedes-Benz	14.5 Tsd.	1,84 %	18,0 Tsd.	2,03 %
Argentinien	Restliche Marken	61.7 Tsd.	7,79 %	67,4 Tsd.	7,59 %
Argentinien	Total:	791.804 Tsd.	100 %	888.587 Tsd.	100 %
Argentinien	EU PKWs (VW, Renault, Fiat, Peugeot, Citroën, Mercedes-Benz	418,8 Tsd.	52,9 %	476.3 Tsd.	53,6 %

Tab. 4: Así fueron las ventas totales en 2018⁹³, Así fueron las ventas totales en 2017⁹⁴

Wie aus Tabelle 3 ersichtlich, verzeichnete der Automobilssektor in Brasilien einen totalen Anstieg von 8,46 Prozent. Demnach hat sich die totale abgesetzte Menge von 2017 auf 2018 um 166,2 Tsd. Stück erhöht. Der Anstieg der Absatzmenge ist vor allem auf die sich seit der Krise des Landes von 2014 bis 2016 erholende Wirtschaft Brasiliens zurückzuführen. Die Krise wurde damals von verschiedenen Faktoren ausgelöst, einer davon war der starke Rückgang der Rohstoffpreise aufgrund der damaligen Abwertung der Landeswährung. Die Abwertung der Landeswährung hing mit dem niedrigen Zinsniveau der Zentralbank zusammen, dadurch sollte die zu diesem Zeitpunkt schwache Produktivität des Landes angekurbelt werden. Durch das geringe Zinsniveau wuchs jedoch die Inflation im Juli 2015 im Vergleich zu den vorherigen Jahren auf ein Rekordniveau von 9,56 Prozent. Um der hohen Inflationsrate entgegenzuwirken, beschloss die Regierung, den Leitzins zu erhöhen, dieser lag folglich Anfang 2016 bei 14,25 Prozent. Durch den hohen Leitzins wurde die Kreditaufnahme für Unternehmen drastisch verteuert, was zu einem Rückgang der Investitionen führte. Dieser Umstand wirkte sich verheerend auf die mittelständische Bevölkerung aus und bewirkte eine Senkung des Einkommens um 16 Prozent und eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Weitere Faktoren waren zum einen die starken Machtkämpfe in der Politik, welcher dazu führten, dass das Land sich nicht rechtzeitig auf die heranwachsende Wirtschaftskrise vorbereiten konnte. Zusätzlich wurde die Krise zum anderen durch die 2016 stattgefundenen Amtsenthebung der damaligen Präsidentin Dilma Rousseff aufgrund von Korruptionsvorwürfen verschärft.⁹⁵ Seit der Amtsenthebung von Dilma Rousseff verzeichnet die Wirtschaft Brasiliens jedoch ein stetiges Wachstum und hat sich

⁹³ Vgl. Autoblog: Así fueron las ventas totales en 2018, 02.01.2019, URL: <https://autoblog.com.ar/2019/01/02/asi-fueron-las-ventas-totales-en-2018/> [Aufgerufen: 13.09.2019].

⁹⁴ Vgl. Autoblog: Así fueron las ventas totales en 2017, 03.01.2018, URL: <https://autoblog.com.ar/2018/01/03/asi-fueron-las-ventas-totales-en-2017/> [Aufgerufen: 13.09.2019].

⁹⁵ Vgl. Consorsbank: Brasilien: Vom Wirtschaftswunder zum Krisenland, 22.11.2016, URL: <https://wissen.consorsbank.de/t5/Blog/Brasilien-Vom-Wirtschaftswunder-zum-Krisenland/ba-p/43614> [aufgerufen: 13.09.2019].

über die Jahre hinweg stabilisiert. Dies lässt sich am Bruttoinlandsprodukt des Landes sehr gut erkennen. Durch die Amtsenthebung der umstrittenen damaligen Präsidentin Dilma Rousseff schöpften die Anleger neues Vertrauen in die Regierung Brasiliens.



Abb. 5: Brasilien – BIP Jahreswachstumsrate⁹⁶

Die europäische Autoindustrie könnte folglich aufgrund der geringen Autodichte unter der Bevölkerung, des hohen Marktanteils und des bisher ansteigenden Bruttoinlandsprodukts ihre Absatzmenge zumindest in Brasilien erhöhen, ein Rettungsanker für die angeschlagene Dieselindustrie. Aus der Tabelle 4 wird hingegen ersichtlich, dass der Absatz des Automobilsektors in Argentinien von 2017 auf 2018 um 10,89 Prozent geschrumpft ist. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage Argentiniens ist auch in Zukunft mit einem Rückgang des Absatzes zu rechnen. Diesbezüglich ist das Bruttoinlandsprodukt des Landes seit 2018 kontinuierlich gefallen.



Abb. 6: Argentinien – BIP Jahreswachstumsrate⁹⁷

Das Land befindet sich unter Führung des Präsidenten Mauricio Macris in einer verheerenden wirtschaftlichen Krise, die Inflationsrate beläuft sich auf 55 Prozent, die Landes-

⁹⁶ TRADINGECONOMICS: Brasilien – BIP Jahreswachstumsrate, URL: <https://de.tradingeconomics.com/brazil/gdp-growth-annual> [aufgerufen: 13.09.2019].

⁹⁷ Vgl. TRADINGECONOMICS: Argentinien – BIP Jahreswachstumsrate, URL: <https://de.tradingeconomics.com/argentina/gdp-growth-annual> [aufgerufen: 13.09.2019].

währung ist seit August 2019 gegenüber dem Dollar um 30 Prozent abgewertet worden.⁹⁸ Um der starken Abwertung der Landeswährung entgegenzuwirken, liegt der Leitzins in Argentinien momentan bei 60 Prozent.⁹⁹ Durch die Erhöhung des Leitzinses strebt die argentinische Regierung eine Stabilisierung der Währung an, das Geld soll dadurch verknappt und eine Stagnation der Produktpreise soll erreicht werden, um so der Inflation entgegenzuwirken. Durch den hohen Leitzins wird die Geldbeschaffung für Kreditinstitute extrem verteuert, Verbraucher und Unternehmen müssen demnach mehr Zinsen für Kredite zahlen, Spareinlagen werden hingegen durch analoge Erhöhung der Festgeldzinsen rentabler. Infolgedessen ist mit einer Rezession des Landes zu rechnen, sowohl Konsum als auch Investitionen werden sinken.¹⁰⁰ Es ist somit vorerst nicht damit zu rechnen, dass die europäische Automobilindustrie künftig ihre Umsätze in Argentinien erhöhen wird. Die Nachfrage wird also als Folge des sinkenden Konsums sinken. Demnach ist voraussichtlich von einem weiteren Rückgang des Automobilsektors auszugehen.

3.1.3 Chemie-/Pharmaindustrie

Die Chemieindustrie ist für die Europäische Union von großer Bedeutung, die europäischen Warenexporte bestanden 2018 zu 18 Prozent aus Chemieerzeugnissen.

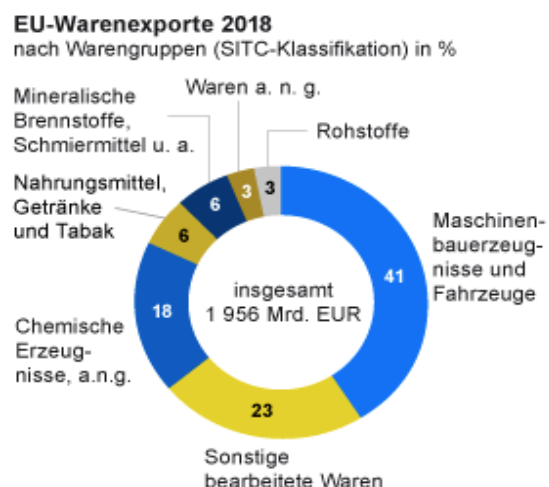


Abb. 7: Warenexporte der EU¹⁰¹

Darüber hinaus ist Europa der weltweit größte Exporteur chemisch-pharmazeutischer Erzeugnisse und die einzige Region, die diesbezüglich ein positives und wachsendes Außenhandelsaldo aufweist.¹⁰² Zu den zehn größten Chemie- und Pharmaproduzenten der Welt zählen somit auch Mitglieder der Europäischen Union wie Deutschland und

⁹⁸ Vgl. Naundorf, Karen: Land in der Wirtschaftskrise: Arg, Ärger, Argentinien, in: Spiegel online 11.09.2019, URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/argentinien-so-leiden-die-menschen-unter-der-wirtschaftskrise-a-1285929.html> [aufgerufen: 13.09.2019].

⁹⁹ Vgl. Busch, Alexander: Zurück im Krisenmodus – die Stimmung in Argentinien ist drastisch gekippt, in: Handelsblatt 03.10.2019, URL: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/serie-global-risk-argentinien-zurueck-im-krisenmodus-die-stimmung-in-argentinien-ist-drastisch-gekippt/23126942.html?ticket=ST-457978-12-kWZbEvwkkZAqPxIHfFYd-ap2> [aufgerufen: 13.09.2019].

¹⁰⁰ Vgl. Gerginov, David: Leitzinserhöhung: Die Auswirkungen für die Bürger, hrsg. GeVestor, URL: <https://www.gevestor.de/details/was-bedeutet-eine-leitzinserhoehung-567110.html> [aufgerufen: 13.09.2019].

¹⁰¹ Destatis, Statistisches Bundesamt: Europa in Zahlen, o. J., URL: https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Aussenhandel/_inhalt.html [aufgerufen: 14.09.2019].

¹⁰² Vgl. Verband der Chemischen Industrie e. V.: Chemiemärkte weltweit – Fokus Europa, 2018, URL: <https://www.vci.de/ergaenzende-downloads/chemiemaerkte-weltweit-europa.pdf> [aufgerufen: 14.09.2019].

Frankreich.¹⁰³ Die Chemieindustrie ist in mehreren europäischen Ländern von besonderer Bedeutung und bildet bspw. in Belgien die größte wirtschaftliche Branche, in den Niederlanden die zweitgrößte Branche, in Ländern wie Frankreich und Spanien die drittgrößte Branche des Landes und in Italien die viertgrößte Branche.¹⁰⁴ Die Chemieindustrie spielt demnach eine wichtige Rolle für die Europäische Union, durch das Handelsabkommen könnte der Mercosur somit zu einem wichtigen Absatzmarkt für die Chemie- und Pharmaindustrie heranwachsen. Der Grund hierfür ist die geringe Eigenproduktion an Chemie- und Pharmaprodukten in ganz Lateinamerika. Demzufolge stagnierte in Lateinamerika, gemessen über einen Zeitraum von fünf Jahren von 2013 bis 2018, die Produktion an Chemie- und Pharmaprodukten durchschnittlich (-1,5 Prozent), in Regionen wie Asien, Europa oder der NAFTA stieg sie hingegen um bis zu 6,5 Prozent an.

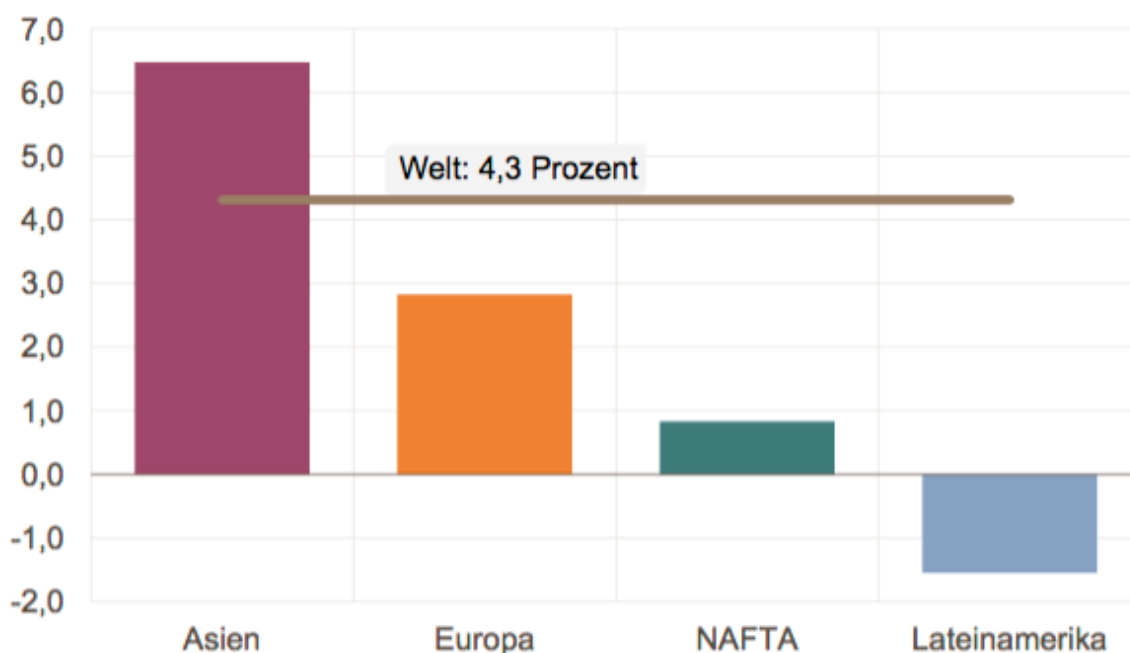


Abb. 8: Wachstum der Chemie- und Pharmaproduktion nach Regionen¹⁰⁵

Damit gehören Schwellenländer wie China oder Indien zu den größten Chemie- und Pharmaproduzenten der Welt, während lateinamerikanische Länder wie Brasilien, das einer der größten Chemieverbraucher der Welt ist, zurückfallen. Werden darüber hinaus die Sachanlageinvestitionen in die Chemie- und Pharmaindustrie großer Produzenten mit denen des größten Mitgliedstaates des Mercosur Brasilien verglichen, lässt sich daraus als Resultat die schlussendliche Abhängigkeit Brasiliens von ausländischen Chemie- und Pharmaimporten ableiten.

¹⁰³ Vgl. Verband der Chemischen Industrie e. V.: Chemiemärkte weltweit (Teil 1), o. J., URL: <https://www.vci.de/ergaenzende-downloads/chemiemaerkte-weltweit-folien-teil-1.pdf> [aufgerufen: 14.09.2019].

¹⁰⁴ Vgl. Verband der Chemischen Industrie e. V., o. J.

¹⁰⁵ Vgl. Verband der Chemischen Industrie e. V., o. J.

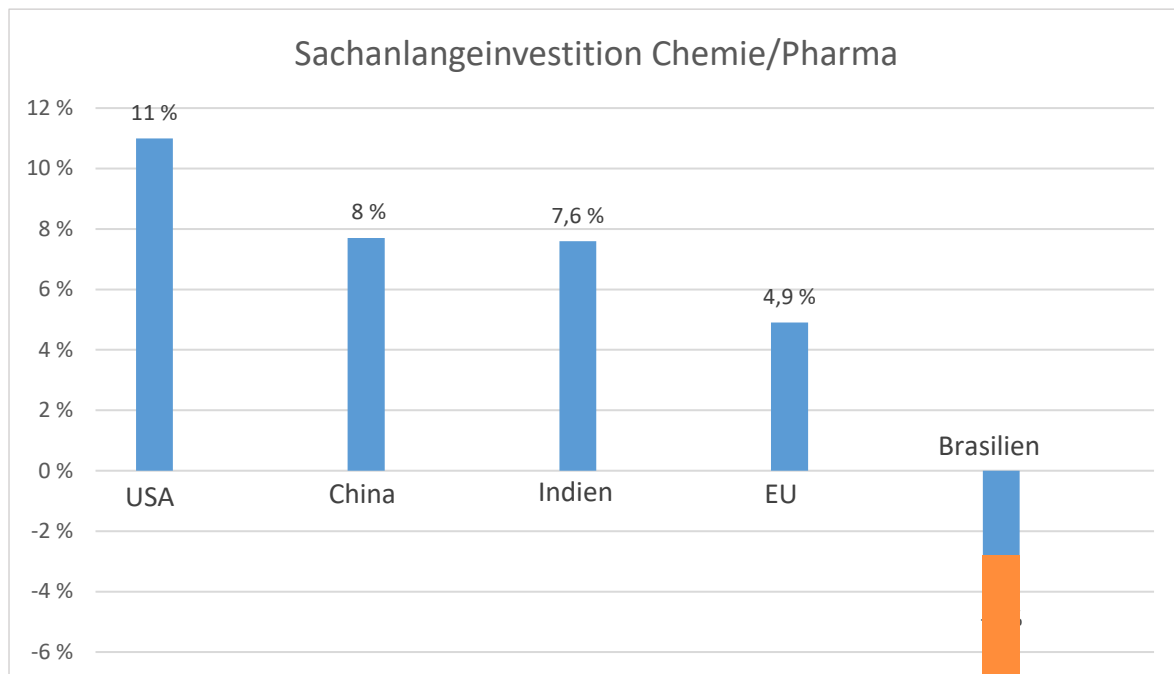


Abb. 9: Wachstum der Sachanlageninvestition bei Chemie/Pharma¹⁰⁶

Demnach könnte die europäische Chemie- und Pharmaindustrie deutlich vom Handelsabkommen profitieren. Durch Aufhebung der bisherigen Zölle von 18 Prozent für Chemikalien und 14 Prozent für Pharmazeutika könnte die Europäische Union ihre Exporte in den Mercosur erhöhen und so den südamerikanischen Bedarf an Chemie- und Pharmaprodukten vollends decken. Durch das Handelsabkommen wird der Chemie- und Pharmaindustrie somit ein deutlicher Vorteil gegenüber der stark wachsenden Konkurrenz aus Asien verschafft.

3.1.4 Stahlindustrie

Das Handelsabkommen könnte für die brasilianische Stahlindustrie erhebliche Vorteile schaffen, denn Brasilien gehört neben Australien, China, Indien und Russland zu den größten Eisenerzförderern der Welt.¹⁰⁷ Der brasilianische Konzern Vale S.A., welcher als größter Erzeisenförderer der Welt gilt, könnte folglich durch die Zollaufhebungen zu deutlich günstigeren Bedingungen Eisenerz in die Europäische Union exportieren, als es bisher möglich war. Somit könnte Brasilien durch das Abkommen deutlich profitieren, denn durch das Handelsabkommen könnte das Land seinen Eisenerzabsatz in die Europäische Union deutlich erhöhen. Dies könnte zu neuen Arbeitsplätzen und einem Wachstum der Eisenerzindustrie führen. Auf anderer Seite könnte die Europäische Union durch die Vergünstigung der Eisenerzpreise insofern profitieren, dass dadurch die europäische Stahlindustrie ihren aus Eisenerz produzierten Stahl zu deutlichen günstigeren Preisen verkaufen kann, als es bisher möglich war.¹⁰⁸ Die europäische Stahlindustrie könnte folglich durch das Handelsabkommen einen bedeutenden Schritt gegen die extrem hohen Import-

¹⁰⁶ Vgl. Ebd.

¹⁰⁷ Vgl. Gerginov, David: Diese 10 Länder haben beim Eisenerzabbau die Nase vorn, hrsg. GeVestor, URL: <https://www.gevestor.de/details/diese-10-laender-haben-beim-eisenerzabbau-die-nase-vorne-771557.html> [aufgerufen: 15.09.2019].

¹⁰⁸ Vgl. Alber 2. August 2019.

te von billigem Stahl aus Ländern wie Russland, Türkei, Ukraine und China machen.¹⁰⁹ Aufgrund der durch das Handelsabkommen möglichen günstigeren Materialeinkäufe verschafft sich die europäische Stahlindustrie somit erhebliche Wettbewerbsvorteile; dies wirkt sich ebenfalls positiv auf die Elektroindustrie aus, denn die brasilianische Vale S.A. gehört auch zu den größten Förderern von Kupfer, Platin und Gold.¹¹⁰ Konkret könnten dadurch europäische Stahlriesen wie ArcelorMittal, Thyssenkrupp und Salzgitter, welche bisher besonders unter den ausländischen Billigstahlimporten gelitten haben, ihre Marktanteile wieder steigern. Bisher bevorzugten Nachfrager den von außerhalb der Europäischen Union deutlich günstiger importierten Stahl, der Preis lag hier aufgrund von günstigeren Energie- und Personalkosten in der Produktion und niedrigerer Umweltauflagen unter dem der europäischen Hersteller.¹¹¹

3.1.5 Erdölindustrie

Die Erzeugung von Energie ist in der Europäischen Union schon seit mehreren Jahren rückläufig; die Primärenergieerzeugung lag 1996 bei 988 Millionen Tonnen Rohöleinheiten; im Vergleich lag sie 2016 lediglich bei 755 Millionen Tonnen, dies entspricht einem Rückgang der Primärenergieerzeugung von 23,6 Prozent.¹¹² Als Primärenergie werden konkret fossile Energieträger wie Steinkohle, Braunkohle, Torf, Erdgas und Erdöl sowie auch regenerative Energien wie Sonnenenergie, Biomasse, Windenergie, Wellenkraft, Meeresströmung und Geothermie bezeichnet. Die durch Kernspaltung oder Kernfusion gewonnene Kernenergie wird auch zur Primärenergie gerechnet.¹¹³

Im Folgenden wird konkret auf die Abhängigkeit der Europäischen Union von Rohöl und Mineralöl sowie die deshalb wichtige Bedeutung des Handelsabkommens mit dem Mercosur eingegangen. Insgesamt importierte die Europäische Union im Jahr 2016 1.483 Millionen Tonnen Rohöleinheiten aus Drittstaaten. Dabei bildeten Rohöl und Mineralerzeugnisse 63,5 Prozent, Gas 24,1 Prozent und feste Brennstoffe 9,1 Prozent der Gesamtimporte. Die Energieabhängigkeitsquote für Rohöl und Mineralerzeugnisse belief sich somit für 2016 auf 86,7 Prozent, für Gas und feste Brennstoffe betrug sie jeweils 70,4 Prozent und 40,2 Prozent. Die Energieabhängigkeitsquote gibt dabei den Anteil an Energie an, den eine Volkswirtschaft, in diesem Fall die gesamte Europäische Union, einführen muss, um ihren Energieverbrauch zu decken. Die Quote ergibt sich aus den Gesamteinfuhren abzüglich Gesamtausfuhren, dividiert durch den Bruttoinlandsenergieverbrauch, zuzüglich der Energie für den grenzüberschreitenden Seeverkehr, ausgedrückt in Prozent. Der Bruttoinlandsverbrauch entspricht dabei dem gesamten Energiebedarf eines Staates, demnach der Menge an Energie, die benötigt wird, um den Inlandsverbrauch des betrachteten Staates zu decken. Aufgrund der erheblichen Energieabhängigkeitsquote, insbesondere für Rohöl und Mineralerzeugnisse, ist die Europäische Union somit besonders von Drittstaatimporten abhängig. Bisher waren die fünf größten Rohöl- und Mineralölimporteure der Europäischen Union teilweise Staaten mit unsicherer politischer Stabilität wie Russland mit einem Anteil an den Gesamtimporten von 34,6 Prozent, Saudi-Arabien

¹⁰⁹ Vgl. Blazekovic, Jessica von: In die EU wird mehr Stahl importiert – aber nicht aus China, in: Frankfurter Allgemeine, 22.10.2018, URL: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/in-die-eu-wird-mehr-stahl-importiert-aber-nicht-aus-china-15850848-p2.html> [aufgerufen: 15.10.2019].

¹¹⁰ Vgl. Alber 2. August 2019.

¹¹¹ Vgl. Industrie Magazin: Stahlimporte nach Europa steigen massiv: „Wir haben eine Stahlschwemme“, 13.06.2019, URL: <https://industriemagazin.at/a/stahlimporte-nach-europa-steigen-massiv-wir-haben-eine-stahlschwemme> [aufgerufen: 15.10.2019].

¹¹² Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Energieimport der Europäischen Union (EU-28), 09.07.2019, URL: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/135830/themengrafik-energieimport-der-eu-28> [aufgerufen: 19.09.2019].

¹¹³ Vgl. Verivox: Primärenergie, o. J., URL: <https://www.verivox.de/strom/themen/primaerenergie/> [aufgerufen: 19.09.2019].

mit einem Anteil von 7,5 Prozent, gefolgt vom Irak und Kasachstan mit jeweils einem Anteil von 6,2 Prozent und 5,3 Prozent. Lediglich Norwegen ist mit einem Anteil von 10,8 Prozent an den Gesamtexporten als eine politisch sichere und stabile Quelle zu bezeichnen. Die oben genannten Nationen decken somit 64,3 Prozent der gesamten EU-Importe an Rohöl und Mineralerzeugnissen. Wird die Tatsache betrachtet, dass von den fünf wichtigsten Importeuren von Rohöl und Mineralerzeugnissen lediglich einem eine politische Stabilität zugerechnet werden kann, wird die Bedeutung des Handelsabkommens für die Europäische Union klar.¹¹⁴ Im Falle eines politischen Konflikts mit beispielsweise Russland würden so schlagartig ca. ein Drittel der Importe an Rohöl- und Mineralerzeugnissen entfallen. Durch das Handelsabkommen könnte somit die momentane Abhängigkeit an Erdölimporten der Europäischen Union von politisch instabilen Staaten umgangen werden.¹¹⁵ Der Mercosur verfügt an der Ostküste Brasiliens über einen erheblichen Erdölvorrat von ca. 14 Milliarden Barrel; dies entspräche insgesamt 2,2 Billionen Liter Erdöl. Die Europäische Union könnte folglich durch den Handelsvertrag einen wichtigen Partner bei der zukünftigen Sicherung der Erdölversorgung gefunden haben. Die Bohrungen an der Ostküste Brasiliens haben jedoch bisher noch nicht begonnen, europäische Erdölunternehmen wie Total oder BP haben sich jedoch bereits Lizenzen gesichert, um mit den geplanten Bohrungen zu beginnen.¹¹⁶ Zudem kann durch den Handelsvertrag mit dem Mercosur Brasilien als politisch stabiler bewertet werden als die derzeitigen Rohölimporteure. Bisher fiel für die Mercosur-Staaten, mit Ausnahme von Paraguay, für den Import von Bioethanol ein spezifischer Zoll von 0,19 Euro auf jeden Liter an. Bei Erdöl-Ethanol fiel hingegen ein Zoll von 0,10 Euro pro Liter an.¹¹⁷

3.2 ÖKOLOGISCHE KONSEQUENZEN

Den wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten müssen die ökologischen Folgen des Handelsabkommens gegenübergestellt werden. Das Handelsabkommen könnte verheerende Konsequenzen für die Umwelt haben, insbesondere aufgrund der aktuellen Regenwaldsituation in Brasilien. Die für den Mercosur bedeutende Produktion und der Export von Zuckerrohr, Soja, Ethanol und Rindfleisch geht mit einer fatalen und rasanten Abholzung der Regenwälder und Trockenwälder, der Vergiftung von Menschen und Natur durch Pestizide, Landvertreibung und neuen Formen der Sklaverei einher. Dies gilt ebenfalls für den Abbau von Eisenerz, Kupfer und vielen weiteren Rohstoffen.¹¹⁸ Im Folgenden werden die durch das Handelsabkommen bedingten möglichen Folgen für die Umwelt, das Klima und auch den Menschen näher analysiert.

3.2.1 Entwaldung

Vergleicht man die Ziele und Vereinbarungen des Handelsabkommens mit den bisherigen politischen Praktiken und Stellungnahmen des derzeitigen brasilianischen Präsidenten, so lässt sich schnell eine Kontroverse feststellen. So wurden im Handelsabkommen mehrere Vereinbarungen zum Schutz der Umwelt und des Klimas wie beispielsweise das Pariser Klimaschutzabkommen oder die Einhaltung multilateraler Umweltabkommen wie das Washingtoner Artenschutzübereinkommen festgelegt. Weiterhin sicherte Brasilien zu,

¹¹⁴ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 09.07.2019.

¹¹⁵ Vgl. Alber 2. August 2019.

¹¹⁶ Vgl. Spiegel Online: Ölbohrungen bedrohen Naturparadies, 17.05.2017, URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/brasilien-oelbohrungen-in-amazonas-naehe-bedrohen-naturparadies-a-1147805.html> [aufgerufen: 19.09.2019].

¹¹⁷ Vgl. Fritz Dezember 2017.

¹¹⁸ Vgl. Ebd.

einer fortschreitenden Abholzung der nationalen Bewaldung entgegenzutreten.¹¹⁹ Diese Vereinbarungen widersprechen jedoch Brasiliens primärem Interesse, durch das Handelsabkommen die wichtige Landwirtschaftssparte durch eine Erhöhung der Exporte zu stärken. Seitdem der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro im Januar 2019 seine Präsidentschaft angetreten hat, hat sich in Brasilien die Regenwaldabholzung drastisch erhöht. In der Folge wurden von Januar bis August 2019 bereits 6404 Quadratkilometern Wald zerstört. Verglichen mit den ersten acht Monaten des Jahres 2018 entspricht dies einem Anstieg von 91,9 Prozent. Die Abholzung der Regenwälder dient dabei primär der Ausweitung von Weideflächen für die Fleischwirtschaft. Der brasilianische Präsident ist ein enger Verbündeter der Agrarlobby Brasiliens und hat folglich die Umweltschutzaufgaben des Landes gelockert. Diesbezüglich dürfen Bauern nun nicht wie bisher in Brasilien fünf Hektar Fläche abbrennen, um Platz für die Landwirtschaft und Viehzucht zu schaffen, sondern 20 Hektar.¹²⁰ Die Abholzung der Regenwälder hat dabei einen erheblichen Einfluss auf die globale Erderwärmung. Der Regenwald ist mit einer aktuellen Fläche von 5,5 Millionen Quadratkilometern ein bedeutender CO₂-Speicher und damit ein wesentlicher Faktor zur Bewältigung der aktuellen Klimakrise.¹²¹ Durch eine voranschreitende Abholzung wird sich somit der Kohlenstoffdioxidgehalt in der Atmosphäre weiter erhöhen, folglich wird die Erdtemperatur steigen. Die Atmosphäre besteht nämlich größtenteils aus Stickstoff, Sauerstoff und Argon. Diese Gase sind lichtdurchlässig und reflektieren das von der Sonne auf die Erde ausgestrahlte Licht zurück in den Weltraum. Diese Gase sind somit sowohl für das sichtbare Sonnenlicht als auch für das nicht sichtbare Infrarotlicht durchlässig. Weiterhin besteht die Atmosphäre jedoch auch aus Wasserdampf, Kohlenstoffdioxid und weiteren Gasen, welche zwar für das sichtbare Sonnenlicht durchlässig sind, nicht jedoch für die erderwärmenden Infrarotstrahlen. Grundsätzlich wird dieses natürliche Phänomen Treibhauseffekt genannt, ohne diesen würde auf der Erde eine durchschnittliche Oberflächentemperatur von minus 18 Grad herrschen.¹²² Die Regenwälder nehmen dabei wie alle grünen Pflanzen auch das Kohlenstoffdioxid aus der Atmosphäre auf und verarbeiten ihn mithilfe der Lichtenergie zu Zucker. Der Zucker dient den Bäumen und Pflanzen als Energielieferant für ihre Wachstums- und Stoffwechselprozesse. Die Umwandlung des Kohlenstoffdioxids aus der Atmosphäre in Zucker wird Photosynthese genannt. Das Abfallprodukt der Photosynthese wird von den Regenwäldern als Sauerstoff freigegeben.¹²³ Dadurch, dass die Wälder und Pflanzen der Erde das Kohlenstoffdioxid aufnehmen, verarbeiten und als Sauerstoff wieder ausstoßen, herrscht auf der Erde eine natürliche Oberflächentemperatur von durchschnittlich 15 Grad Celsius. Da die menschliche Population jedoch durch Energieproduktion, Abfallwirtschaft, Landwirtschaft, industrielle Prozesse und Produktnutzung den natürlichen Kohlenstoffdioxidgehalt der Erde erhöht, wird die Atmosphäre folglich für Infrarotstrahlen undurchlässiger.¹²⁴ Dies wiederum führt dazu, dass sich der gespeicherte Wärmegehalt in der Erdatmosphäre erhöht und

¹¹⁹ Vgl. Schwarzbauer/Hügel 10. Juli 2019.

¹²⁰ Vgl. Springer, Axel, Waldvernichtung in Brasilien in einem Jahr nahezu verdoppelt, in: Welt, 09.09.2019, URL: <https://www.welt.de/politik/article199915130/Regenwald-Waldvernichtung-in-Brasilien-in-einem-Jahr-nahezu-verdoppelt.html> [aufgerufen: 10.08.2019].

¹²¹ Vgl. Spiegel Online: Rekord-Abholzung im Regenwald, 03.07.2019, URL: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/brasilien-rekord-abholzung-im-regenwald-hoechster-wert-seit-drei-jahren-a-1275652.html> [aufgerufen: 12.08.2019].

¹²² Vgl. Greenpeace: Was ist der Treibhauseffekt?, URL: <https://www.greenpeace.de/themen/klimawandel/was-ist-der-treibhauseffekt> [aufgerufen: 20.09.2019].

¹²³ Vgl. Rosenkranz, Phoebe: Wie funktioniert ein Baum?, in: Planet Wissen, 12.06.2019, URL: <https://www.planet-wissen.de/natur/pflanzen/baeume/pwiewiefunktionierteinbaum100.html> [aufgerufen: 20.09.2019].

¹²⁴ Vgl. Europäisches Parlament: Treibhausgasemissionen nach Ländern und Sektoren (Infografik), 07.03.2018, URL: <https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20180301STO98928/treibhausgasemissionen-nach-landern-und-sektoren-infografik> [aufgerufen: 20.09.2019].

resultiert somit in einer Erhöhung der durchschnittlichen Oberflächentemperatur der Erde. Durch den Handelsvertrag wird Brasilien versuchen, seine Anbau- und Weideflächen weiter zu vergrößern, um einer möglichen erhöhten Nachfrage aus der Europäischen Union aufgrund der Zollaufhebungen nachkommen zu können. Die folgende Abbildung zeigt, wie drastisch sich die Abholzung in Brasilien seit Unterzeichnung des Handelsvertrages am 28. Juni 2019 bereits erhöht hat.



Abb. 10: Abholzung in Brasilien¹²⁵

Neben der Regenwaldabholzung in Brasilien sind auch in anderen Mercosur-Staaten weitere Abholzungen der Wälder zu erwarten. In Paraguay bezieht sich das Expansionsgebiet der Rinderfarmen nämlich auf den semiariden Nordosten des Landes, die Chaco-Region. Dort wird durch die Abholzung der Trockenwälder nicht nur der Umwelt geschadet, sondern ähnlich wie auch in Brasilien auch den indigenen Völkern deren Lebensraum genommen. Seit mehreren Jahren erwerben in den paraguayischen Trockenwäldern ausländische Investoren aus Brasilien, Uruguay, den Niederlanden und auch aus Deutschland dortige Ländereien zum Ausbau ihrer Weideflächen und rauben damit indigenen Völkern ihren Lebensraum. Ähnlich geht es auch in Argentinien zu, dort erzwang in den vergangenen Jahren die Flächenkonkurrenz eine Verlagerung der Rinderherden von den zentralen Landesteilen der feuchten Pampa in den Norden und Nordwesten, u. a. in die Provinzen Santiago del Esero, Salta, Chaco und Formosa. Durch diese Verlagerung werden auch in Argentinien die Trockenwälder von einer möglichen Abholzung bedroht. Des Weiteren betrifft die Verlagerung auch die Lebensräume der dort lebenden Kleinbauern und indigenen Völker wie der Toba und Wichí. Der Handelsvertrag könnte folglich die Flächenkonkurrenz weiter vorantreiben und so auch in Paraguay und Argentinien die Abholzung der dortigen Trockenwälder fördern und indigenen Völkern sowie auch Kleinbauern ihren Lebensraum nehmen. In Argentinien wurde zudem in den vergangenen Jahren durch die Flächenkonkurrenz der Weideflächen eine rasche Ausbreitung der sogenannten Feedlots verzeichnet. Dabei handelt es sich um Weideflächen, auf denen in engem Raum

¹²⁵ Hecking, Claus: Die Milliarden-geschäfte mit Brasilien Ressourcen, in: Spiegel Online, 23.08.2019, URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/brasilien-rindfleisch-soja-holz-milliarden-geschaeft-in-amazonien-a-1283434.html> [aufgerufen: 20.09.2019].

tausende Rinder in nur wenigen Monaten schlachtreif gezüchtet werden. Die Feedlots produzieren hohe Treibhausemissionen und einen großen Kot- und Gülleausstoß, wodurch das Grundwasser mit Nitrat belastet wird.¹²⁶ Dadurch, dass in den Feedlots sehr schnell tausende Rinder schlachtreif gezüchtet werden können, erhöht sich die jährliche Anzahl an Schlachtungen erheblich. Den Agrarunternehmen ist es so möglich, ihre Fleischproduktion deutlich zu erhöhen. Dies wiederum führt zu einer erhöhten Produktion des Treibhausgases Methan. Das Methan ist ein Gas, welches von den Rindern eruktiert wird. Das Gas entsteht dabei durch den Abbau von organischem Material unter Ausschluss von Luft, also durch die Verdauung von Gras im Verdauungstrakt des Rindes. Das Methan macht aufgrund seiner fünfundzwanzigmal so starken Wirkung wie Kohlenstoffdioxid einen substantziellen Teil des menschengemachten Treibhauseffektes aus.¹²⁷ Das Nitrat entsteht hingegen durch eine stickstoffhaltige Düngung in der Landwirtschaft. Für ein optimales Wachstum der Nutzpflanzen, welche zu Fütterung der Rinder benötigt werden, benötigen diese in erster Linie Mineralien in Form von Stickstoff. Die Pflanzen nehmen hierbei den Stickstoff in Form von Nitrat aus dem Boden auf, welches in begrenzten Mengen als Bestandteil des natürlichen Stickstoffkreislaufes der Natur im natürlichen Boden vorhanden ist.¹²⁸ Da der Dünger nicht immer standort- und nutzungsgerecht ausgebracht ist, kommt es öfters zu einer Überdüngung. Die Pflanzen nehmen folglich den Stickstoff nicht vollständig auf und schütten diesen wieder aus. Dadurch gelangt der Stickstoff als Nitrat über den Boden in das Grundwasser. Wird nun das Grundwasser zu Trinkwasser aufbereitet, können Nitratrückstände in den menschlichen Körper gelangen.¹²⁹ Die körperliche Nitrataufnahme kann jedoch auch über die Nahrung, z. B. über Gemüse aus überdüngten Böden, erfolgen. Das Nitrat selbst ist hierbei für den menschlichen Körper grundsätzlich unbedenklich, bildet jedoch die Vorstufe des gesundheitsschädlichen und giftigen Nitrits. Ist nämlich das Nitrat erst mal durch das Trinkwasser oder die Nahrung in den menschlichen Körper gelangt, wird es dort durch spezielle Bakterien in Nitrit umgewandelt. Das Nitrit ist besonders für Säuglinge gefährlich, da deren Immunsystem noch nicht weit genug entwickelt ist, um dem giftigen Nitrit entgegenzutreten. Durch das Nitrit wird im Säuglingskörper der Transport des roten Blutfarbstoffs (Hämoglobin) unterbunden. Das Hämoglobin ist hierbei für den Sauerstofftransport im menschlichen Körper verantwortlich. Wird dieser Sauerstofftransport nun durch das Nitrit unterbunden, droht dem Säugling eine akute Erstickungsgefahr. Darüber hinaus sind Nitrite in hoher Menge auch für den ausgewachsenen Menschen gefährlich. Die Nitrite werden nämlich durch die Verbindung mit den im menschlichen Magen bestehenden Amininen zu krebserregenden Nitrosaminen umgewandelt. Die Nitrosamine sind hierbei grundsätzlich für alle Altersgruppen des Menschen gesundheitsschädlich, konkret krebserregend. Der Stoff ist darüber hinaus auch in gepökelten Fleischerzeugnissen, Käse, Bier sowie auch in Fischprodukten enthalten.¹³⁰ Eine weitere Abholzung der Wälder zur Ausweitung der Weide- und Anbauflächen im Mercosur hat folglich aufgrund ihrer bedeutenden Rolle bei der Klimaregulierung erhebliche Konsequenzen auf die Umwelt. Zudem hat die agrarwirtschaftliche Massentierhaltung durch die Methanproduktion der Rinder ebenfalls einen

¹²⁶ Vgl. Fritz Dezember 2017.

¹²⁷ Vgl. WirtschaftsWoche: Wie Rinder dem Klima schaden, 27.03.2017, URL: <https://www.wiwo.de/technologie/green/methan-wie-rinder-dem-klima-schaden/19575014.html> [aufgerufen: 20.09.2019].

¹²⁸ Vgl. Bundesinformationszentrum Landwirtschaft: Nitrat im Grundwasser – Was hat die Landwirtschaft damit zu tun?, URL: <https://www.landwirtschaft.de/diskussion-und-dialog/umwelt/nitrat-im-grundwasser-was-hat-die-landwirtschaft-damit-zu-tun/> [aufgerufen: 07.10.2019].

¹²⁹ Vgl. Umweltbundesamt: Indikator: Nitrat im Grundwasser, 29.03.2019, URL: <https://www.umweltbundesamt.de/indikator-nitrat-im-grundwasser#textpart-1> [aufgerufen: 20.09.2019].

¹³⁰ Vgl. Filterzentrale: Nitrat und Nitrit – Wo liegt der Unterschied, 10. März 2016, URL: <https://www.filterzentrale.com/wasserwelten/nitrat-und-nitrit-wo-liegt-der-unterschied/> [aufgerufen: 07.10.19].

negativen Einfluss auf das Klima sowie auch mit der damit zusammenhängenden Überdüngung der Böden einen gesundheitsschädlichen Einfluss auf die menschliche Gesundheit. Darüber hinaus wird durch die Ausweitung der Weide- und Anbauflächen den indigenen Völkern und Kleinbauern Südamerikas deren Lebensraum geraubt.

3.2.2 Pestizide

Das Handelsabkommen zwischen Europäischer Union und Mercosur könnte den Einsatz von Pestiziden deutlich erhöhen. Grundsätzlich werden als Pestizide jene Substanzen bezeichnet, durch welche landwirtschaftlich unerwünschte Organismen wie Unkraut, Insekten oder Pilze beseitigt werden sollen. Abhängig davon, welche Organismen genau angegriffen werden sollen, wird zwischen Herbiziden, Insektiziden und Fungiziden unterschieden. Durch den Einsatz von Pestiziden zielen die Agrarbetriebe auf eine sichere und schnelle Ernte ab. Das Problem der Pestizide ist, dass diese nicht nur die bereits erwähnten unerwünschten Organismen angreifen, sondern auch nützliche Organismen, die grundsätzlich unschädlich für die Ernte sind. Weiterhin wird durch das Abtöten verschiedener Organismen das Nahrungsangebot der wildlebenden Tiere dezimiert. Darüber hinaus wird durch Pestizide dem Boden Fruchtbarkeit entzogen, da sich diese im Boden ablagern und wichtige Bodenorganismen beeinträchtigen. Die Pestizide können zudem über das Wurzelwerk in die Vegetation gelangen, weshalb auch in tierischen Lebensmitteln wie Milch, Fleisch oder Eier Rückstände von Pestiziden zu finden sind. Die Pestizide erreichen nämlich durch die Wurzeln auch andere Pflanzenindividuen, welche als Futtermittel für die Agrarwirtschaft genutzt werden und dadurch in die Tiere gelangen und sich dort anreichern. Durch den Konsum von Fleisch gelangen diese Pestizide auch in den menschlichen Körper.¹³¹

Der Gebrauch von Pestiziden ist in den Mercosur-Staaten weitaus höher als in der Europäischen Union. In Argentinien erlaubt die Regierung beispielsweise eine hundertmal höhere Schadstoffgrenze als die europäische Gesetzgebung.¹³² Ein weiteres Beispiel für den erheblichen Einsatz von Pestiziden im südamerikanischen Staatenbund Mercosur ist die Menge an versprühten Pestiziden pro Hektar. In Brasilien werden beispielsweise zwischen 12 und 16 Kilogramm Pestizide pro Hektar versprüht, in der Europäischen Union sind es hingegen höchstens 1 bis 2 Kilogramm. Im Mercosur wird darüber hinaus mit Pestiziden gearbeitet, welche in der Europäischen Union verboten sind, allein in Brasilien sind von mehr als 500 zugelassenen Pestiziden 150 in der Europäischen Union verboten. Der Großteil der Pestizide wird dabei von europäischen Chemieunternehmen wie Bayer und dessen US-Tochter Monsanto oder durch Syngenta in Drittländer exportiert. Die exportierten Pestizide sind dabei in der Europäischen Union selbst verboten. Nach der brasilianischen Forscherin Mies Bombardi kommt jedoch ein Großteil dieser Chemikalien über Exporte in Form von Nahrungsmitteln zurück in die Europäische Union.¹³³ Es besteht somit ein Widerspruch zu den im Abkommen geschlossenen Vereinbarungen zur Einhaltung von multilateralen Umweltabkommen wie dem Washingtoner Artenschutzübereinkommen und darüber hinaus dem Willen, verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln zu fördern. Durch das Handelsabkommen ist nämlich davon auszugehen, dass der Mercosur weiterhin den Einsatz von Pestiziden fördern wird, um ein schnelleres Wachstum

¹³¹ Vgl. Umweltinstitut München e. V.: Pestizide, o. J., URL: <http://www.umweltinstitut.org/the-men/landwirtschaft/pestizide.html> [aufgerufen: 21.09.2019].

¹³² Vgl. Herrberg, Anne: Glyphosat in Argentinien. Der gefährliche Kampf gegen Monsanto, hrsg.: Tagesschau, 22.05.2019, URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/argentinien-monsanto-bayer-101.html> [aufgerufen: 21.09.2019].

¹³³ Vgl. Weiss, Sarah, Forscherin zu Freihandel: „Es gibt einen Vergiftungskreislauf“, in: der Standard, 01.07.2019, URL: <https://www.derstandard.de/story/2000105690256/vergiftungskreislauf-forscherin-warnt-vor-lebensmittel-aus-suedamerika> [aufgerufen: 21.09.2019].

und eine höhere Zuverlässigkeit der in allen vier Mitgliedstaaten wichtigen Sojaproduktion zu gewährleisten, um die entsprechenden Exportquoten zu erhöhen. Darüber hinaus gefährdet die Europäische Union die Gesundheit ihrer Bürger, indem sie Nahrungsmittel aus dem Mercosur importiert, die mit gesundheitsschädlichen Pestiziden belastet sein können.

In Argentinien werden die Sojafelder beispielsweise aufgrund der immensen Größe mit dem weitverbreitenden Pflanzenschutzmittel Glyphosat durch Sprühflugzeuge besprüht. Dem Pflanzenschutzmittel wird dabei nachgesagt, der Auslöser diverser schwerwiegender Krankheiten zu sein. Die Besprühungen sind durch das Sprühflugzeug nicht immer genau und können dadurch naheliegende Wohnbereiche der Bevölkerung treffen. Weiterhin gelangt das Pflanzenschutzmittel auch über die Nahrung in den menschlichen Körper. In Argentinien erkrankten die Bewohner kleiner Siedlungen, die zwischen den riesigen Sojafeldern liegen, häufig an Hautinfektionen und Krebs. Außerdem haben argentinische Ärzte eine Häufung von Missbildungen bei Neugeborenen verzeichnet. Eine konkrete Studie, welche beweist, dass das Glyphosat für diese Wirkungen verantwortlich ist, gibt es jedoch nicht. Die Agrarunternehmen verstreuen nämlich in der Regel so viele Pestizide zugleich, dass es kaum möglich ist nachzuweisen, welcher Stoff nun genau die Gesundheit der Menschen beeinträchtigt.¹³⁴

Um den enormen Gebrauch von Pestiziden und die Folgen in den Mercosur-Staaten weiter zu verdeutlichen, wird im Folgenden auf die durch die brasilianische Universität von Mato Grosso und die wissenschaftliche Einrichtung für Forschung Fiocruz durchgeführten Untersuchungen zwischen 2007 und 2014 in der brasilianischen Stadt Lucas do Rio Verde eingegangen. In diesen Untersuchungen wurden Lehrer als Zielpersonen für Rückstände von Agrargiften im Blut untersucht. Die Untersuchungen ergaben, dass 88 Prozent der bei den Lehrern durchgeführten Blut- und Urinproben auf Agrargifte hinwiesen, insbesondere wurde neben Pyrethroiden (synthetischen Insektiziden) auch Glyphosat gefunden. Weiterhin wurden 12 Trinkwasserbrunnen auf Agrargifte untersucht – nach den Proben waren 83 Prozent der untersuchten Objekte mit Pestiziden verseucht. Darüber hinaus wurde die Muttermilch von 62 stillenden Müttern untersucht – hier wiesen 100 Prozent der Proben Rückstände von Agrargiften auf. Die Forschungen der Universität von Mato Grosso und der wissenschaftlichen Einrichtung für Forschung Fiocruz zeigen somit deutlich auf, dass sich in Brasilien die Pestizide von den Feldern bis in die Körper der Menschen verbreitet haben. Eine Studie der Bundesuniversität von Mato Grosso entdeckte zudem, dass zwischen 1992 und 2014, in der Zeit, in der Soja, Mais und Baumwolle angebaut wurden, 1442 Fälle von Magenkrebs-, Speiseröhren- und Bauchspeicheldrüsenkrebs registriert wurden. Im Vergleich dazu wurden in derselben Zeitspanne in Regionen, in denen nichts dergleichen angebaut wurde, lediglich 53 Krebsfälle registriert.¹³⁵ Die Forschungen der Universität von Mato Grosso zeigen daher deutlich, welche Gefahr von den Pestiziden ausgeht.

Die Europäische Union könnte somit durch das Handelsabkommen, trotz eines ab 2022 gültigen Verbotes des umstrittenen Pflanzenschutzmittels Glyphosat, weiterhin äußerst

¹³⁴ Vgl. Stürzenhofecker, Michael: Kein Schutz vor dem Pflanzengift, in: Zeit online, 05.01.2016, URL: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2015-12/glyphosat-argentinien-landwirtschaft-krebs> aufgerufen: 21.09.2019].

¹³⁵ Vgl. Kooperation Brasilien: Bayer, Monsanto und Pestizide in Brasilien, 03.05.2017, URL: <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/bayer-monsanto-und-pestizide-in-brasilien-1> [aufgerufen: 21.09.2019].

schädliche Agrargifte durch den Import von Nahrungsmitteln aus dem Mercosur unter die Bevölkerung bringen.¹³⁶

3.2.3 Erdöl aus dem Korallenriff

Der Handelsvertrag könnte der Europäischen Union einen politisch sicheren und qualitativ leistungsfähigen Erdölimporteur einbringen. In Brasilien wurde an der Atlantikküste nämlich ein riesiges Ölvorkommen entdeckt. Neben den europäischen Unternehmen Total und BP hat sich auch der brasilianische Erdölriese Petrobras Lizenzen zur Erschließung des dortigen Erdöls gesichert.¹³⁷ Die Erdölquelle könnte sowohl für die Europäische Union als auch für Brasilien einen äußerst lukrativen Wirtschaftsfaktor bilden. Durch die Zollsenkungen könnte die Europäische Union ein wichtiger Abnehmer der Erdölquelle an den Ausläufern des Amazonas werden, Brasilien hingegen sieht die Chance, zu einem wichtigen Erdöllieferanten der Europäischen Union zu werden. Die Erdölquelle befindet sich jedoch mitten in einem riesigen Korallenriff, das sich auf einem Areal von rund 56 000 Quadratkilometern ausbreitet – damit ist das Korallenriff vor dem Amazonasdelta das größte weltweit. Die dortige Erdölförderung könnte eine Gefahr für die einzigartigen dort lebenden Korallenarten, Tiefseeschwämme, Fische, Garnelen, Langusten und Seesterne sein. Darüber hinaus gilt das Gebiet als Rückzugsraum für Fische wie den braunen Zackenbarsch, welcher vor der Küste Brasiliens kaum noch gefunden wird. Gemäß dem Forscher der Bundesuniversität von Rio de Janeiro Fabiano Thompson könnte das Korallenriff Wirkstoffe gegen Krankheiten wie Krebs, Infektionskrankheiten und Virose beinhalten. Eine Erdölförderung würde somit einen nachhaltigen Eingriff in den natürlichen Lebensraum eines bisher kaum erforschten Ökosystems bedeuten.¹³⁸



Abb. 11: Amazonas Korallenriff und Erdölförderung¹³⁹

¹³⁶ Vgl. EURACTIV mit AFP: Klöckner rechnet für 2022 mit Glyphosat-Verbot in der EU, 15.07.2019, URL: <https://www.euractiv.de/section/landwirtschaft-und-ernahrung/news/kloekner-rechnet-fuer-2022-mit-glyphosat-verbot-in-der-eu/> [aufgerufen: 21.09.2019].

¹³⁷ Vgl. Spiegel Online: Ölbohrungen bedrohen Naturparadies, 17.05.2017, URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/brasilien-oelbohrungen-in-amazonas-naehe-bedrohen-naturparadies-a-1147805.html> [aufgerufen: 21.09.2019].

¹³⁸ Vgl. Pontes, Nádia: Brasilien: Erdöl aus dem Korallenriff, hrsg. Deutsche Welle, 18.04.2018, URL: <https://www.dw.com/de/brasilien-erdol-aus-dem-korallenriff/a-43438354> [aufgerufen: 20.09.2019].

¹³⁹ Ebd.

Sollte es bei der Erdölförderung zu einem Ölaustritt kommen, würden somit irreparable Schäden entstehen sowie die weltweit größten Mangrovenwälder, die sich vor der brasilianischen Küste befinden, könnten bedroht sein.¹⁴⁰ Bei den Mangroven handelt es sich um ein sensibles Ökosystem zwischen Wasser und Land. Das Ökosystem ist dabei auf ruhiges und warmes Wasser angewiesen und daher vor allem in Meeresbuchten oder hinter Korallenriffen an Küsten aufzufinden. Den Mangrovenwäldern ist eine äußerst wichtige ökologische Funktion und wirtschaftliche Bedeutung zuzurechnen. Die Wälder an der Küste Brasiliens verhindern zum einen den Abtrag des Bodens und schützen außerdem vor Überschwemmungen. Zum anderen dienen sie der einheimischen Bevölkerung als wichtige Ressource für den Hausbau oder zur Brennstoffnutzung. Die an der Küste lebende Bevölkerung gewinnt zudem Früchte und Heilpflanzen aus den Mangrovenwäldern. Die Mangrovenwälder dienen außerdem Weichtieren, Krebstieren und Insekten als Brutstätte. Die Bevölkerung der brasilianischen Küste lebt hauptsächlich von der Fischerei, eine Störung des Ökosystems würde sich daher erheblich auf die Fisch- und Krebsbestände auswirken.¹⁴¹ Der Bau einer Erdölplattform mitten im Korallenriff würde somit nicht nur die Zerstörung eines einzigartigen und noch nicht vollständig erforschten Ökosystems bedeuten, es könnte auch die Zerstörung der brasilianischen Mangrovenwälder bedeuten. Das Erdöl müsste nämlich von der Erdölplattform, durch welche das Erdöl gefördert wird, mittels Unterwasserrohren an das Festland transportiert werden. Nicht selten kommt es vor, dass diese Pipelines undicht werden bzw. sich Brüche an diesen bilden und es so zu Erdölverlusten kommt. Das Erdöl könnte folglich auch die an der Küste liegenden Mangrovenwälder erreichen. Im russischen Sibirien, welches über immense Öl- und Gasreserven verfügt, kommt es beispielsweise jährlich zu bis zu 5000 Brüchen an den dortigen Pipelines. Das französische Unternehmen TotalFinaElf bezieht jährlich allein für die Raffinerie in Leuna eine Erdölmenge von 9 bis 10 Millionen Tonnen aus dem westsibirischen Samotlor-Ölfeld, davon gehen 3 bis 7 Prozent sowohl bei der Förderung als bei dem Transport des Erdöls verloren. Das verlorene Erdöl lagert sich folglich in Wäldern, Gewässern und damit auch im Grundwasser ab, mit erheblichen negativen Auswirkungen auf Umwelt und Mensch.¹⁴²

Eine Erdölförderung an der Atlantikküste Brasiliens würde somit das einzigartige ökologische System des Korallenriffs sowie die Mangrovenwälder, welche zur Vermeidung eines Abtrags des Bodens sowie von Überschwemmungen wichtig sind und die insbesondere der an der Küste lebenden Bevölkerung als wichtige Ressource dienen, erheblich bedrohen.

3.3 POLITISCHE KONSEQUENZEN

In politischer Hinsicht kann das Abkommen sowohl die europäische als auch die südamerikanische politische Stabilität beeinflussen. Weiterhin könnte durch das Abkommen die Handelspolitik verschiedener weiterer Nationen beeinflusst werden. Auch könnte das Abkommen Konsequenzen für die protektionistische Handelspolitik großer Volkswirtschaften, etwa die USA, haben. Im Folgenden wird zunächst auf die politischen Konsequenzen des

¹⁴⁰ Ebd.

¹⁴¹ Vgl. Pro-Regenwald: Mangrovenwälder, 30.04.2010, URL: https://www.pro-regenwald.de/hg_wald/mangroven [aufgerufen: 21.09.2019].

¹⁴² Vgl. Greenpeace: Erdöl - Gefahr für Umwelt, Klima, Mensch. Die schmutzige Spur des schwarzen Goldes, URL: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/erdoel_gefahr_fuer_die_umwelt_0.pdf [aufgerufen: 21.09.2019].

Handelsabkommens auf die beteiligten Partner eingegangen. Anschließend wird auf den internationalen politischen Einfluss des Handelsabkommens Bezug genommen.

3.3.1 Europäische Union

Das Handelsabkommen könnte aufgrund der möglichen negativen Folgen für die europäische Landwirtschaft zu politischer Unruhe und Unstimmigkeit innerhalb der Europäischen Union führen. Die Fleischimporte aus dem Mercosur könnten aufgrund des geringen Preisniveaus den Absatz europäischer landwirtschaftlicher Produkte negativ beeinflussen. So erklärten bereits diverse Staaten der Europäischen Union, nicht mit dem Handelsabkommen einverstanden zu sein. In Österreich stimmte der ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union bereits gegen eine Ratifizierung des Handelsvertrags mit den Mercosur-Staaten. Die österreichische Regierung befürchtet einen zu starken Konkurrenzdruck der südamerikanischen Produkte. Laut dem Präsidenten des österreichischen Bauernbundes und Mitglied der Österreichischen Volkspartei Georg Strasser würden die Produkte aus dem Mercosur zudem einen umweltunfreundlichen und nicht nachhaltigen Hintergrund haben. Der ÖVP-Politiker fordert daher für die Mercosur-Produkte eine CO₂-Steuer.¹⁴³ Bereits vor Abschluss des Abkommens sprachen sich zudem neben Frankreich und Irland auch Polen und Belgien mit einem gemeinsamen Brief an den Kommissionspräsident Juncker gegen das Abkommen aus. Die Staats- und Regierungschefs der vier Länder forderten einen besseren Schutz für die Sektoren Rindfleisch, Geflügelfleisch, Ethanol und Zucker. Die Nationen fürchteten und fürchten einen Einbruch im Agrarsektor durch den Markteintritt südamerikanischer Produkte.¹⁴⁴ Weiterhin herrschen in der Europäischen Union Unstimmigkeiten aufgrund der derzeitigen Waldbrände im Amazonasgebiet, welche seit Abschluss des Abkommen rasant zugenommen haben. Die deutsche Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner wies diesbezüglich insbesondere auf die Bekanntgabe Brasiliens hin, sich für eine nachhaltige Waldwirtschaft einzusetzen. Demnach müsse das Land entgegen seinen derzeitigen Aktivitäten dieser Verpflichtung nachkommen. Diesbezüglich brachte Klöckner die Möglichkeit ins Spiel, aufgrund der aktuellen Waldbrände in Brasilien die im Abkommen vereinbarten Zollaufhebungen wieder zurückzunehmen.¹⁴⁵ Aufgrund der Waldbrände im brasilianischen Amazonas sprach sich die französische Regierung, welche bereits vor Abschluss des Abkommens diesem kritisch gegenüberstand, neben Irland gegen eine Ratifizierung des Abkommens aus. Der französische Präsident Emmanuel Macron bezeichnete die Waldbrände im Amazonas als internationale Krise.¹⁴⁶ Das Handelsabkommen hat nämlich bereits jetzt, vor Ratifizierung der einzelnen Mitgliedstaaten, extreme Umweltfolgen bewirkt. Die Waldbrände haben sich laut der brasilianischen Weltraumorganisation Inpe seit 2018 bereits um 84 Prozent erhöht.¹⁴⁷ Die deutsche Bundesregierung möchte jedoch trotz der aktuellen ökologischen Lage in Brasilien am Handelsabkommen festhalten. So gehörte die

¹⁴³ Vgl. Siebenhaar, Hans-Peter: Österreich will EU-Abkommen mit Mercosur-Staaten blockieren, in: Handelsblatt, 19.19.2019, URL: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/freihandelszone-oesterreich-will-eu-abkommen-mit-mercotur-staaten-blockieren/25031204.html?ticket=ST-2469321-XWIsLU3jn7VBeCsLqYQ0-ap3> [aufgerufen: 26.09.2019].

¹⁴⁴ Vgl. Agra Europe: Mercosur-Abkommen sorgt für Unstimmigkeiten zwischen EU-Regierungen, hrsg.: topagraronline, 24.06.2019, URL: <https://www.topagraronline.com/management-und-politik/news/mercotur-abkommen-sorgt-fuer-unstimmigkeiten-zwischen-eu-regierungen-11577631.html> [aufgerufen: 26.09.2019].

¹⁴⁵ Vgl. Lupion, Bruno: EU-Mercosur: Ringen um den Regenwald, in: Deutsche Welle, 06.09.2019, URL: <https://www.dw.com/de/eu-mercotur-ringen-um-den-regenwald/a-50303352> [aufgerufen: 26.09.2019].

¹⁴⁶ Vgl. Handelsblatt: Paris widersetzt sich Mercosur-Freihandelsabkommen – Johnson kontert Frankreich, 23.08.2019, URL: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/amazonas-regenwald-paris-widersetzt-sich-mercotur-freihandelsabkommen-johnson-kontert-frankreich/24934740.html> [aufgerufen: 26.09.2019].

¹⁴⁷ Vgl. Blickle, Paul/Mast, Maria/Schadwinkel, Alina: Weltweit verschlingen Flammen die Wälder, in: Zeit online, 27.08.2019, URL: <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2019-08/waldbraende-trockenheit-amazonas-klimawandel-abholzung-brasilien-indonesien#brennt-es-mehr-als-sonst> [aufgerufen: 26.09.2019].

deutsche Regierung auch zu denen, die vor Abschluss des Abkommens eine Einigung in Bezug auf das Abkommen forcierte. So forderte Deutschland zusammen mit Spanien, Tschechien, Schweden, Lettland, Portugal und den Niederlanden in einem an die Europäische Kommission gerichteten Brief, dem Mercosur ein vernünftiges und ausgewogenes Angebot zur schnellstmöglichen Vollendung des Abkommens vorzulegen. Die genannten Nationen wiesen hier insbesondere auf die Bedeutung des Handelsabkommens für die europäische Automobil-, Chemie- und Pharmaindustrie hin.¹⁴⁸ Es könnte somit ein Konflikt zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, welche die ökonomischen Vorteile des Handelsabkommens über die ökologischen Folgen stellen, und andererseits den Mitgliedstaaten, welche von den ökonomischen Vorteilen nicht zu Lasten der Umwelt profitieren möchten, entstehen. Das Handelsabkommen könnte daher zu politischen Spannungen zwischen einzelnen Mitgliedstaaten führen. Dies könnte sich wiederum negativ auf den Zusammenhalt, das Vertrauen und die Authentizität der Europäischen Union auswirken.

3.3.2 Mercosur

Für den Mercosur könnte das Abkommen hingegen politisch gesehen eher für eine Stabilisierung als eine Destabilisierung sorgen. Durch das Handelsabkommen könnte beispielsweise die Bevölkerung Argentiniens wieder Vertrauen in die Regierung setzen. Das Abkommen könnte folglich Arbeitsplätze schaffen und der Wirtschaft zu einem Aufschwung verhelfen. Derzeit verliert die Bevölkerung angesichts der aktuellen miserablen wirtschaftlichen Lage Argentiniens immer mehr Vertrauen in die derzeitige Regierung.¹⁴⁹ Die Präsidentschaftsvorwahl am 11. August 2019 fiel bereits zuungunsten des derzeitigen Präsidenten Macri aus, dieser lag mit 15 Prozentpunkten hinter dem Hauptkonkurrenten Fernández deutlich zurück.¹⁵⁰ Laut einer Studie des Meinungsforschungsinstitutes Gustavo Córdoba ist seit den Präsidentschaftsvorwahlen der Vorsprung Alberto Fernández um weitere fünf Prozentpunkte gestiegen.¹⁵¹ Eine Wahl von Fernández würde sich aufgrund seiner linksgerichteten protektionistischen Haltung negativ auf den Handelsvertrag auswirken.¹⁵² So kündigte Fernández an, das Handelsabkommen überarbeiten zu wollen, weil das Abkommen die argentinische Industrie und den Arbeitsmarkt benachteilige. Zudem kandidiert Ex-Präsidentin Christina Fernández de Kirchner für den Posten der Vizepräsidentin. Unter Christina Kirchners Präsidentschaft von 2007 bis 2015 wurde der Handel von Fleisch, Soja und Personenkraftwagen stark reguliert, was den im Abkommen getroffenen Abmachungen des freien Warenverkehrs zwischen der Europäischen Union und Mercosur widerspräche.¹⁵³ Durch eine Wahl des politisch links ausgerichteten Duos würde das Land erneut, entgegen der derzeitigen liberalen Wirtschaftspolitik Macris, eine protektionistische Haltung annehmen. Dies würde den politischen Zusammenhalt innerhalb des Mercosurs infrage stellen. Eine protektionistische Haltung würde nämlich gegen die Ziele des Vertrages von Asunción, auf dem der Mercosur aufgebaut ist, verstoßen,

¹⁴⁸ Vgl. Becker, Markus/Hecking, Claus/Müller, Peter: Merkel brüskiert Macron mit Brief zu Handelsvertrag, Spiegel Online, 25.06.2019, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/merkel-und-kollegen-fordern-abschluss-von-mercotur-abkommen-a-1274254.html> [aufgerufen: 26.09.2019].

¹⁴⁹ Vgl. Dürr, Christian: Argentinien: Vorsprung für Präsidentschaftskandidat Alberto Fernández wird größer, in: amerika 21, 25.09.2019, URL: <https://amerika21.de/2019/09/231956/argentinien-vorsprung-alberto-fernandez> [aufgerufen: 26.09.2019].

¹⁵⁰ Vgl. Frankfurter Allgemeine 13.08.2019.

¹⁵¹ Vgl. Dürr 25.09.2019.

¹⁵² Vgl. Pausch, Lisa: Argentinien: Alberto Fernández schließt Regulierung der Wirtschaft aus, in: amerika 21, 21.08.2019, URL: <https://amerika21.de/2019/08/230245/argentinien-fernandez-bolsonaro-mercotur> [aufgerufen: 26.09.2019].

¹⁵³ Vgl. Pausch, Lisa: Brasilien droht bei Sieg der Linken in Argentinien mit Ausstieg aus Mercosur, in: amerika 21, 19.08.2019, URL: <https://amerika21.de/2019/08/230173/brasilien-argentinien-ausstieg-mercotur> [aufgerufen: 26.09.2019].

einen freien Warenverkehr, Dienstleistungsverkehr und freien Verkehr von Produktionsfaktoren zu fördern.¹⁵⁴ Der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro hat diesbezüglich bereits angekündigt, den südamerikanischen Staatenbund Mercosur bei protektionistischen Maßnahmen im Falle einer links ausgerichteten Folgeregierung Argentiniens zu verlassen.¹⁵⁵ Eine möglichst baldige Ratifizierung des Handelsvertrages würde daher bedeutende Konsequenzen auf die politische Situation innerhalb des Mercosurs haben. Es könnte sich durch das Inkrafttreten des Vertrages das Wahlergebnis des argentinischen Präsidenten Mauricio Macris verbessern. Der argentinischen Bevölkerung könnte dadurch die Kraft geschenkt werden, auf eine Wiederbelebung der Wirtschaft und derzeitigen Arbeitsmarktlage zu hoffen. Weiterhin würde durch eine Wiederwahl des wirtschaftsliberalen Macri ein weiterer Zusammenhalt des Mercosurs gesichert werden. Umgekehrt würde dem Handelsvertrag bei einer linksausgerichteten Folgeregierung Argentiniens – im Falle protektionistischer Maßnahmen – durch den Ausstieg des wirtschaftlich stärksten Staates Brasilien aus dem Mercosur ein hohes Maß an Nutzenpotenzial für die Europäische Union genommen werden.

3.3.3 International

Seit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika setzt das Land auf eine protektionistische Haltung. Der Republikaner hat das Präsidentenamt seit dem 20. Januar 2017 inne.¹⁵⁶ Aufgrund Donalds Trumps protektionistischer Haltung wurde das zwischen den USA und der Europäischen Union verhandelte sogenannte Transatlantische Freihandelsabkommen nicht weiterverfolgt. Der US-Präsident setzt nicht auf den freien Handel, sondern vielmehr auf Protektionismus und widerspricht somit der Wirtschaftspolitik der Europäischen Union.¹⁵⁷ Das Transatlantische Freihandelsabkommen sollte ähnlich wie das Abkommen zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur primär zu einem Abbau der zwischen der Europäischen Union und den USA bestehenden Zölle beitragen.¹⁵⁸ Folglich hätte sich dadurch der Warenaustausch zwischen den beiden Parteien erhöhen können, dies widerspräche jedoch der protektionistischen Haltung Donald Trumps. Dieser will vielmehr durch den Protektionismus die eigene Industrie stärken und Arbeitsplätze, welche aufgrund der Globalisierung als Folge des Freihandels ins Ausland gewandert sind, wieder zurück in die Vereinigten Staaten holen.¹⁵⁹ Die Europäische Union versucht nun durch das Handelsabkommen mit dem Mercosur, ein klares Zeichen für internationale Zusammenarbeit und freien Handel zu setzen.

Um ein Verständnis zu bekommen, inwiefern das politische Ziel des Handelsabkommens zwischen Europäischer Union und Mercosur ein Zeichen für freien und fairen Handel setzen soll, hilft eine Gegenüberstellung der beiden wirtschaftlichen bzw. außenpolitischen Systeme. Unter Freihandel versteht man grundsätzlich den Export und Import von Gütern

¹⁵⁴ Vgl. Fuders 2008, S. 26–27.

¹⁵⁵ Vgl. Pausch 21.08.2019.

¹⁵⁶ Vgl. Munk, Stephanie/Böhmer Kathrin/Naumann, Florian: Vereidigung in Washington – Trump ist jetzt Präsident der USA, in: Merkur, 22.01.2017, URL: <https://www.merkur.de/politik/donald-trump-ist-heute-als-praesident-usa-vereidigt-worden-alle-news-im-live-ticker-zr-7309392.html> [aufgerufen: 27.09.2019].

¹⁵⁷ Vgl. Böcking, David: TTIP als Gegengift im Handelsstreit, Spiegel Online, 24.03.2018, URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ttip-das-freihandelsabkommen-wird-wieder-zum-thema-a-1199648.html> [aufgerufen: 27.09.2019].

¹⁵⁸ Vgl. Kafsack, Hendrik: Die Vorteile von TTIP, in: Frankfurter Allgemeine, 15.07.2015, URL: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ttip-und-freihandel/die-vorteile-vom-freihandelsabkommen-ttip-13699199.html> [aufgerufen: 27.09.2019].

¹⁵⁹ Vgl. Neuhaus, Carla: Was passiert, wenn Trump die US-Wirtschaft abschottet, in: Tagesspiegel, 18.11.2016, URL: <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/made-in-usa-was-passiert-wenn-trump-die-us-wirtschaft-abschottet/14834542.html> [aufgerufen: 27.09.2019].

und Dienstleistungen zwischen verschiedenen Staaten, ohne dass diese Maßnahmen ergreifen, die den Handel erschweren. Ein Beispiel für die Belastung des internationalen Austausches von Waren und Dienstleistungen wäre das Verhängen von Zöllen. Der Freihandel basiert zudem auch auf ungehindertem Kapitalverkehr. Dadurch können Unternehmen direkt in andere Staaten investieren. Der freie Kapitalverkehr ermöglicht somit den unbeschränkten Kauf oder Verkauf ausländischer Wertpapiere oder auch direkte Investitionen in ausländische Produktionsstätten.¹⁶⁰ Durch den Freihandel sollen diverse Effekte erzielt werden, wie zum Beispiel die Sicherung von Arbeitsplätzen durch Erhöhung der Exporte oder eine Reduktion der Produktpreise für Verbraucher. Der Export inländischer Produkte in den internationalen Markt führt nämlich zu einer Erhöhung der Nachfrage und somit zu einer Erhöhung des Bedarfs an Produktionskapazitäten, folglich, sofern nicht durch Automatisierung und Standardisierung ersetzt, unter anderem auch an Humankapital. Eine mögliche Erhöhung der Nachfrage ergibt sich durch eine breitere Präsentation des Produktes. Dadurch lassen sich neben inländischen potenziellen Kunden auch international Kunden oder Investoren erreichen. Die Senkung der Preise für Produkte entsteht hingegen durch niedrige bzw. entfallene Zölle und den geringeren bürokratischen Aufwand. Durch den freien Handel kann außerdem eine höhere Produktvielfalt erreicht werden, was zu einer höheren Lebensqualität führen kann. Insbesondere rohstoffarme Länder wie zum Beispiel Deutschland sind auf Importe angewiesen und streben daher eine Öffnung der Märkte an.¹⁶¹ Der Protektionismus basiert hingegen auf dem Schutz der inländischen Warenproduktion vor zu viel Konkurrenz aus dem Ausland. Der Schutz kann hierbei durch eine Erhöhung der Einfuhrzölle oder durch eine Begrenzung der Menge ausländischer Waren vorgenommen werden. Durch das Verhängen von Einfuhrzöllen auf importierte Waren werden diese teurer, das soll die einheimische Bevölkerung dazu animieren, inländische Produkte zu kaufen.¹⁶² Weitere protektionistische Maßnahmen können Import-/Exportverbote oder die Erfordernis zusätzlicher Normen und Sicherheitsstandards für ausländische Produkte sein.¹⁶³ Durch Protektionismus kann die heimische Industrie außerdem durch den sogenannten Umlenkungseffekt geschützt und gleichzeitig gefördert werden. Die importierten Produkte werden nämlich durch eine Erhöhung der Zölle teurer, dadurch können inländische Substitute größere Marktanteile gewinnen und Ihre Wettbewerbsfähigkeit ausbauen. Die Verteuerung der importierten Produkte führt zudem auch dazu, dass inländische Produzenten mehr Preiserhöhungsspielräume gewinnen, ohne Gefahr zu laufen, Absatzeinbußen zu riskieren.¹⁶⁴

Der Protektionismus führt jedoch andererseits als Folge der Vorteile für den Profitierenden der protektionistischen Maßnahmen dazu, dass wirtschaftlich schwächere Länder darunter unverhältnismäßig leiden, da diese vom Export ihrer Waren abhängig sind.¹⁶⁵ Durch die Beschränkung von Importprodukten oder die Verteuerung dieser durch Zölle entsteht nämlich ein sogenannter Konsum- und Mengeneffekt. Der Konsum- und Mengeneffekt führt dazu, dass die Importmenge sinkt und entsprechend auch der Konsum der importierten Güter abnimmt.¹⁶⁶ Problematisch hierbei ist, dass lediglich auf die Interessen des protektionistisch agierenden Staates geachtet wird, ohne Rücksicht auf andere Staaten zu

¹⁶⁰ Vgl. Hermann, Adam: Freihandel, Protektionismus, Globalisierung, hrsg. OXI, 25.03.2017, URL: <https://oxiblog.de/freihandel-protektionismus-globalisierung/> [aufgerufen: 19.08.2019].

¹⁶¹ Vgl. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH: Fakten zum Freihandel. Offene Märkte bringen Wohlstand in Deutschland und der Welt, 4.07.2017, URL: <https://www.insm.de/insm/kampagne/gerecht-durch-marktwirtschaft/argueliner-9-fakten-zum-freihandel.html> [aufgerufen: 27.07.2019].

¹⁶² Vgl. Hermann 25.03.2017.

¹⁶³ Vgl. Sell 2003, S. 205.

¹⁶⁴ Vgl. Ebd., S. 209.

¹⁶⁵ Vgl. Hermann, 25.03.2017.

¹⁶⁶ Vgl. Sell 2003, S. 209.

nehmen.¹⁶⁷ Dies kann wiederum zu Konflikten und Beziehungsbrüchen führen und unter Umständen die eigene Wirtschaft nicht verbessern, sondern schwächen. So können beispielsweise Zollerhöhungen als Maßnahme protektionistischen Handelns entsprechende Vergeltungsmaßnahmen der Handelspartner nach sich ziehen.¹⁶⁸ Diese Vergeltungsmaßnahmen führen dazu, dass die Unternehmen des ursprünglichen Urhebers der protektionistischen Maßnahmen an denselben negativen Folgen des Protektionismus leiden, wie es auch die Importeure tun. So folgten beispielsweise auf die von den Vereinigten Staaten verhängten Zölle für Stahl- und Aluminiumimporte von jeweils 25 Prozent und 10 Prozent an die Europäische Union Vergeltungszölle der Europäischen Union auf US-amerikanische Produkte wie Whiskey, Erdnussbutter, Motorräder und Jeanshosen.¹⁶⁹ Durch die Zollmaßnahmen leiden somit nicht nur beide Handelspartner, sondern es werden durch die Abweichung vom Prinzip des Freihandels der Lenkmechanismus der Preise sowie die Selbstverantwortlichkeit der Unternehmen, für ihre nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sorgen, außer Kraft gesetzt.¹⁷⁰ Das Handelsabkommen soll somit insofern als politisches Zeichen gelten, indem es die positiven Aspekte des Abkommens für beide Parteien zur Geltung bringt. Insbesondere soll das Handelsabkommen die lukrativen Vorteile von Freihandel und internationaler Kooperation aufzeigen. Zwar ist durch den Freihandel die inländische Wirtschaft vom ausländischen Konjunkturverlauf und folglich auch von wirtschaftspolitischen Maßnahmen wichtiger Handelspartner abhängig, jedoch kann durch ihn eine weltwirtschaftliche Integration erreicht werden, ohne auf staatliche Eigenarten sowie staatlicher Souveränität verzichten zu müssen. Darüber hinaus bedarf der Freihandel entgegen dem Protektionismus keiner besonderen staatlichen Institutionen oder aufwendigen Organisation und ist im Hinblick auf die Chancen der jeweiligen Wirtschaftssubjekte weder korrupt noch korrumpierbar. Die politische internationale Konsequenz des Handelsvertrages zwischen Europäischer Union und Mercosur könnte folglich eine Aufweichung und Umstimmung der derzeitigen protektionistischen Denkweise etwa der US-Regierung sein.

3.4 EMPIRISCHE EVALUIERUNG

Im Rahmen der empirischen Analyse werden die im Analyseteil dieser Arbeit getroffenen Annahmen und theoretischen Befunde begründet und überprüft. Angesichts der hohen Aktualität des Handelsvertrages zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur sind die damit zusammenhängenden Konsequenzen auf Ökonomie, Ökologie und Politik bisher wenig erforscht.¹⁷¹ Demnach wird als Forschungsmethode die qualitative Methode angewandt. Als Forschungsmethode bezeichnet man das planmäßige und systematische Vorgehen zur Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse.¹⁷² Die qualitative Forschung liefert hierbei ein tieferes Verständnis der analysierten Daten, um daraus eine Schlussfolgerung ziehen zu können. Daher erfassen qualitative Daten Informationen, die ein Thema eher beschreiben als messen. Die quantitative Forschung bezieht sich hingegen auf die

¹⁶⁷ Vgl. Hermann 25.03.2017.].

¹⁶⁸ Vgl. Brandl, Clara/Berger Axel: Was bedeutet Trumps America-first-Handelspolitik für den globalen Süden?, hrsg. bpb, 8.11.2018, URL: <https://www.bpb.de/politik/wirtschaft/freihandel/276281/america-first-handelspolitik-und-der-globale-sueden> [aufgerufen: 27.02.2019].

¹⁶⁹ Vgl. EBNER STOLZ: Ticker: US-Zölle auf Importe aus der EU, 20.02.2019, URL: <https://www.ebner-stolz.de/de/ticker-us-importzoelle-164036.html> [aufgerufen: 27.09.2019].

¹⁷⁰ Vgl. Sell 2003, S. 204.

¹⁷¹ Vgl. Brosius, Hans-Bernd/Koschel Friederike/Haas, Alexander: Methoden der empirischen Kommunikationsforschung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, S. 1.

¹⁷² Vgl. Lederer, Bernd: Quantitative Methoden, o. J., URL: https://www.uibk.ac.at/iezw/mitarbeiterinnen/senior-lecturer/bernd_lederer/downloads/quantitativdatenerhebungs-methoden.pdf [aufgerufen: 02.10.2019].

zahlenmäßige Belegung quantitativer Daten. Demnach haben quantitative Daten eine feste Struktur sowie statistische Aussagekraft.¹⁷³ Darüber hinaus werden neben der qualitativen und quantitativen Forschung verschiedene Methoden der Datenerhebung unterschieden. Diese sind die Inhaltsanalyse, die Beobachtung, die Messung und die Befragung.¹⁷⁴ Die Inhaltsanalyse umfasst grundsätzlich die Untersuchung von Medienprodukten wie Texte aus Tageszeitungen, Rundfunksendungen, Musik, Filme, Werbespots oder auch Propagandamaterial.¹⁷⁵ Als Beobachtung wird hingegen die systematische Erfassung sowie Protokollierung von sinnlich und oder auch apparativ wahrnehmbaren Aspekten diverser Handlungen und Reaktionen des Menschen verstanden, solange diese dabei weder sprachlich vermittelt werden noch auf Dokumenten beruhen.¹⁷⁶ Der Begriff Messung bezieht sich in der Sozialwissenschaft hingegen auf die empirische Methodik der Datenerhebung durch systematische Zuordnung einer Menge von Zahlen oder Symbolen zu den Ausprägungen einer Variablen.¹⁷⁷ Die Art der Datenerhebung kann dabei für jede Methode qualitativ oder quantitativ erfolgen. Während qualitative Methoden ein komplexes Phänomen in seiner Tiefe beschreiben, analysieren quantitative Methoden ein komplexes Phänomen weniger tiefgründig, dafür jedoch in seiner ganzen Breite.¹⁷⁸ Im Zuge dieser Arbeit wurde folglich die Methode der qualitativen Befragung angewandt. Die Befragung hat hierbei das Ziel, gesellschaftlich relevante Aussagen bestimmter Personen als Merkmalsträger bestimmter relevanter Aspekte zur Grundlage für die Forschung zu machen.¹⁷⁹ Hierbei wird bewusst die qualitative Befragung in Form eines Experteninterviews angewandt. Diese Form der Befragung ist besonders deshalb sinnvoll, da das Untersuchungsobjekt bisher als wenig erforscht gilt und somit erst durch ein Forschungsprojekt vollständig exploriert werden kann. Eine quantitative Befragung, beispielsweise mittels eines Fragebogens, wäre hier aufgrund der Aktualität und Komplexität des Untersuchungsobjekts unpassend gewesen.¹⁸⁰ Das Experteninterview wird hierbei auf Grundlage eines Leitfadeninterviews in nicht experimenteller Form durchgeführt. Das Untersuchungsdesign umfasst somit nicht das Ziel, eine Ursache-Wirkung-Beziehung zu identifizieren.¹⁸¹

Auf der Suche nach geeigneten Experten wurden insgesamt 70 Politiker, sechs Verbände, zwei Körperschaften und vier Professoren kontaktiert. Bei der Expertensuche wurden nur solche Personen, Verbände und Körperschaften ausgesucht, welche eine entsprechende Qualifikation in Bezug auf internationale Angelegenheiten der Europäischen Union haben. Die Adressaten wurden hierbei sowohl telefonisch als auch per E-Mail kontaktiert. Die angefragten Experten reagierten jedoch sehr distanziert und ablehnend auf Interviewanfragen in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand. Dabei reagierten insbesondere die politisch aktiven Adressaten wenig informiert und verunsichert in Bezug auf den Handelsvertrag zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur. Die Professoren wiesen Interviewanfragen ähnlich wie die Politiker mit der Begründung ab, noch nicht genug über das Thema aussagen zu können und daher noch nicht bereit zu sein, für ein Interview zur Verfügung zu stehen. Die Körperschaften verweigerten hingegen ein Interview aus Zeitgründen und verwiesen auf Online-Dokumente/Informationen. Die angefragten Verbände beriefen sich hingegen darauf, dass, bevor der Vertragstext zum Handels-

¹⁷³ Vgl. SurveyMonkey: Der Unterschied zwischen quantitativer und qualitativer Forschung, o. J., URL: <https://www.surveymonkey.de/mp/quantitative-vs-qualitative-research/> [aufgerufen: 02.10.2019].

¹⁷⁴ Vgl. Brosius/Koschel/Haas 2009, S. 5.

¹⁷⁵ Vgl. Ebd., S. 130.

¹⁷⁶ Vgl. Ebd., S. 169.

¹⁷⁷ Vgl. Ebd., S. 32.

¹⁷⁸ Vgl. Ebd., S. 4.

¹⁷⁹ Vgl. Ebd., S. 80.

¹⁸⁰ Vgl. Ebd., S. 4–5.

¹⁸¹ Vgl. Ebd., S. 5.

abkommen nicht tatsächlich vorliege, auch keine Aussagen darüber gemacht werden könnten. Zu einem Interview erklärte sich schließlich lediglich ein Verband bereit, welcher aus Datenschutzgründen und wegen der hohen Sensibilität des Untersuchungsobjektes nicht namentlich im Rahmen dieser Arbeit genannt werden möchte. Darüber hinaus verweigerte der interviewte Adressat eine Aufzeichnung des Interviews. Bei dem interviewten Experten handelte es sich um einen Beobachter der argentinischen, paraguayischen und uruguayischen Wirtschaft, um EU-Unternehmen, konkret aus Österreich in Bezug auf Investitionen und Projekte in Argentinien, Paraguay oder Uruguay zu beraten. Der Interviewpartner erwies sich als sehr kommunikativ, informiert und gut vorbereitet. Das Interview dauerte insgesamt 34 Minuten und wurde telefonisch am 02. Oktober 2019 durchgeführt. Im Rahmen des Interviews wurde konkret darauf eingegangen, welche ökonomischen Konsequenzen der Handelsvertrag auf die europäische Agrarindustrie, Automobilindustrie, Chemie- und Pharmaindustrie sowie die Erdöl- und Stahlindustrie haben könnte. Hierbei wurde bezüglich der Agrarindustrie gefragt, inwiefern durch die aufgrund der Zollaufhebungen günstigeren südamerikanischen Produkte eine Bedrohung für europäische Agrarunternehmen besteht. In Bezug auf die Automobilindustrie wurde besonders auf die derzeitige schlechte wirtschaftliche Lage Argentiniens und den dort schrumpfenden Automobilsektor eingegangen. Bezüglich der ökonomischen Auswirkungen auf die Erdölindustrie wurde gefragt, ob die Europäische Union tatsächlich auf Erdöl aus politisch instabilen Ländern in Zukunft teilweise verzichten wird, um einen Erdölbezug insbesondere aus Brasilien zu fördern. Des Weiteren wurde darauf eingegangen, ob die Stahlindustrie in der Europäischen Union durch einen günstigen Import von Eisenerz aus dem Mercosur profitieren könnte. Außerdem wurden im Rahmen des Interviews auch die ökonomischen Konsequenzen für die europäische Chemie- und Pharmaindustrie beleuchtet. In Bezug auf die ökologischen Konsequenzen wurde explizit auf die derzeitige Regenwaldzerstörung in Brasilien sowie die extrem schnelle Ausweitung der Anbau- und Weideflächen in Argentinien und die damit zusammenhängende Bedrohung der dortigen Trockenwälder eingegangen. Darüber hinaus wurde ebenfalls angesprochen, wie sich der Gebrauch von Pestiziden durch den Handelsvertrag im Mercosur entwickeln wird und ob diesbezüglich tatsächlich eine gesundheitliche Gefahr für die europäische Bevölkerung besteht. In Bezug auf die politischen Konsequenzen des Handelsabkommens wurde erfragt, inwiefern angesichts der derzeitigen Widerstände bestimmter Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine Ratifizierung des Abkommens noch verwirklicht werden kann. Hier wurde besonders auf die Tatsache eingegangen, dass in Österreich beispielsweise bereits der ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union gegen eine Ratifizierung des Handelsvertrages mit den Mercosur-Staaten gestimmt hat. In Hinsicht auf die möglichen internationalen politischen Konsequenzen des Handelsvertrages wurde erörtert, ob sich der Handelsvertrag tatsächlich auf die protektionistische Haltung der Vereinigten Staaten Amerikas auswirken könnte.¹⁸²

3.5 ERGEBNISSE

Die empirische Analyse in Form eines Experteninterviews führte zu einer tiefgründigen Erkenntnis der ökonomischen, ökologischen und politischen Konsequenzen des Handelsvertrages zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur. In Bezug auf die Agrarwirtschaft hat der Interviewpartner zunächst keine tatsächliche Bedrohung der europäischen Agrarindustrie gesehen. Dies begründete er insbesondere damit, dass das im Handelsvertrag vereinbarte Zollkontingent zwischen der Europäischen Union und dem Merco-

¹⁸² Vgl. Anhang 1: Interviewleitfaden.

sur lediglich ein Prozent der gesamten agrarwirtschaftlichen Produktimporte der Europäischen Union ausmache. Darüber hinaus argumentierte der Interviewpartner, dass insbesondere das Fleisch aus Argentinien in der Europäischen Union vielmehr als Premiumprodukt und nicht als Billigprodukt verkauft werden würde. Er sehe daher, sofern sich das Zollkontingent nicht drastisch und extrem nach oben erhöhen sollte, keine Gefahr für europäische Agrarbetriebe und sehe die in der Europäischen Union anhaltenden Proteste daher teilweise als nicht plausibel an. In Bezug auf die ökonomischen Auswirkungen für die europäische Autoindustrie äußerte sich der Interviewpartner positiv. Der Interviewpartner befasste sich hierbei konkret mit Brasilien und Argentinien. Grundsätzlich sehe er durch den Handelsvertrag sehr gute Chancen für die europäische Autoindustrie, im Mercosur den Absatz zu erhöhen. Diesbezüglich sehe er ein Wachstum der Autoindustrie konkret in Brasilien und Uruguay. In Argentinien gäbe es aufgrund der derzeitigen Wirtschaftskrise und der wahrscheinlichen künftigen protektionistischen Regierung keine guten Chancen für europäische Automobilproduzenten, ihre Absätze in Argentinien zu erhöhen. Darüber hinaus sehe er auch für Paraguay kein wirkliches Wachstum des Automobilsektors, da das Land wirtschaftlich noch nicht entwickelt genug sei, um konkret von einem Automobilmarkt wie in Brasilien oder Argentinien zu sprechen. Grundsätzlich müssten europäische Unternehmen ihre Personenkraftwagen entsprechend der dortigen wirtschaftlichen Lage anpassen, demnach seien Personenkraftwagen, wie sie in Argentinien und Brasilien verkauft werden, zu teuer und qualitativ zu aufwendig, um so in Paraguay verkauft zu werden. Dies sei wiederum in Uruguay ganz anders, der Interviewpartner bezeichnete das Land als kleine Schweiz Südamerikas und ging daher stark davon aus, dass durch die Zollsenkungen der Automobilsektor zugunsten der europäischen Automobilproduzenten durchaus wachsen könnte. Für die Erdölindustrie sieht der Interviewpartner hingegen kein wirkliches Wachstum der Mercosur-Exporte in die Europäische Union. Der Experte meinte diesbezüglich, dass die Europäische Union wohl eher an der bisherigen langen und erfolgreichen Beziehung in Bezug auf die Erdölförderung zu Russland festhalten wird und es daher nicht riskieren wird, diese Beziehung aufgrund südamerikanischer Konkurrenz zu gefährden. Der interviewte Experte sieht hingegen für die europäische Stahlindustrie viele Vorteile aufgrund des Handelsvertrages. Zum einen könnte durch den Handelsvertrag der Eisenerzimport aus dem Mercosur deutlich günstiger werden, dies würde sich wiederum auf die europäische Stahlproduktion positiv auswirken. Zum anderen sei der Handelsvertrag diesbezüglich insbesondere deshalb wichtig, da Argentinien neben Chile in Südamerika über große Lithiumreserven verfügt. Das Lithium sei hierbei für die europäische Autoindustrie künftig von besonderer Bedeutung und folglich könnte diese durch den Handelsvertrag das Lithium günstig aus dem Mercosur importieren, dies würde ihr einen Vorteil gegenüber anderen Automobilproduzenten geben, welche das Lithium für die Batterieproduktion elektrotriebener Vehikel benötigen. Der Mercosur – in diesem Fall Argentinien – würde sich hingegen durch die vermehrte Förderung des Leichtmetalles Steuereinnahmen und mehr Arbeitsplätze versprechen. In Bezug auf die Chemie- und Pharmaindustrie erwähnte der Experte lediglich, dass der Handelsvertrag eine Erhöhung der europäischen Chemie- und Pharmaexporte in den Mercosur bewirken würde. Insbesondere der ohnehin starke Export an antibiotisch wirksamen Substanzen wie Penicillin aus der Europäischen Union in den Mercosur würde durch den Handelsvertrag profitieren. In ökologischer Hinsicht habe der Handelsvertrag zwar gemäß dem Experten sehr wohl eine negative Auswirkung auf die Wälder Südamerikas, jedoch haben sich beispielsweise in Argentinien aufgrund des 2007 erlassenen Waldschutzgesetzes die Rodungen deutlich reduziert. Der Anteil an Naturschutzgebieten habe sich seit 2007 verdreifacht. Demnach sollten die negativen Auswirkungen des Handelsvertrages auf die Umwelt im Mercosur primär mit Brasilien in Verbindung gebracht werden. Diesbe-

zöglich glaubt der Experte jedoch nicht, dass die Rodungen in Brasilien in diesem Ausmaß weiterhin anhalten werden, schließlich riskiere Brasilien so ein Scheitern des Handelsvertrages mit der Europäischen Union. Gemäß dem Experten haben somit die Proteste in der Europäischen Union gegen eine weitere Rodung des Regenwaldes durchaus Wirkung auf Brasilien entfaltet. Bezüglich des hohen Gebrauches an Pestiziden im Mercosur äußerte sich der Experte konkret nur zu Argentinien. Diesbezüglich sei die Agrarindustrie in Argentinien sehr anpassungsfähig und durchaus bereit und in der Lage, die für die Europäische Union bestimmten Produkte nach europäischen Standards zu produzieren. Darüber hinaus sei Argentinien der größte Exporteur an biologischen Lebensmitteln nach Kanada, was aufzeigt, dass Argentinien als seriöser Lebensmittelexporteur auch durchaus qualitative und pestizidarme Produkte exportieren kann. In politischer Hinsicht sei der Handelsvertrag gemäß dem Experten noch sehr wohl ratifizierungsfähig. Der Experte äußerte sich hier explizit in Vertretung des europäischen Mitgliedstaates Österreich. Demnach habe Österreich zwar gegen eine Ratifizierung des Handelsvertrages gestimmt, sei jedoch noch durchaus bereit, erneut Verhandlungen aufzunehmen, welche insbesondere einen stärkeren Schutz für die in Österreich sich stark bedroht fühlende Agrarindustrie beinhalten sollten. In internationaler Hinsicht sei der Handelsvertrag mit den Mercosur-Staaten vorerst noch nicht gewichtig genug, um die USA zu einer liberalen Freihandelspolitik zu bewegen. Eine solche Auswirkung sei erst durch eine über mehrere Jahre positive Umsetzung des Handelsabkommens möglich. Folglich sei hier noch abzuwarten, wie groß die Hürden zur Ratifizierung des Handelsvertrages sein werden, wie groß tatsächlich die diesbezüglichen Benefits in der Praxis aussehen werden und inwiefern diese Benefits zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur sich auf die Wirtschaft der USA auswirken werden.

4 SCHLUSSBETRACHTUNG

4.1 ZUSAMMENFASSUNG

Ausgehend von der eigentlichen Forschungsfrage könnte das Handelsabkommen sowohl für die Europäische Union als auch für den Mercosur von hohem ökonomischem und politischem Nutzen sein, aus ökologischer Sichtweise jedoch erhebliche Risiken und Konsequenzen nach sich ziehen. In ökonomischer Hinsicht könnte der Agrarsektor im Mercosur deutlich vom Handelsvertrag profitieren. Durch den Handelsvertrag ist es dem Mercosur möglich, agrarwirtschaftliche Produkte zu einem deutlich niedrigeren Preis anzubieten als europäische Produzenten. Zwar wurde im Handelsvertrag die Importmenge für Agrarerzeugnisse beschränkt, die Nachfrage nach südamerikanischen deutlich günstigeren Produkten könnte jedoch seitens der europäischen Bevölkerung zunehmen und künftig zu einer Erhöhung des Zollkontingentes führen. Der Mercosur könnte somit durch die erhöhte Nachfrage neue Arbeitsplätze schaffen und einen Wirtschaftsaufschwung bewirken. Sollte sich die Nachfrage nach südamerikanischen Produkten tatsächlich erhöhen, könnte dies jedoch eine starke Bedrohung für die europäische Agrarindustrie darstellen. Folglich wäre es europäischen Agrarunternehmen nicht möglich, mit den geringen Produktpreisen der Konkurrenz aus Südamerika mitzuhalten.

Ein lukrativer Vorteil ergibt sich durch den Handelsvertrag hingegen für die europäische Automobilindustrie. Die europäische Automobilindustrie könnte folglich aufgrund der Zollaufhebungen die durchschnittlichen Kaufpreise für Personenkraftwagen im Mercosur reduzieren. Der bisherige Export von Personenkraftwagen in den Mercosur aus der Europä-

ischen Union von 78 000 PKWs für das Jahr 2018 könnte somit in den Folgejahren deutlich zunehmen. Grund zu dieser Annahme gibt auch die hohe Popularität von europäischen Personenkraftwagen im Mercosur. Der Marktanteil europäischer Personenkraftwagen belief sich summiert für das Jahr 2018, in den zwei größten Mitgliedstaaten des Mercosur, in Brasilien auf 38,77 Prozent und in Argentinien auf 52,91 Prozent. Sowohl in Brasilien als auch in Argentinien beherrscht die europäische Automobilindustrie somit erhebliche Marktanteile. In Brasilien bedient sie demnach an zweiter Stelle dicht hinter General Motors den Großteil des Automobilmarktes. Im zweitwichtigsten Mitgliedstaat des Mercosurs Argentinien, sind der europäischen Automobilindustrie sogar marktführend über die Hälfte der Marktanteile zuzurechnen. Diese Marktanteile könnten sich folglich durch die Zollaufhebungen noch weiter steigern, so könnten starke Konkurrenten aus den USA oder auch aus Japan verdrängt werden. Der Mercosur könnte für die europäische Chemie- und Pharmaindustrie außerdem zu einem wichtigen Absatzmarkt werden. Die Europäische Union ist weltweit der größte Exporteur von Chemie- und Pharmaerzeugnissen, die Chemie- und Pharmaindustrie gehört daher in mehreren europäischen Staaten zu den wichtigsten Branchen. In Lateinamerika ist hingegen die Eigenproduktion an Chemie- und Pharmaprodukten sehr gering, die lateinamerikanischen Staaten sind daher sehr vom Import von Chemie- und Pharmaprodukten aus Drittstaaten abhängig. Als Mitgliedstaat des Mercosur gehört darüber hinaus Brasilien zu den größten Chemieverbrauchern der Welt, während die Sachanlageninvestitionen im Bereich Chemie und Pharmazeutika von 2010 bis 2018 um 4 Prozent gesunken sind. Betrachtet man somit die geringe Eigenproduktion Lateinamerikas, zu dem auch der Mercosur zählt, an Chemie- und Pharmaprodukten und die in diesem Bereich geringen Sachanlageninvestitionen im größten Mitgliedstaat des Mercosurs Brasilien, ist davon auszugehen, dass die Chemie- und Pharmaindustrie der Europäischen Union durch die Zollsenkungen ihren Absatz an Chemie- und Pharmaprodukten im Mercosur deutlich steigern kann. Die europäische Stahlindustrie könnte ebenfalls vom Handelsabkommen profitieren. Der Mitgliedstaat des Mercosur Brasilien ist einer der größten Eisenerzförderer der Welt, folglich könnte die Europäische Union ein wichtiger Absatzmarkt für die brasilianische Eisenerzindustrie werden. Denn die europäische Stahlindustrie ist momentan von hohen Mengen an Billigstahlimporten aus Ländern wie Russland, der Türkei, Ukraine und China bedroht. Folglich könnte die Europäische Union vom günstigen Eisenerzimport aus Brasilien profitieren, da dadurch die Materialkosten in der Stahlproduktion sinken könnten. Durch einen günstigen Eisenerzimport aus Brasilien und eine damit bedingte Reduktion der Produktionskosten für Stahl könnte folglich die EU gegenüber den o. g. Billigstahlimporteuren wieder konkurrenzfähiger werden und Marktanteile gewinnen. In Bezug auf die Erdölindustrie könnte Brasilien durch den Handelsvertrag einen wichtigen Abnehmer gefunden haben. In der Europäischen Union betrug die Energieabhängigkeitsquote 2016 für Rohöl und Mineralerzeugnisse 86,7 Prozent, für Gas und feste Brennstoffe betrug sie jeweils 70,4 Prozent und 40,2 Prozent. Die Energieabhängigkeitsquote gibt dabei den Anteil an Energie an, den eine Volkswirtschaft, in diesem Fall die gesamte Europäische Union, einführen muss, um ihren Energieverbrauch zu decken. Aufgrund der hohen Energieabhängigkeitsquote, insbesondere für Rohöl und Mineralerzeugnisse, ist die Europäische Union somit besonders von Drittstaatimporten abhängig. Bisher wiesen vier der fünf größten Rohöl- und Mineralöllieferanten der Europäischen Union (Russland, Saudi-Arabien, Irak und Kasachstan) eine eher unsichere politische Struktur auf. Lediglich Norwegen ist hierbei als eine politisch sichere und stabile Quelle zu bezeichnen. Wird die Tatsache betrachtet, dass von den fünf wichtigsten Importeuren von Rohöl und Mineralerzeugnissen lediglich einem eine politische Stabilität zugerechnet werden kann, wird die besondere Bedeutung des Handelsabkommens für die europäische Erdölindustrie deutlich. Die Europäische Union könn-

te folglich durch den Handelsvertrag einen wichtigen Partner bei der zukünftigen Sicherung der Erdölversorgung gefunden haben. Der Mercosur verfügt nämlich mit Brasilien über einen enormen Vorrat an Erdöl. Vor der Küste Brasiliens befindet sich nämlich eine Erdöllagerstätte mit ca. 14 Milliarden Barrel Erdöl. Hierbei ist jedoch zu beachten, ob die Europäische Union tatsächlich angesichts der bisherigen langjährigen und erfolgreichen Beziehung insbesondere zu Russland in Bezug auf die Erdölimporte tatsächlich umsteuern will. In ökonomischer Hinsicht könnte das Handelsabkommen somit für den Mercosur wirtschaftliche Vorteile in Bezug auf die Agrarwirtschaft sowie die brasilianische Erdöl- und Stahlindustrie bringen. Für die Europäische Union könnten hingegen in erster Linie Vorteile für die Automobilindustrie entstehen, darüber hinaus für die Chemie- und Pharmaindustrie sowie für die Stahlindustrie.

In ökologischer Sichtweise ist das Handelsabkommen jedoch mit hohen Risiken und negativen Konsequenzen verbunden. Der Mercosur erhofft sich durch das Handelsabkommen ein hohes Wachstum der Agrarindustrie. Als Folge wurden bereits jetzt allein in Brasilien 6404 Quadratkilometer Regenwald zerstört, um Anbau- und Weideflächen zu schaffen. Die Abholzung der Regenwälder hat dabei einen erheblichen Einfluss auf die globale Erderwärmung. Der Regenwald ist mit einer aktuellen Fläche von 5,5 Millionen Quadratkilometern ein bedeutender CO₂-Speicher und damit ein wesentlicher Faktor zur Bewältigung der aktuellen Klimakrise. Eine Zerstörung des Regenwaldes wird daher höchstwahrscheinlich erheblichen Einfluss auf die globale Erderwärmung haben. Das Handelsabkommen könnte somit zu einem erheblichen Faktor werden, welcher dazu beiträgt, dass sich die natürlichen Lebensbedingungen der Erde erheblich verschlechtern. Neben der Regenwaldzerstörung in Brasilien sind nämlich auch in anderen Mercosur-Staaten Wälder von der Zerstörung für Anbau- und Weideflächen bedroht. In Argentinien und Paraguay sind beispielsweise aufgrund der Ausweitung von Anbau- und Weideflächen die dortigen Trockenwälder bedroht. Des Weiteren betrifft die Ausweitung der Anbau- und Weideflächen auch die Lebensräume der dort lebenden Kleinbauern und indigenen Völker. Der Handelsvertrag könnte folglich die Ausweitung von Anbau- und Weideflächen weiter vorantreiben und so auch in Paraguay und Argentinien die Abholzung der dortigen Trockenwälder fördern und den indigenen Völkern sowie auch Kleinbauern ihren Lebensraum nehmen. Des Weiteren arbeitet die Agrarindustrie im Mercosur mit einer deutlich höheren Menge an Pestiziden als in der Europäischen Union, ein Großteil dieser Pestizide ist in der Europäischen Union verboten. Darüber hinaus ist in den Mercosur-Staaten die Schadstoffgrenze der Pestizide deutlich höher als in der Europäischen Union. Es ist somit eine strikte und kontinuierliche Kontrolle der Mercosur-Produkte durch die Europäische Union vorzunehmen. Nur so kann verhindert werden, dass Produkte mit einem hohen Gehalt an gesundheitsschädlichen Pestiziden in die Europäische Union gelangen. Darüber hinaus ist auf eine Einhaltung europäischer Standards durch die Agrarerzeuger im Mercosur nicht ohne Weiteres zu vertrauen. Der in dieser Arbeit bereits erläuterte Gammelfleischskandal in Brasilien bestätigt dies deutlich. Durch den Handelsvertrag besteht somit nicht nur gesundheitliche Gefahr für die europäische Bevölkerung, er könnte auch die Gesundheit der Menschen im Mercosur beeinflussen. Es ist nämlich davon auszugehen, dass der Einsatz von Pestiziden im Mercosur durch die mögliche durch den Mercosur erhoffte erhöhte Nachfrage an südamerikanischen Agrarprodukten durch die europäische Bevölkerung nicht weniger, sondern eher mehr werden wird. Die in dieser Arbeit erwähnten Studien der Universität von Mato Grosso und der wissenschaftlichen Einrichtung für Forschung Fiocruz zeigen deutlich auf, dass die schadstoffhaltigen südamerikanischen Pestizide durchaus erheblichen Einfluss auf die menschliche Gesundheit haben.

Neben der Agrarindustrie könnte auch die Erdölförderung an der Atlantikküste Brasiliens einen negativen Einfluss auf die Umwelt haben. Die Erdöllagerstätte befindet sich nämlich inmitten eines riesigen Korallenriffs. Die dortige Erdölförderung könnte eine Gefahr für die einzigartigen dort lebenden Korallenarten, Tiefseeschwämme, Fische, Garnelen, Langusten und Seesterne sein. Darüber hinaus könnten gemäß dem Forscher Fabiano Thompson Wirkstoffe gegen Krankheiten wie Krebs, Infektionskrankheiten und Virose aus dem Korallenriff gewonnen werden. Eine Erdölförderung würde somit einen Eingriff in den natürlichen Lebensraum eines bisher kaum erforschten Ökosystems bedeuten. Außerdem könnten durch die Verlegung von Ölpipelines die an der brasilianischen Küste liegenden Mangrovenwälder zerstört werden. Die Pipelines könnten durch ein Leck einen Erdölaustritt erzeugen, welcher die naheliegenden Mangrovenwälder erreichen könnte. Anhand eines Vergleiches mit dem westsibirischen Samotlor-Ölfeld wurde bereits aufgezeigt, dass ein dortiger regelmäßiger Erdölverlust von 3 bis 7 Prozent jährlich normal ist. Somit ist davon auszugehen, dass es auch an der Atlantikküste Brasiliens zu Erdölaustritten kommen wird. Sollten diese tatsächlich die Mangrovenwälder erreichen, würde der an der Ostküste Brasiliens lebenden Bevölkerung eine wichtige Ressource genommen werden. Die Küstenbevölkerung nutzt die Mangrovenwälder als Nahrungsressource und Rohstoffressource für den Bau von Häusern. Außerdem dienen die Mangrovenwälder der Vermeidung eines Abtrags des Bodens sowie dem Schutz vor Überschwemmungen.

Der Handelsvertrag bringt angesichts der derzeitigen Regenwald- und Trockenwaldzerstörung somit erhebliche ökologische Konsequenzen mit sich. Darüber hinaus könnten diese Konsequenzen durch eine Erdölförderung noch verstärkt werden.

Aus politischer Sichtweise bringt das Handelsabkommen neben politisch internen Konsequenzen für die Europäische Union sowie für den Mercosur auch mögliche internationale positive Konsequenzen mit sich. Hinsichtlich des Handelsabkommens gibt es innerhalb der Europäischen Union derzeit Unstimmigkeiten in Bezug auf eine tatsächliche Ratifizierung des Handelsabkommens. Angesichts der derzeitigen ökologischen Situation im Mercosur haben sich bereits diverse Mitgliedstaaten gegen eine Ratifizierung des Abkommens ausgesprochen. Der Mercosur würde seiner im Handelsvertrag hinterlegten Verpflichtung in Bezug auf verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln nicht nachkommen. Darüber hinaus kommt explizit Brasilien seiner im Handelsvertrag hinterlegten Vereinbarung, einer fortschreitenden Abholzung der nationalen Bewaldung entgegenzutreten, nicht nach. Die deutsche Bundesregierung möchte jedoch trotzdem aufgrund der wirtschaftlichen Vorteile weiterhin am Handelsabkommen festhalten und stellt sich somit gegen Mitgliedstaaten der Europäischen Union wie Frankreich, Polen, Irland und Belgien. Es könnten somit langanhaltende politische Spannungen zwischen einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union entstehen. Darüber hinaus könnte sich dies negativ auf den Zusammenhalt, das Vertrauen und die Authentizität der Europäischen Union gegenüber ihrer Bevölkerung auswirken.

Im Mercosur könnte der Handelsvertrag ebenfalls einen Einfluss auf die dortige politische Stabilität haben. Sollte der derzeitige wirtschaftsliberale Präsident Mauricio Macri die Präsidentschaftswahlen zugunsten des linksgerichteten Kandidaten Alberto Fernández verlieren, würde dies zu politischen Unstimmigkeiten innerhalb des Mercosur führen. Wird nämlich der derzeitige Hauptkonkurrent und Favorit Alberto Fernández die Präsidentschaftswahlen gewinnen, ist davon auszugehen, dass Argentinien wie bereits in der Vergangenheit eine protektionistische Haltung einnehmen wird. Sollte dieses Szenario eintreten, hat diesbezüglich der brasilianische Präsident Bolsonaro bereits angedeutet, den südamerikanischen Staatenbund Mercosur zu verlassen. Der derzeitige Präsident Mauricio Macri

hofft somit auf ein baldiges Inkrafttreten des Handelsvertrages, um aufgrund der Vorteile des Handelsvertrages das Vertrauen der Bevölkerung in die derzeitige Wirtschaftspolitik des Landes zurückzugewinnen. Nur so könnte Mauricio Macri folglich das Vertrauen der Wähler zurückgewinnen. Der Handelsvertrag könnte somit durch ein baldiges Inkrafttreten eine Wiederwahl des Präsidenten Mauricio Macris sichern sowie die politische Stabilität des Mercosur weiterhin aufrechterhalten. Bei einem Scheitern der Wiederwahl von Macri könnte der baldige Ausstieg des wichtigsten und größten Mitgliedstaates des Mercosur Brasilien drohen.

In internationaler Hinsicht könnte das Handelsabkommen hingegen einen Einfluss auf die derzeitige protektionistische Haltung der USA nehmen. Wie in dieser Arbeit bereits erläutert, schädigen diese durch ihr protektionistisches Handeln außenstehende Handelspartner wie unter anderem auch die Europäische Union. Durch den Handelsvertrag könnte somit ein klares Zeichen für die Vorteile des freien Handels und internationaler Kooperation in Bezug auf Wirtschaft und Politik gesetzt werden. Die Europäische Union könnte beispielsweise insbesondere durch die im Handelsvertrag vereinbarten Zollaufhebungen ihre Marktanteile im Automobilsektor im Mercosur erhöhen. Folglich würden dadurch US-amerikanische Unternehmen wie General Motors, Ford oder Chevrolet, welche ebenfalls große Marktanteile im Mercosur besitzen, verdrängt werden. Sollte dieses Szenario eintreten, würden sich die protektionistischen Maßnahmen spiegelbildlich auf die US-amerikanische Wirtschaft auswirken. Denn eine protektionistische Handelspolitik führt ebenfalls zu einer Isolation des ausübenden Staates, wodurch Handelspartner stärkere Beziehungen, beispielsweise in Form eines Handelsabkommens zu anderen Staaten, aufbauen könnten. Infolgedessen könnten die USA von der aktuellen protektionistischen Politik abrücken. Dadurch könnte die Europäische Union die protektionistischen Maßnahmen entschärfen. Außerdem könnte der positive Einfluss auf den Mercosur ebenfalls einen Einfluss auf die protektionistische Denkweise der Vereinigten Staaten von Amerika haben. Demnach könnte das durch den Handelsvertrag bedingte Wirtschaftswachstum im Mercosur und die Wirtschaftsstärkung in der Europäischen Union ebenfalls zu einer weniger protektionistischen Denkweise beitragen. Sollten außerdem US-amerikanische Unternehmen aufgrund des Handelsvertrages aus dem Mercosur verdrängt werden und sollte dadurch die US-amerikanische Wirtschaft geschwächt werden, könnte dies Auswirkungen auf die US-Bevölkerung haben. Dies wiederum könnte die Präsidentschaftswahlen zu Lasten des derzeitigen Präsidenten Donald Trump negativ beeinflussen.

Das Handelsabkommen könnte somit einen äußerst positiven Einfluss sowohl auf die europäische als auch auf die südamerikanische Industrie haben. In politischer Sichtweise könnte das Handelsabkommen als internationales Zeichen für die positiven Auswirkungen von freiem Handel und internationaler Kooperation dienen. Darüber hinaus könnte das Handelsabkommen gegenüber protektionistisch orientierten Nationen als Druckmittel dienen, sich vom Protektionismus hin zu einer Freihandelspolitik zu bewegen.

Lediglich aus ökologischer Sichtweise ist das Handelsabkommen eher kritisch zu betrachten. Trotz der im Handelsabkommen niedergelegten Vereinbarungen zum Schutz der Umwelt, des Klimas und der indigenen Bevölkerung scheint sich insbesondere Brasilien nicht an diese Vereinbarungen zu halten und riskiert somit eine Nichtratifizierung des Handelsabkommens seitens der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Es ist angesichts der Verantwortungslosigkeit der Mercosur-Staaten in Bezug auf Umwelt, Klima und Menschenrechte weiterhin auch nicht davon auszugehen, dass sich die Umstände im Mercosur diesbezüglich ändern werden. Sollte das Handelsabkommen ratifiziert werden, ohne weitere tatsächliche Sanktionsmöglichkeiten gegen ein solches Verhalten vorzuse-

hen, scheinen hier die ökonomischen positiven Konsequenzen sowohl auf Seiten der Europäischen Union als auch auf Seiten des Mercosur über die ökologischen Konsequenzen zu obsiegen. Folglich widerspräche dies der derzeitigen Umweltpolitik der Europäischen Union, ein umweltfreundlicheres und nachhaltigeres Europa zu schaffen. Die europäische Umweltpolitik bezieht sich nämlich auf den Übergang zu einer ressourceneffizienten, umweltschonenden und wettbewerbsfähigen kohlenstoffdioxidarmen Wirtschaft sowie den Schutz der europäischen Bevölkerung vor umweltbedingten Belastungen, Gesundheitsrisiken und Beeinträchtigungen ihrer Lebensqualität.¹⁸³ In einer Betrachtung der ökologischen Konsequenzen des Handelsvertrages und der Umweltpolitik der Europäischen Union ist somit ein deutlicher Widerspruch zu erkennen, sollte es tatsächlich ohne das Ergreifen entsprechender Maßnahmen, Regelungen oder Sanktionsmöglichkeiten gegen Verstöße, insbesondere gegen die Vereinbarungen in Bezug auf Umwelt, Klima und Menschenrechte, zu einer Ratifizierung des Handelsvertrages kommen.

4.2 WEITERER UNTERSUCHUNGSBEDARF

Es ist grundsätzlich noch nicht völlig überschaubar, welche Konsequenzen das Handelsabkommen tatsächlich auf die Ökonomie der Europäischen Union und des Mercosur haben wird. Grundsätzlich erwartet der Mercosur durch das Handelsabkommen ein baldiges Wachstum des für den Staatenbund wichtigen Landwirtschaftssektors. Der Mercosur erhofft sich folglich durch eine erhöhte Nachfrage aus der Europäischen Union nach Agrarprodukten die Schaffung von Arbeitsplätzen und eine weitere Stärkung der Wirtschaft. Inwiefern sich jedoch die Nachfrage an Agrarprodukten aus dem Mercosur in der Europäischen Union, insbesondere unter Berücksichtigung des derzeit noch geringen Zollkontingentes, der nächsten fünf Jahre tatsächlich erhöhen wird, bleibt hierbei jedoch noch offen. Diesbezüglich ist abzuwarten, inwiefern die Bevölkerung der Europäischen Union bereit sein wird, Agrarprodukte mit südamerikanischem Ursprung tatsächlich zu kaufen. Des Weiteren ist noch unklar, inwiefern europäische Produktstandards durch den Mercosur eingehalten werden können. Hier bleibt folglich weiterhin zu untersuchen, ob die Europäische Union konkretere und tatsächlich umsetzbare Maßnahmen ergreifen wird, um einen sicheren und qualitativ gesundheitlich hochwertigen Agrarproduktimport zu gewährleisten. Demnach ist hier eine mögliche Änderung oder Ergänzung des Handelsvertrags zur praktischen Umsetzung eines derartigen Importes künftig zu beobachten. Ein weiterer Untersuchungsbedarf besteht hierbei auch in Bezug auf die Erdölindustrie. Diesbezüglich ist nämlich noch nicht sicher, ob die Europäische Union fortan Erdölimporte aus dem Mercosur bevorzugen wird. Dadurch könnten die bisher erfolgreichen und lukrativen Beziehungen zum russischen Staat, welcher zum größten und wichtigsten aktuellen Importeur von Rohöl und Mineralölen der Europäischen Union gehört, gefährdet werden. Darüber hinaus ist auch unsicher, ob es angesichts der sensiblen ökologischen Lage der immensen Erdölvorräte vor der Küste Brasiliens tatsächlich zu einer dortigen Erdölförderung kommen wird. Es ist folglich generell noch nicht sicher, ob das Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur überhaupt in Kraft treten wird. Diesbezüglich bleibt weiterhin zu untersuchen, wie sich die ökologische Situation im Mercosur entwickeln wird und ob tatsächlich der Handelsvertrag dahingehend geändert bzw. ergänzt wird, dass noch eine entsprechende Sanktionsklausel bei Verstößen gegen handelsvertragliche Vereinbarungen, insbesondere gegen Vereinbarungen zum Umwelt- und Klima-

¹⁸³ Vgl. Europäische Union: Umwelt: Für ein umweltfreundlicheres und nachhaltigeres Europa, URL: https://europa.eu/european-union/topics/environment_de [aufgerufen: 30.09.2019].

schutz, zur Geltung kommen wird. Sollte sich die momentane kritische ökologische Situation im Mercosur nämlich nicht bessern, ist diesbezüglich weiterhin zu beobachten, ob es trotzdem zu einer Ratifizierung des Handelsvertrages kommen wird. Folglich müssten die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, welche trotz der ökologischen Situation im Mercosur und der in dieser Arbeit erläuterten anzunehmenden Konsequenzen in Bezug auf Umwelt, Klima und Menschenrechte weiterhin eine Ratifizierung des Handelsvertrages anstreben, die Mitgliedstaaten, welche sich aktuell genau aus diesem Grund gegen eine Ratifizierung aussprechen, überzeugen. Noch ist nicht abzusehen, welche Argumente gewichtiger sein werden.

Diese Arbeit kann somit aufgrund der offenstehenden Entwicklung als eine Art präventive Analyse der individuellen und möglichen Konsequenzen des Handelsvertrages dienen. Indessen zeigt die Arbeit auch die Notwendigkeit einer weiteren begleitenden Analyse auf, abhängig davon, wie sich die möglichen analysierten Szenarien entwickeln werden. Interessant ist die geringe Resonanz auf die Anfragen an mögliche Interviewpartner in Bezug auf den empirischen Teil der vorliegenden Untersuchung. Das zeigt einerseits eine hohe Sensibilität, andererseits aber auch eine womöglich noch verbreitete Unkenntnis möglicher Entwicklungen. Insofern kann diese Arbeit als eine Art Vorstudie für das weitere Analysieren der möglichen oder dann tatsächlichen ökonomischen, ökologischen, politischen, aber auch gesellschaftlichen Konsequenzen gesehen werden. Es ist somit abzuwarten, wie sich die ökologische Situation im Mercosur, die momentanen politischen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Europäischen Union in Bezug auf eine mögliche Ratifizierung des Handelsvertrages und die möglichen staatenbundbezogenen ökonomischen sowie politischen internationalen Konsequenzen einer solchen Ratifizierung entwickeln werden.

Vor allem bleibt abzuwarten, wie sich die aktuellen politischen Unruhen in fast allen Staaten Südamerikas weiterentwickeln werden.

5 LITERATURVERZEICHNIS

Bodemer, Klaus/Gratius, Susanne: Lateinamerika im internationalen System. Zwischen Regionalismus und Globalisierung, Opladen: Leske + Budrich Verlag 2003.

Brosius, Hans-Bernd/Koschel Friederike/Haas, Alexander: Methoden der empirischen Kommunikationsforschung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009.

Edler, Christoph: Die Integration der südamerikanischen Staaten durch den Mercosur, in: Europäisches und Internationales Recht, hrsg. Nolte, Georg/Streinzi, Rudolf, Band 81, München: Herbert Utz Verlag 2013.

Fuders, Felix: Die Wirtschaftsverfassung des MERCOSUR. Eine rechtsvergleichende Darstellung unter besonderer Berücksichtigung des Rechts der Europäischen Union, in: Rechtsfragen der Globalisierung, hrsg. Schachtschneider, Albrecht, Band 15, Berlin: Duncker & Humblot Verlag 2008.

Geiger, Rudolf: Recht der internationalen Beziehungen. Ein Führer durch internationale Abkommen und Organisationen, München: Deutscher Taschenbuch-Verlag 1982.

Hobe, Stephan: Europarecht, München: Franz Vahlen Verlag 2017.

Pohl, Hans-Joachim: Kritik der Drei-Sektoren-Theorie, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, hrsg. Allmendinger, Jutta/Buttler, Friedrich/Frank, Wolfgang u. a., 3. Jg. 1970, Nürnberg: Tümmels Buchdruckerei und Verlag

Sell, Axel: Einführung in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, München, Wien: R. Oldenbourg 2003.

Wehr, Andreas: Die Europäische Union, Köln: PapyRossa Verlag 2018.

Zeller, Andreas: Regionale Integration. Die EU und der Mercosur im Vergleich, Hamburg: Diplomica Verlag 2013.

Zerres, Thomas/Zerres Michael: Europäisches Wirtschaftsrecht. Eine Darstellung des Rechts der Europäischen Union unter besonderer Berücksichtigung der Grundfreiheiten als Rahmenbedingung eines marktorientierten Managements deutscher Unternehmen in: Hamburger Schriften zur Marketingforschung, hrsg. von Christopher Zerres, Band 96, München, Mering: Rainer Hampp Verlag 2015.

Onlinequellen:

Agra Europe: Mercosur-Abkommen sorgt für Unstimmigkeiten zwischen EU-Regierungen, hrsg. topagraronline, 24.06.2019, URL: <https://www.topagraronline.com/management-und-politik/news/mercosur-abkommen-sorgt-fuer-unstimmigkeiten-zwischen-eu-regierungen-11577631.html> [aufgerufen: 26.09.2019]

Alber, Fabian: EU-Mercosur-Abkommen: Chancen für den Mittelstand, hrsg. Fincompare, 2. August 2019, URL: <https://fincompare.de/eu-mercosur-abkommen> [aufgerufen: 07.09.2019]

Alzira, Rodrigues: A dança das marcas em 2018, 14.12.2018, hrsg. AutoIndustria, 14.12.2018, URL: <https://www.autoindustria.com.br/2018/12/14/a-danca-das-marcas-em-2018/> [aufgerufen: 13.09.2019]

Andujo, Marta: Nach der Euphorie kommt Kritik am EU-Mercosur-Freihandelsabkommen. Gewerkschaften im Mercosur warnen vor „katastrophalen Auswirkungen“, in: amerika 21, 01.07.2019, URL: <https://amerika21.de/2019/08/228324/kritik-eu-mercotur-freihandels-abkommen> [aufgerufen: 19.08.2019]

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e. V.: Breite Ablehnung des Mercosur-Abkommens durch die Landwirtschaft, 04.07.2019, URL: https://www.abl-ev.de/apendix/news/details/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=2545&cHash=2a4e57e97f1ee2c616d3350a87d0570d [aufgerufen: 09.09.2019]

Arndt, Miguel: Regierung von Argentinien will Freihandel ausweiten, in: amerika 21, 10.07.2019, URL: <https://amerika21.de/2019/07/228605/regierung-von-argentinien-freihandel> [aufgerufen: 26.09.2019]

Auswärtiges Amt: Artikel: Argentinien Wirtschaft, 07.03.2019, URL: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/argentinien-node/-/201328?openAccordionId=item-201110-0-panel> [aufgerufen: 09.09.2019]

Auswärtiges Amt: Artikel: Brasilien Wirtschaft, 14.05.2019, URL: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/brasilien-node/-/201094?openAccordionId=item-201100-0-panel> [aufgerufen: 08.09.2019]

Autoblog: Así fueron las ventas totales en 2017, 03.01.2018, URL: <https://autoblog.com.ar/2018/01/03/asi-fueron-las-ventas-totales-en-2017/> [aufgerufen: 13.09.2019]

Autoblog: Así fueron las ventas totales en 2018, 02.01.2019, URL: <https://autoblog.com.ar/2019/01/02/asi-fueron-las-ventas-totales-en-2018/> [aufgerufen: 13.09.2019]

Automobilwoche: Nach Freihandelsabkommen zwischen EU und Mercosur: Autoindustrie wittert große Absatzchancen, 28. Juni 2019, URL: <https://www.automobilwoche.de/article/20190629/AGENTURMELDUNGEN/306299985/nach-freihandelsabkommen-zwischen-eu-und-mercotur-autoindustrie-wittert-grosse-absatzchancen> [aufgerufen: 10.09.2019]

Baus, Ralf Thomas: „Fusionsvertrag“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung: Geschichte der CDU, o. J., URL: <https://www.kas.de/web/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/fusionsvertrag-> [aufgerufen: 25.08.2019]

Becker, Markus/Hecking, Claus/Müller, Peter: Merkel brüskiert Macron mit Brief zu Handelsvertrag, in: Spiegel Online, 25.06.2019, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/merkel-und-kollegen-fordern-abschluss-von-mercotur-abkommen-a-1274254.html> [aufgerufen: 26.09.2019]

Blazekovic, Jessica von: In die EU wird mehr Stahl importiert – aber nicht aus China, in: Frankfurter Allgemeine, 22.10.2018, URL: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/in-die-eu-wird-mehr-stahl-importiert-aber-nicht-aus-china-15850848-p2.html> [aufgerufen: 15.10.2019]

Blickle, Paul/Mast, Maria/Schadwinkel, Alina: Weltweit verschlingen Flammen die Wälder, in: Zeit online, 27.08.2019, URL: <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2019-08/waldbraendetrockenheit-amazonas-klimawandel-abholzung-brasilien-indonesien#brennt-es-mehr-als-sonst> [aufgerufen: 26.09.2019]

Böcking, David: TTIP als Gegengift im Handelsstreit, Spiegel Online, 24.03.2018, URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ttip-das-freihandelsabkommen-wird-wieder-zum-thema-a-1199648.html> [aufgerufen: 27.09.2019]

Brandl, Clara/Berger Axel: Was bedeutet Trumps America-first-Handelspolitik für den globalen Süden?, hrsg. bpb, 8.11.2018, URL: <https://www.bpb.de/politik/wirtschaft/freihandel/276281/america-first-handelspolitik-und-der-globale-sueden> [aufgerufen: 27.02.2019]

Bundesinformationszentrum Landwirtschaft: Nitrat im Grundwasser – Was hat die Landwirtschaft damit zu tun?, URL: <https://www.landwirtschaft.de/diskussion-und-dialog/umwelt/nitrat-im-grundwasser-was-hat-die-landwirtschaft-damit-zu-tun/> [aufgerufen: 07.10.2019]

Bundeszentrale für politische Bildung: Energieimport der Europäischen Union (EU-28), 09.07.2019, URL: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/135830/themengrafik-energieimport-der-eu-28> [aufgerufen: 19.09.2019]

Busch, Alexander: Zurück im Krisenmodus – die Stimmung in Argentinien ist drastisch gekippt, in: Handelsblatt, 03.10.2019, URL: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/serie-global-risk-argentinien-zurueck-im-krisenmodus-die-stimmung-in-argentinien-ist-drastisch-gekippt/23126942.html?ticket=ST-45797812-kWZbEvwkkZAqPxIHfFYd-ap2> [aufgerufen: 13.09.2019]

Central Intelligence Agency: The World Factbook: GDP – COMPOSITION, BY SECTOR OF ORIGIN, o. J., URL: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/fields/214.html> [aufgerufen: 07.09.2019]

Consorsbank: Brasilien: Vom Wirtschaftswunder zum Krisenland, 22.11.2016, URL: <https://wissen.consorsbank.de/t5/Blog/Brasilien-Vom-Wirtschaftswunder-zum-Krisenland/bap/43614> [aufgerufen: 13.09.2019]

Das Parlament: Euratom-Vertrag, o. J., URL: <http://www.europarl.europa.eu/about-parliament/de/in-the-past/the-parliament-and-the-treaties/euratom-treaty> [aufgerufen: 24.08.2019]

Dessewffy, Éva: EU-Mercosur-Handelsabkommen entspricht nicht dem 21. Jahrhundert, 13. August 2019, URL: <https://awblog.at/eu-mercotur-handelsabkommen/> [aufgerufen: 09.10.2019]

Destatis, Statistisches Bundesamt: Europa in Zahlen, o. J., URL: https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Aussenhandel/_inhalt.html [aufgerufen: 14.09.2019]

Destatis, Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Finanzen, 26.04.2019, URL: <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Basistabelle/Wirtschaft-Finanzen.html> [aufgerufen: 09.09.2019]

Dürr, Christian: Argentinien: Vorsprung für Präsidentschaftskandidat Alberto Fernández wird größer, in: amerika 21, 25.09.2019, URL: <https://amerika21.de/2019/09/231956/argentinien-vorsprung-alberto-fernandez> [aufgerufen: 26.09.2019]

EBNER STOLZ: Ticker: US-Zölle auf Importe aus der EU, 20.02.2019, URL: <https://www.ebnerstolz.de/de/ticker-us-importzoelle-164036.html> [aufgerufen: 27.09.2019]

EU-Info. Deutschland: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, o. J., URL: <http://www.eu-info.de/europa/eu-eg-ewg/EGKS/> [aufgerufen: 07.08.2019]

EURACTIV mit AFP: Klöckner rechnet für 2022 mit Glyphosat-Verbot in der EU, 15.07.2019, URL: <https://www.euractiv.de/section/landwirtschaft-und-ernahrung/news/kloekner-rechnet-fuer-2022-mit-glyphosat-verbot-in-der-eu/> [aufgerufen: 21.09.2019]

Europäische Kommission: Die Handelspolitik der EU, 24.09.2019, URL: https://ec.europa.eu/germany/handelspolitik_der_eu_de [aufgerufen: 24.08.2019]

Europäische Kommission, Pressemitteilung: EU und Mercosur-Staaten einigen sich auf umfassendes Freihandelsabkommen, 01.07.2019, URL: https://ec.europa.eu/germany/news/20190701-eu-und-mercotur-staaten-umfassendes-freihandelsabkommen_de [aufgerufen: 18.08.2019]

Europäische Kommission: EU-MERCOSUR: MÖGLICHKEITEN SCHAFFEN, DIE INTERESSEN DER EUROPÄISCHEN LANDWIRTE WAHREN, 07.2019, URL: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/july/tradoc_158141.pdf [aufgerufen: 09.09.2019]

Europäische Kommission: HANDELSABKOMMEN EU-MERCOSUR. HANDEL UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG, 06.2019, URL: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/july/tradoc_158000.pdf [aufgerufen: 10.08.2019]

Europäische Kommission: Regionalpolitik und Gebiete in äußerster Randlage, o. J., URL: https://ec.europa.eu/regional_policy/de/policy/themes/outermost-regions/ [aufgerufen 07.08.2019]

Europäische Union: Umwelt: Für ein umweltfreundlicheres und nachhaltigeres Europa, URL: https://europa.eu/european-union/topics/environment_de [aufgerufen: 30.09.2019]

Europäisches Integrationszentrum e. V.: Europäische Union, o. J., URL: <https://www.eiz-rostock.de/informationen-zur-europaeischen-union/> [aufgerufen: 07.08.2019]

Europäisches Parlament: Treibhausgasemissionen nach Ländern und Sektoren (Infografik), 07.03.2018, URL: <https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20180301STO98928/treibhausgasemissionen-nach-landern-und-sektoren-infografik> [aufgerufen: 20.09.19]

Filterzentrale: Nitrat und Nitrit – Wo liegt der Unterschied, 10. März 2016, URL: <https://www.filterzentrale.com/wasserwelten/nitrat-und-nitrit-wo-liegt-der-unterschied/> [aufgerufen: 07.10.2019]

Fischer, Michael: Zehn Jahre Bank des Südens, in: amerika 21, 27.02.2017, URL: <https://amerika21.de/2017/02/170921/zehn-jahre-bank-suedens> [aufgerufen: 10.08.2019]

Fischermann, Thomas: Was ist da in Brasilien los?, in: Zeit online 11. Mai 2016, URL: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-05/dilma-rousseff-brasilien-tumulte> [aufgerufen: 05.10.2019]

Frankena, Greetje/Bodnar, Dana: EU moving forward with free trade deal, hrsg. Atradius, 09.07.2019, URL: <https://atradius.nl/rapport/eu-moving-forward-with-free-trade-deals.html> [aufgerufen: 27.07.2019]

Frankfurter Allgemeine: Finanzmärkte gehen von Staatspleite aus, 13.08.2019, URL: <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/finanzmarkt/argentinien-finanzmaerkte-gehen-von-staatsbankrott-aus-16330924.html> [aufgerufen: 09.09.2019]

Fritz, Thomas: Das EU-Mercosur Abkommen auf dem Prüfstand. Soziale, ökologische und menschenrechtliche Folgen, hrsg. Misereor, Dezember 2017, URL: https://www.misereor.de/fileadmin/user_upload/Studie_MERCOSUR_Misereor.pdf [aufgerufen: 29. Juli 2019]

Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission: EU-Verträge, 23.05.2019, URL: https://europa.eu/european-union/law/treaties_de [aufgerufen: 07.08.2019]

Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission: Institutionen und Einrichtungen der EU, 22.05.2018, URL: https://europa.eu/european-union/about-eu/institutions-bodies_de#die-eu-institutionen-und--einrichtungen-in-kuerze [aufgerufen: 07.08.2019]

Gerginov, David: Diese 10 Länder haben beim Eisenerzabbau die Nase vorn, hrsg. GeVestor, URL: <https://www.gevestor.de/details/diese-10-laender-haben-beim-eisenerzab-bau-die-nase-vorne-771557.html> [aufgerufen: 15.09.2019]

Vgl. Gerginov, David: Leitzinserhöhung: Die Auswirkungen für die Bürger, hrsg. GeVestor, URL: <https://www.gevestor.de/details/was-bedeutet-eine-leitzinserhoehung-567110.html> [aufgerufen: 13.09.2019]

Greenpeace: Erdöl - Gefahr für Umwelt, Klima, Mensch. Die schmutzige Spur des schwarzen Goldes, URL: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/erd-oel-gefahr_fuer_die_umwelt_0.pdf [aufgerufen: 21.09.2019]

Greenpeace: Was ist der Treibhauseffekt?, URL: <https://www.greenpeace.de/themen/klimawandel/was-ist-der-treibhauseffekt> [aufgerufen: 20.09.2019]

Handelsblatt: Paris widersetzt sich Mercosur-Freihandelsabkommen – Johnson kontert Frankreich, 23.08.2019, URL: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/amazonas-regenwald-paris-widersetzt-sich-mercotur-freihandelsabkommen-johnson-kontert-frankreich/24934740.html> [aufgerufen: 26.09.2019]

Hecking, Claus: Die Milliardenengeschäfte mit Brasilien Ressourcen, 23.09.2019, URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/brasilien-rindfleisch-soja-holz-milliardengeschaeft-in-amazonien-a-1283434.html> [aufgerufen: 20.09.2019]

Hermann, Adam: Freihandel, Protektionismus, Globalisierung, hrsg. OXI, 25.03.2017, URL: <https://oxiblog.de/freihandel-protektionismus-globalisierung/> [aufgerufen: 19.08.2019]

Herrberg, Anne: Glyphosat in Argentinien. Der gefährliche Kampf gegen Monsanto, hrsg.: Tagesschau, 22.05.2019, URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/argentinien-monsanto-bayer-101.html> [aufgerufen: 21.09.2019]

Industrie Magazin: Stahlimporte nach Europa steigen massiv: „Wir haben eine Stahlschwemme“, 13.06.2019, URL: <https://industriemagazin.at/a/stahlimporte-nach-europa-steigen-massiv-wir-haben-eine-stahlschwemme> [aufgerufen: 15.10.2019]

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH: Fakten zum Freihandel. Offene Märkte bringen Wohlstand in Deutschland und der Welt, 4.07.2017, URL: <https://www.inism.de/inism/kampagne/gerecht-durch-marktwirtschaft/argueliner-9-fakten-zum-freihandel.html> [aufgerufen: 27.07.2019]

Interregionales Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit zwischen der EG und dem Mercosur, 04.05.2007, URL: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=LEGISSUM:r14013&from=DE> [aufgerufen: 07.08.2019]

Jacob, Olaf/Czekalla, Maximilian: Eine Zwischenbilanz der Regierung Macri, hrsg. Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsbüro Argentinien, 11. April 2016, URL: <https://www.kas.de/web/argentinien/laenderberichte/detail/-/content/eine-zwischenbilanz-der-regierung-macri1> [aufgerufen: 05.10.2019]

Kafsack, Hendrik: Die Vorteile von TTIP, in: Frankfurter Allgemeine, 15.07.2015, URL: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ttip-und-freihandel/die-vorteile-vom-freihandelsabkommen-ttip-13699199.html> [aufgerufen: 27.09.2019]

Kooperation Brasilien: Bayer, Monsanto und Pestizide in Brasilien, 03.05.2017, URL: <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/bayer-monsanto-und-pestizide-in-brasilien-1> [aufgerufen: 21.09.2019]

LaenderDaten: Korruptionswahrnehmungsindex (CPI), 29. Februar 2019, URL: <https://www.laenderdaten.de/indizes/cpi.aspx> [aufgerufen: 19.08.2019]

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Vertrag von Lissabon, November 2018, URL: https://www.lpb-bw.de/vertrag_von_lissabon.html [aufgerufen: 07.08.2019]

Lederer, Bernd: Quantitative Methoden, o. J., URL: https://www.uibk.ac.at/iezw/mitarbeiterinnen/senior-lecturer/bernd_lederer/downloads/quantitativdatenerhebungsmethoden.pdf [aufgerufen: 02.10.2019]

LSE Consulting: Sustainability Impact Assessment in support of association agreement negotiations between the European Union and Mercosur, 24.01.2018, URL: http://www.eumercosursia.com/uploads/4/0/7/2/40728425/sia_mercosur_finalinceptionreport.pdf [aufgerufen: 10.09.2019]

Lupion, Bruno: EU-Mercosur: Ringen um den Regenwald, in: Deutsche Welle, 06.09.2019, URL: <https://www.dw.com/de/eu-mercotur-ringen-um-den-regenwald/a-50303352> [aufgerufen: 26.09.2019]

Mercosur: Mercosur in Brief. What is Mercosur? o. J., URL: <https://www.mercosur.int/en/about-mercotur/mercotur-in-brief/> [aufgerufen: 09.08.2019]

Mercosur: Organigrama, 31.07.2019, URL: <https://www.mercosur.int/quienes-somos/organigrama-mercotur/#consejo-mercado-comun> [aufgerufen: 26.08.2019]

Mercosur: Solución de Controversias, o. J., URL: <https://www.mercosur.int/quienes-somos/solucion-controversias/> [aufgerufen: 24.08.2019]

Mercosur. Tribunal Permanente de Revisión: Estructura del TPR, o. J., URL: <http://www.tprmercotur.org/es/estructura.htm> [aufgerufen: 06.09.2019]

Mihatsch, Christian: Handelsabkommen EU-Mercosur, 01.07.2019, URL: <https://www.sonnenseite.com/de/politik/handelsabkommen-eumercotur.html> [aufgerufen: 26.07.2019]

Munk, Stephanie/Böhmer Kathrin/Naumann, Florian: Vereidigung in Washington – Trump ist jetzt Präsident der USA, in: Merkur, 22.01.2017, URL: <https://www.merkur.de/politik/donald-trump-ist-heute-als-praesident-usa-vereidigt-worden-alle-news-im-live-ticker-zr-7309392.html> [aufgerufen: 27.09.2019]

Naundorf, Karen: Land in der Wirtschaftskrise: Arg, Ärger, Argentinien, in: Spiegel Online, 11.09.2019, URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/argentinien-so-leiden-die-menschen-unter-der-wirtschaftskrise-a-1285929.html>

Neuhaus, Carla: Was passiert, wenn Trump die US-Wirtschaft abschottet, in: Tagesspiegel, 18.11.2016, URL: <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/made-in-usa-was-passiert-wenn-trump-die-us-wirtschaft-abschottet/14834542.html> [aufgerufen: 27.09.2019]

Observatory of Economic Complexity: Uruguay, o. J., URL: <https://oec.world/de/profile/country/ury/> [aufgerufen: 09.09.2019]

Observatory of Economic Complexity: Paraguay, o. J., URL: <https://oec.world/de/profile/country/pry/> [aufgerufen: 09.09.2019]

Pausch, Lisa: Brasilien droht bei Sieg der Linken in Argentinien mit Ausstieg aus Mercosur, in: amerika 21, 19.08.2019, URL: <https://amerika21.de/2019/08/230173/brasilien-argentinien-ausstieg-mercotur> [aufgerufen: 26.09.2019]

Piepenschneider, Melanie: Vertragsgrundlagen und Entscheidungsverfahren, hrsg. bpb, 30.03.2015, URL: <http://www.bpb.de/izpb/203862/vertragsgrundlagen-und-entscheidungsverfahren?p=all> [aufgerufen: 07.08.2019]

Pontes, Nádia: Brasilien: Erdöl aus dem Korallenriff, hrsg. Deutsche Welle, 18.04.2018, URL: <https://www.dw.com/de/brasilien-erdol-aus-dem-korallenriff/a-43438354> [aufgerufen: 20.09.2019]

Pro-Regenwald: Mangrovenwälder, 30.04.2010, URL: https://www.pro-regenwald.de/hg_wald/mangroven [aufgerufen: 21.09.2019]

Rosenkranz, Phoebe: Wie funktioniert ein Baum?, in: Planet Wissen, 12.06.2019, URL: <https://www.planet-wissen.de/natur/pflanzen/baeume/pwiewiefunktionierteinbaum100.html> [aufgerufen: 20.09.2019]

Schwarzbauer, Annette, Hügel, Johannes: Freihandelsabkommen EU-MERCOSUR – „Südbrücke“ im Atlantik, hrsg. Konrad-Adenauer-Stiftung, 10. Juli 2019, URL: <https://www.kas.de/laenderberichte/detail/-/content/freihandelsabkommen-eu-mercotur-suedbruecke-im-atlantik> [aufgerufen 10.08.2019]

Siebenhaar, Hans-Peter: Österreich will EU-Abkommen mit Mercosur-Staaten blockieren, in: Handelsblatt, 19.19.2019, URL: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/freihandelszone-oesterreich-will-eu-abkommen-mit-mercotur-staaten-blockieren/25031204.html?ticket=ST-2469321-XWIsLU3jn7VBeCsLqYQ0-ap3> [aufgerufen: 26.09.2019]

Spiegel Online: Das bringt die weltgrößte Freihandelszone, 29.06.2019, URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/eu-und-mercotur-das-bringt-die-weltgroesstefreihandelszone-a-1275025.html> [aufgerufen: 19.08.2019]

Spiegel Online: Ölbohrungen bedrohen Naturparadies, 17.05.2017, URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/brasilien-oelbohrungen-in-amazonas-naehe-bedrohen-naturparadies-a-1147805.html> [aufgerufen: 19.09.2019]

Spiegel Online: Rekord-Abholzung im Regenwald, 03.07.2019, URL: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/brasilien-rekord-abholzung-im-regenwald-hoechster-wert-seit-drei-jahren-a-1275652.html> [aufgerufen: 12.08.2019]

Springer, Axel, Waldvernichtung in Brasilien in einem Jahr nahezu verdoppelt, in: Welt, 09.09.2019, URL: <https://www.welt.de/politik/article199915130/Regenwald-Waldvernichtung-in-Brasilien-in-einem-Jahr-naezu-verdoppelt.html> [aufgerufen: 10.08.2019]

Springer, Axel: EU baut mit Mercosur-Staatenbund weltweit größte Freihandelszone auf, in: Welt, 28.06.2019, URL: <https://www.welt.de/wirtschaft/article196077371/Handelsabkommen-EU-baut-mit-Mercotur-Staatenbund-weltweit-groesstefreihandelszone-auf.html> [aufgerufen: 10.08.2019]

Stoecker, Daniel: Mercosur-Mitgliedsländer drängen auf Abkommen mit der EU, in: amerika 21, 20.06.2018, URL: <https://amerika21.de/2018/06/204495/mercosur-abkommen-eu> [aufgerufen: 29.07.2019]

Stürzenhofecker, Michael: Kein Schutz vor dem Pflanzengift, in: Zeit online, 05.01.2016, URL: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2015-12/glyphosat-argentinien-landwirtschaft-krebs> [aufgerufen: 21.09.2019]

SurveyMonkey: Der Unterschied zwischen quantitativer und qualitativer Forschung, o. J., URL: <https://www.surveymonkey.de/mp/quantitative-vs-qualitative-research/> [aufgerufen: 02.10.2019]

TRADINGECONOMICS: Argentinien – BIP Jahreswachstumsrate, URL: <https://de.tradingeconomics.com/argentina/gdp-growth-annual> [aufgerufen: 13.09.2019]

TRADINGECONOMICS: Brasilien – BIP Jahreswachstumsrate, URL: <https://de.tradingeconomics.com/brazil/gdp-growth-annual> [aufgerufen: 13.09.2019]

Umweltbundesamt: Indikator: Nitrat im Grundwasser, 29.03.2019, URL: <https://www.umweltbundesamt.de/indikator-nitrat-im-grundwasser#textpart-1> [aufgerufen: 20.09.2019]

Umweltinstitut München e. V.: Pestizide, o. J., URL: <http://www.umweltinstitut.org/themen/landwirtschaft/pestizide.html> [aufgerufen: 21.09.2019]

Verband der Chemischen Industrie e. V.: Chemiemärkte weltweit – Fokus Europa, 2018, URL: <https://www.vci.de/ergaenzende-downloads/chemiemaerkte-weltweit-europa.pdf> [aufgerufen: 14.09.2019]

Verband der Chemischen Industrie e. V.: Chemiemärkte weltweit (Teil 1), o. J., URL: <https://www.vci.de/ergaenzende-downloads/chemiemaerkte-weltweit-folien-teil-1.pdf> [aufgerufen: 14.09.2019]

Verivox: Primärenergie, o. J., URL: <https://www.verivox.de/strom/themen/primaerenergie/> [aufgerufen: 19.09.2019]

Wambach, Achim: Der EU-Binnenmarkt – der grösste Wirtschaftsraum der Welt, in: Die Volkswirtschaft, 19.07.2018, URL: <https://dievolkswirtschaft.ch/de/2018/07/wambach-08-09-2018/> [aufgerufen: 07.08.2019]

Weiss, Sarah, Forscherin zu Freihandel: „Es gibt einen Vergiftungskreislauf“, in: Der Standard, 01.07.2019, URL: <https://www.derstandard.de/story/2000105690256/vergiftungskreislauf-forscherin-warnt-vor-lebensmittel-aus-suedamerika> [aufgerufen: 21.09.2019]

Welt-in-Zahlen: PKW je 1000 Einwohner, URL: <https://www.welt-in-zahlen.de/laendervergleich.phtml?indicator=126> [aufgerufen: 10.09.2019]

Wirtschaftskammer Österreich: Fläche und Bevölkerung, 2019, URL: <http://wko.at/statistik/eu/europa-bevoelkerung.pdf> [aufgerufen: 09.08.2019]

WirtschaftsWoche: Wie Rinder dem Klima schaden, 27.03.2017, URL: <https://www.wiwo.de/technologie/green/methan-wie-rinder-dem-klima-schaden/19575014.html> [aufgerufen: 20.09.2019]

WTO: RTAs currently in force (by year of entry in force), 1948 - 2019, 22. August. 2019, URL: <http://rtais.wto.org/UI/Charts.aspx#> [aufgerufen: 23. August 2019]

Zinke, Olaf: Europa: Extreme Dürre 2018 könnte zur Norm werden, hrsg. agrarheute, 18.06.2019, URL: <https://www.agrarheute.com/management/betriebsfuehrung/europa-extreme-duerre-2018-koennte-norm-554546> [aufgerufen: 09.09.2019]

6 ANHANG

1) Interview-Leitfaden

H T
W
G

1. Ökonomische Konsequenzen

- Glauben Sie die europäische Autoindustrie wird durch das Handelsabkommen profitieren?
- Inwiefern wird sich angesichts der derzeitigen Krise in Argentinien, der dortige Automobilabsatz entwickeln?
- Glauben Sie das Handelsabkommen wird in Südamerika neue Arbeitsplätze kreieren? Zwar wurden Zollaufhebungen vorgenommen, jedoch beläuft sich die maximale Importmenge an Rindfleisch in die EU lediglich auf 99 000 Tonnen. Wie glauben Sie wird sich die Nachfrage nach Billigrindfleisch entwickeln? Sind die EU-Bürger offen dafür?
- Wie wird sich das Handelsabkommen auf die Stahlindustrie auswirken, schließlich kann die EU nun günstiges Eisenerz aus dem Mercosur importieren und daraus zu niedrigeren Materialkosten als bisher Stahl produzieren.
- Welche Auswirkungen könnte das Handelsabkommen auf die europäischen Erdölimporte haben? Wird sich die Quelle des Bezuges an Erdöl künftig ändern?
- Welche Auswirkung kann das Abkommen auf die europäische Chemie- und Pharmaindustrie haben?

2. Ökologische Konsequenzen

- Glauben Sie, das Handelsabkommen trägt trotz diverser Vereinbarungen zum Schutz der Umwelt und des Klimas zu einer Zerstörung des Regenwaldes in Brasilien und der enormen Ausweitung der Anbau- und Weideflächen in Argentinien zu Lasten der dortigen Trockenwälder bei?
- Sehen Sie eine Regelung des hohen Gebrauches von Pestiziden im Mercosur realistisch? Wie könnte sichergestellt werden, dass die Agrarprodukte tatsächlich nach EU-Standards importiert werden?

3. Politische Konsequenzen

- Glauben Sie das Handelsabkommen könnte die aktuelle protektionistische Denkweise der USA beeinflussen? Schließlich könnte die US-amerikanische Autoindustrie im Mercosur wichtige Marktanteile verlieren, da EU-PKWs nun zu einem günstigeren Preis verkauft werden können.
- Glauben Sie es könnte innerhalb der EU zu politischen Spannungen zwischen den Mitgliedsstaaten kommen? Schließlich lehnen sich gerade Nationen wie Frankreich, Irland, Österreich oder Luxemburg, angesichts der derzeitigen ökologischen Situation im Mercosur gegen eine Ratifizierung des Abkommens, die Bundesregierung möchte hingegen weiterhin daran festhalten.
- Glauben Sie das Handelsabkommen hat angesichts der derzeitigen Regenwaldzerstörung und der starken Kritik in der EU noch Chancen auf eine Ratifizierung?

2) Expertenliste

Politiker:

H T
W
G

Prof. Dr. Klaus Buchner MdEP

Partei: ÖDP

Stellvertreter: Ausschuss für internationalen Handel

Stellvertreter: Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

Anna Cavazzini MdEP

Partei: Bündnis 90 Die Grünen

Mitglied: Ausschuss für internationalen Handel

Mitglied: Delegation in der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika

Stellvertreterin: Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

Svenja Hahn MdEP

Partei: FDP

Stellvertreterin: Ausschuss für internationalen Handel

Maximilian Krah MdEP

Partei: AfD

Mitglied: Ausschuss für internationalen Handel

Bernd Lange MdEP

Partei: SPD

Vorsitzender: Ausschuss für internationalen Handel

Mitglied: Ausschuss für internationalen Handel

David McAllister MdEP

Partei: CDU

Vorsitzender: Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

Mitglied: Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

Stellvertreter: Ausschuss für internationalen Handel

Helmut Scholz MdEP

Partei: Die Linke

Mitglied: Ausschuss für internationalen Handel

Sven Simon MdEP

Partei: CDU

Mitglied: Ausschuss für internationalen Handel

Roman Haider MdEP

Partei: FPÖ

Mitglied: Ausschuss für internationalen Handel

Stellvertreter: Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

Andreas Schieder MdEP

Partei: SPÖ

Mitglied: Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

Reinhard Bütikofer MdEP

Partei: Bündnis 90/Die Grünen

Mitglied: Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

Stellvertreter: Ausschuss für internationalen Handel

Daniel Caspary MdEP

Partei: CDU
Mitglied: Ausschuss für internationalen Handel
Stellvertreter: Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

Angelika Winzig MdEP

Partei: ÖVP
Stellvertreterin: Ausschuss für internationalen Handel

Gunther Krichbaum MdB

Partei: CDU/CSU
Vorsitzender: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Peter Beyer MdB

Partei: CDU/CSU
Mitglied: Unterausschuss Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung
Stellvertreter: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Prof. Dr. Harald Weyer MdB

Partei: AfD
Obmann: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Norbert Kleinwächter MdB

Partei: AfD
Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Martin Hebner MdB

Partei: AfD
Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Markus Töns MdB

Partei: SPD
Stellvertretender Vorsitzender: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Philip Amthor MdB

Partei: CDU/CSU
Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Axel Eduard Fischer MdB

Partei: CDU/CSU
Stellvertreter: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Uwe Feiler MdB

Partei: CDU/CSU
Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Ursula Groden-Kranich MdB

Partei: CDU/CSU
Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Florian Hahn MdB

Partei: CDU/CSU

Obmann: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Stellvertreter: Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Mark Helfrich MdB

Partei: CDU/CSU

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Prof. Dr. Heribert Hirte MdB

Partei: CDU/CSU

Vorsitzender: Unterausschuss Europarecht

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Mitglied: Unterausschuss Europarecht

Matern von Marschall MdB

Partei: CDU/CSU

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Axel Müller MdB

Partei: CDU/CSU

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Dr. Christoph Ploß MdB

Partei: CDU/CSU

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Detlef Seif MdB

Partei: CDU/CSU

Obmann: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Katrin Staffler MdB

Partei: CDU/CSU

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Dr. Volker Ullrich MdB

Partei: CDU/CSU

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Nina Warken MdB

Partei: CDU/CSU

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Nezahat Baradari MdB

Partei: SPD

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Dr. Franziska Brantner MdB

Partei: Bündnis 90 Die Grünen

Obfrau: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Angelika Glöckner MdB

Partei: SPD

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Metin Hakverdi MdB

Partei: SPD

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Christian Petry MdB

Partei: SPD

Obmann: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Johannes Schrapf MdB

Partei: SPD

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Claudia Tausend MdB

Partei: SPD

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Siegbert Droese MdB

Partei: AfD

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Thomas Hacker MdB

Partei: FDP

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Corinna Miazga MdB

Partei: AFD

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Stellvertreterin: Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Konstantin Kuhle MdB

Partei: FDP

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Michael Georg Link MdB

Partei: FDP

Obmann: Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Obmann: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Mitglied: Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Gerald Ullrich MdB

Partei: FDP

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Dr. Diether Dehm MdB

Partei: FDP

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Alexander Ulrich MdB

Partei: Die Linke

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Peter Aumer MdB

Partei: CDU/CSU

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Doris Barnett MdB

Partei: SPD

Vorsitzende: Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Mitglied: Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Sonja Amalie Steffen MdB

Partei: SPD

Obfrau: Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Peter Boehringer MdB

Partei: AfD

Mitglied: Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Andrej Hunko MdB

Partei: Die Linke

Obmann: Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Obmann: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Mitglied: Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Thomas Nord MdB

Partei: Die Linke

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Manuel Sarrazin MdB

Partei: Bündnis 90 Die Grünen

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Claudia Müller MdB

Partei: Bündnis 90 Die Grünen

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Alexander Graf Lambsdorff MdB

Partei: FDP

Stellvertretender: Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union

Gerhard Zickenheiner MdB

Partei: Bündnis 90 Die Grünen

Mitglied: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Veronika Bellmann MdB

Partei: CDU/CSU

Stellvertretender: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Katharina Dröge MdB

Partei: Bündnis 90 Die Grünen

Mitglied: Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Harald Ebner MdB

Partei Bündnis 90 Die Grünen

Mitglied: Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Obmann: Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Willy Stächele MdL

Partei: CDU
Vorsitzender: Ausschuss für Europa und Internationales
Mitglied: Ausschuss für Europa und Internationales

Josef Frey MdL

Partei: Bündnis 90 Die Grünen
Mitglied: Ausschuss für Europa und Internationales

Alexander Becker MdL

Partei: CDU
Mitglied: Ausschuss für Europa und Internationales

Peter Hofelich MdL

Partei: SPD
Mitglied: Ausschuss für Europa und Internationales

Barbara Saebel MdL

Partei: Bündnis 90 Die Grünen
Mitglied: Ausschuss für Europa und Internationales

Sabine Wölfle MdL

Partei: SPD
Mitglied: Ausschuss für Europa und Internationales

Dorothea Wehinger MdL

Partei: Bündnis 90 Die Grünen
Mitglied: Ausschuss für Europa und Internationales

Alexander Maier MdL

Partei: Bündnis 90 Die Grünen
Mitglied: Mitglied des Ausschusses für Europa und Internationales

Daniel Renkonen MdL

Partei: Bündnis 90 die Grünen
Mitglied: Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft
Stellvertreter: Ausschuss für Europa und Internationales
Stellvertreter: Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Verbände

Deutsch-Brasilianische Industrie- und Handelskammer, AHK Brasilien

Deutsch-Argentinische Industrie- und Handelskammer, AHK Argentinien

Deutsch-Paraguayische Industrie- und Handelskammer, AHK Paraguay

Deutsch-Uruguayische Industrie- und Handelskammer, AHL Uruguay

Camera di Commercio Italo – Brasiliana

Verband der Automobilindustrie

Dr. Manuel Kallweit
Leiter Abteilung Economic Intelligence & Statistik (EIS)
Tel: +49 30 897842-330
E-Mail: manuel.kallweit@vda.de

Körperschaften

WKO AUSSENWIRTSCHAFTSCENTER SAO PAULO

WKO AUSSENWIRTSCHAFTSCENTER BUENOS AIRES

Wissenschaftler

Prof. Dirk Leuffen

Universität Konstanz

Leiter der Arbeitsgruppe für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt internationale Politik

Prof. Dr. Volker Schneider

Universität Konstanz

Seit 1997 den Lehrstuhl für materielle Staatstheorie am Fachbereich für Politik und Verwaltungswissenschaften inne. Seit 2013 ist er Dekan der Sektion Politik - Recht - Wirtschaft der Universität Konstanz.

Prof. Dr. Mathias Jopp

Institut für Europäische Politik

Seit August 1995 Direktor des IEP

Prof. Dr. Michael Kaeding

Universität Duisburg-Essen

Seit 2012 Professor für Europäische Integration und Europapolitik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen

Sonstige

Reinhard Hönighaus

Sprecher der Europäischen Kommission in Deutschland

Pressesprecher und Leiter der Pressestelle Grundsatzfragen, Wirtschaft, Finanzen, Wettbewerb, Haushalt, Steuern

E-Mail: Reinhard.HOENIGHAUS@ec.europa.eu

Tel.: +49 (30) 2280-2300

7 AUTORENINFORMATION

Sebastiano Loreface, LL.B., ist Absolvent des Studienganges Wirtschaftsrecht der Hochschule Konstanz.

Dr. Thomas Zerres ist Professor für Zivil- und Wirtschaftsrecht an der Hochschule Konstanz. Vor seinem Ruf an die Hochschule Konstanz lehrte Prof. Dr. Thomas Zerres 15 Jahre an der Hochschule Erfurt, nachdem er mehrere Jahre als Rechtsanwalt und als Bundesgeschäftsführer eines großen Wirtschaftsverbandes der Dienstleistungsbranche tätig war. Seine Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind das Marketingrecht sowie das Europäische Privatrecht.

Dr. Christopher Zerres ist Professor für Marketing an der Hochschule Offenburg. Seine Schwerpunkte in Lehre und Forschung sind das Online-Marketing und das Marketing-Controlling. Zuvor war er bei einer Unternehmensberatung sowie einem internationalen Au-

tomobilzulieferer tätig. Christopher Zerres ist Autor zahlreicher Publikationen zu den Bereichen Management und Marketing.